

DARSTELLUNGEN
WIRTSCHAFTLICHER UNTERNEHMUNGEN

BAND I

Institutionen des Bundes – Kammern –
Finanz- und Versicherungsinstitute usw.

Für den Inhalt des folgenden Monographienteiles übernimmt das Redaktionskomitee keine Verantwortung.
(Entgeltliche Einschaltungen.)

Die „Amtliche Nachrichtenstelle“

Wien, I., Babenbergerstraße 5, Tel. Nr. 33-45

Nach dem Vorbild des im Jahre 1849 gegründeten Reuterschen Bureaus in London, das die Zeitungen und die Geschäftswelt mit Meldungen politischen und wirtschaftlichen Inhalts aus der ganzen Welt versorgt, wurden in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts auch in den Hauptstädten des Kontinents Nachrichtenagenturen errichtet, u. a. schon im Jahre 1859 das „K. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau“ in Wien, das in der Nachkriegszeit in die „Amtliche Nachrichtenstelle“ umgewandelt wurde. Die Entwicklung aller dieser Agenturen, deren Aufgabe die möglichst rasche und zuverlässige Berichterstattung aus aller Herren Ländern bildet, vollzog sich überall entsprechend der technischen Entwicklung des Verkehrswesens. Im Anfang auf Kurier- und Brieftaubenpost angewiesen, erweiterte und verbesserte sich der Dienst der Agenturen mit der steigenden Verbreitung des Telegraphen, und erfuhr in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts durch das Telephon eine wertvolle Ergänzung. Bildete seinerzeit die Errichtung von Telegraphen- und Telephonlinien wichtige Marksteine für die Entwicklung des Nachrichtenwesens, so ist dieser Dienst eben jetzt abermals an einem Wendepunkt angelangt: die Agenturen stehen mit immer stärkerem Erfolg im Begriffe, sich das Radio dienstbar zu machen, das, heute noch im Anfangsstadium seiner Entwicklung, gerade für das Nachrichtenwesen noch ganz unabsehbare Möglichkeiten eröffnet.

Von nicht geringerer Wichtigkeit als die technische Frage der schnellstmöglichen Übermittlung ist aber bei den Nachrichtenagenturen auch die Organisation für die Beschaffung eines unbedingt verlässlichen Nachrichtenmaterials. Zu diesem Behufe haben sich die großen Nachrichtenagenturen zu einem Konzern vereinigt, dessen Mitglieder, durchaus Unternehmungen, die auch als offizielle oder offiziöse Organe der betreffenden Regierungen fungieren, ihre Meldungen sich gegenseitig zur Verfügung stellen. Auf diese Weise steht auch die österreichische „Amtliche Nachrichtenstelle“ in ständiger Verbindung mit sämtlichen großen Nachrichtenagenturen Europas und der Übersee. Außerdem erhält sie, um den besonderen österreichischen Interessen gerecht werden zu können, auch Meldungen von eigenen Vertretern in den wichtigsten Nachrichtenzentren Europas.

Der Dienst der „Amtlichen Nachrichtenstelle“ scheidet sich in einen politischen und einen wirtschaftlichen. Die politische Abteilung versieht die österreichische Presse fortlaufend mit politischem Nachrichtenmaterial und Meldungen über sonstige wichtige Ereignisse, die ununterbrochen telegraphisch, telephonisch und auf dem Radiowege einlangen. Nach Übersetzung – die Depeschen laufen zum großen Teil in französischer und englischer Sprache ein – und redaktioneller Ausarbeitung werden die Meldungen den Wiener Blättern in stündlichen Ausgaben übermittelt, während in den Bundesländern die in den Landeshauptstädten errichteten Zweigstellen der „Amtlichen Nachrichtenstelle“ die fortlaufende Belieferung der dortigen Presse mit dem in der Regel telephonisch aus Wien aufgenommenen Nachrichtenmaterial sowie den Inlandsmeldungen obliegt. Da die Organisation des Konzerns der Nachrichtenagenturen auf Gegenseitigkeit beruht, gibt die „Amtliche Nachrichtenstelle“ andererseits das österreichische Nachrichtenmaterial an das gesamte Ausland auf allen modernen Transmissionswegen weiter und versieht überdies einen wichtigen Teil des Nachrichten-Transitdienstes zwischen West- und Osteuropa.

Der wirtschaftlichen Abteilung kommt angesichts der stetig wachsenden Wichtigkeit einer schnellen und verlässlichen Berichterstattung über wirtschaftliche Angelegenheiten immer

mehr Bedeutung zu. Die Erkenntnis, daß ein schneller und vollkommen verlässlicher Nachrichtendienst über Börsenkurse und Preisbildung zu den unentbehrlichsten Hilfsmitteln jedes industriellen, kaufmännischen oder Finanzunternehmens gehört – eine Erkenntnis, die in den Weststaaten schon längst Gemeingut der Geschäftswelt geworden ist – hat sich angesichts der in der Nachkriegszeit wieder deutlich hervortretenden Wechselwirkung der internationalen Märkte auch in Österreich bereits Bahn gebrochen. Die „Amtliche Nachrichtenstelle“ widmet im Bewußtsein ihrer Verantwortung als offizielles österreichisches Nachrichteninstitut dem Ausbau dieses Zweiges ihrer Tätigkeit, dessen unsere Volkswirtschaft für den internationalen Wettbewerb unbedingt bedarf, unablässige Aufmerksamkeit. Der Kursdienst ist bereits fast gänzlich auf das Radio umgestellt. Neben dem Radio-Telegraphen tritt in der allerletzten Zeit das Radio-Telephon in den Vordergrund und eine vor kurzem errichtete eigene radiotelephonische Empfangsstation der „Amtlichen Nachrichtenstelle“ ermöglicht es nunmehr, die von den offiziellen ausländischen Agenturen gesendeten Meldungen mit bisher für unmöglich gehaltener Geschwindigkeit zu empfangen und zu verbreiten. Spielt das Radio schon für den politischen Nachrichtendienst eine große Rolle, so hat es sich in der wirtschaftlichen Berichterstattung bereits als unentbehrlicher und unübertrefflicher Übermittlungsweg erwiesen. Wenige Minuten nach der offiziellen Feststellung der Kurse und Notierungen an den wichtigsten Effekten-, Devisen- und Warenbörsen der Welt liegen sie bei der „Amtlichen Nachrichtenstelle“ vor, werden dechiffriert und sogleich telephonisch an die Abonnenten weitergegeben, die, wie die Zeitungen über die Weltereignisse, auf diese Weise fortlaufend verlässlich über die Bewegung des Weltmarktes unterrichtet sind.

Die „Wiener Zeitung“



Die „Mercurij-Zeitung“, „Das Wiener Blättl“ und das „Reichsblättl“, das waren zu Beginn des XVIII. Jahrhunderts Produkte des Druckergewerbes, in denen man die Anfänge der Wiener Zeitungen erblicken mag. Vielleicht einem Bedürfnisse aus Hofkreisen folgend, ließ im Jahre 1702 Paul Sedlmayer einen „Posttäglichen Mercurius“ erscheinen. Am 8. August 1703 legte der Buchdrucker Johann Baptist Schönwetter ein ähnliches Blatt auf, betitelt: „Wienerisches Diarium“. Ein kleines Quartblättchen, wie alle Zeitungen damaliger Zeit „posttäglich“, das heißt, so oft die Posten einliefen, das war zweimal wöchentlich. Das älteste Bureau dieser Zeitung war im Hause „Zum roten Igel“ am Wildpretmarkt; die Druckerei befand sich im alten Regensburgerhof am Lugeck. Das „Diarium“ war der Beginn der „Wiener Zeitung“; der Ort ihres Entstehens hat sich in all den vergangenen Jahrhunderten nicht viel verändert.

Der Mann, der das „Diarium“ gegründet hatte und 18 Jahre führte, I. B. Schönwetter, nahm als Universitäts- und Hofbuchhändler, später Reichshofbuchdrucker, in Wien eine angesehene Stellung ein; er wird als gebildeter und strebsamer Mann, auch selbst Literat, geschildert. Sein Lebensende war kein freundliches. Er starb in Armut.

Die Geschichte und die Geschehnisse der „Wiener Zeitung“ sind bis in ihre Umwandlung in eine moderne Zeitung innig mit der Wiener Patrizierfamilie van Gehlen verknüpft. Mit Johann Peter van Gehlen wurde am 18. Dezember 1721 von seiten des Hofes wegen Herausgabe des „Wienerischen Diariums“ ein Vertrag auf drei Jahre geschlossen; er ist das älteste Dokument zur Geschichte der „Wiener Zeitung“.

„Das Wienerische Diarium“ war zu jener Zeit keineswegs ein amtliches Organ, wie die „Wiener Zeitung“ von heute; es war ein reines Privatunternehmen, für dessen Privilegierung der Besitzer eine jährliche Beisteuer zum Baue der k. k. Hofbibliothek zu entrichten hatte. Für

die geschäftliche Konsolidierung des „Diariums“ war entscheidend, daß es im Jahre 1721 mit dem sogenannten „Fragant“, ursprünglich mit dem Versatzamt vereinigt, in Verbindung trat.

Johann Peter van Gehlen ist eine, in seiner Zeit das Mittelmaß überragende Persönlichkeit gewesen: Er war welterfahren, verbindungsreich und geschäftskundig. Nach dem Tode seines Vaters trat er an die Spitze einer angesehenen Druckerei, aus der bereits auch andere Zeitungen hervorgingen, und machte dann sein Haus, namentlich durch die Pachtung des „Diariums“, groß.

Die erste Entwicklungsphase des „Diariums“ reichte von der Gründung im Jahre 1703 bis zur Vertragserneuerung mit der Familie van Gehlen im Jahre 1812. In diesem langen Zeitabschnitte war die Zeitung ein rein privatwirtschaftliches Unternehmen der Verleger. Abgesehen von der

Wienerisches Diarium,

Enthaltend

Alles Denkwürdige / so von Tag zu Tag
so wohl in dieser Kaiserlichen Residenz-Stadt Wien
selbst sich zugetragen / als auch von andern Orten
auf der ganzen Welt allda nachrichtlich
eingeloffen/

Mit diesem besondern Anhang /

Daß auch alle diejenige Personen/welche wochentlich
allhier gestorben/ hingegen was von Vornehmen gebohren /
dann copuliret worden / ferner anhero und von dannen
verreiset/ darinnen befindlich.

Mit Ihro Römischen Kaiserlichen Majestät allergnädigsten Privilegio.

Dieser Titelkopf gibt ein erschöpfendes typographisches Bild des in den Druckerzeugnissen der Barockzeit Wiens herrschenden Geschmacks. Es ist sicheres Stilgefühl in der Auswahl, in dem Wechsel der Typen, wie in der gefälligen Zeilenanordnung. Das Druckbild ist meisterlich angeordnet. Die Schönheit und Schärfe der Buchstaben sind außerordentlich. Fraktur- und Schwabacher-Typen mit verzierten Versalien (Renaissance), Fremdwörter aus einer im Wert gleichen Mediäval-Antiqua. Schriften: Kanon, Cicero, Tertia und Garmond

Zensur, stand es mit der Staatsverwaltung nur insofern in Beziehung, als es sich von derselben vertragsmäßig gegen Entgelt ein zweifaches Monopol sicherte:

1. ein Monopol der Nachrichten, insofern gewisse Hof- und Staatsangelegenheiten betreffende Nachrichten nur dem „Wienerischen Diarium“, respektive der „Wiener Zeitung“ zur Publikation überlassen wurden;

2. ein Monopol im Insertionswesen, insofern ein anderes Wiener Blatt geschäftliche Ankündigungen gegen Entgelt nicht veröffentlichen durfte.

Die Zensur, unter welcher die „Wiener Zeitung“ während der ganzen Zeit, auch in der Ära des Josefinischen Preßgesetzes, stand, sollte verhindern, daß durch die „Wiener Zeitung“ unpassende oder falsche Nachrichten verbreitet würden.

Eine zweite Epoche, die man als Übergang vom reinen Privatunternehmen zum offiziellen Organ bezeichnen kann, beginnt mit dem Vertrage von 1812 und findet im Jahre 1848 einen teilweisen, im Jahre 1857 den endgültigen Abschluß. Ab 1812 bediente sich der Staat dieses Privatunternehmens zur Besorgung von spezifischen Interessen der öffentlichen Verwaltung; war früher die Staatsverwaltung nur geschäftlich und privatwirtschaftlich beteiligt, so suchte sie jetzt

durch dasselbe das öffentliche Interesse an authentischer Publizität gewisser Akte und Tatsachen zu verwirklichen. Dies geschah dadurch, daß ein bestimmter Teil der Zeitung ausdrücklich als „Amtsblatt“ bezeichnet und bezüglich einer Reihe von Angelegenheiten festgesetzt wurde, daß diese im Amtsblatte Aufnahme finden müssen. Außerdem wurde von nun an die Bestellung des leitenden

· Num. 16. Mittwoch den 23. Februaril. 1757.



Sanfte Allegorie schließt sich hier auf. Setzkasten und Posthörndl, Feder, Stundenglas, Sense und Merkurstab im Vordergrunde — im Hintergrunde das Panorama von Wien, die Silhouette der Kaiserstadt, bestrahlt von aufgehender Sonne. Ein allegorisches Idyll

Redakteurs des Blattes von der Bestätigung der Staatskanzlei abhängig gemacht. Die Kontrolle über die Redaktion wurde, wie früher durch eine strenge — sogar mehrfache — Zensur der obersten Amtsstellen ausgeübt.



Sonnabend den 1. März 1788.

Architektonische Stillierung im Josefinschen Stil. Barock und Rokoko sind abgeblüht. Einfachere Formen kommen herauf. Doch noch flattert Bandelwerk, grünen Lorbeerreisern symmetrisch

Mit dem Jahre 1848 wurde die dritte Epoche eingeleitet. Die Redaktion wurde nun der Regierung, zunächst dem Ministerium des Innern, dann von 1859 bis 1862 dem Polizeiministerium, von 1862 bis Anfang 1867 dem Staatsministerium unterstellt. Von diesem Zeitpunkte an kam sie mit der Presseleitung an das Ministerratspräsidium, dann in der Republik an das Bundeskanzleramt. Der leitende Redakteur wurde nun von der Regierung bestellt und besoldet.

Diese Neuordnung trat, nicht zum wenigsten veranlaßt durch den Zusammenbruch der Familie van Gehlen, ein. Im Auftrage der Regierung wurden die Pächter unter Sequestration gestellt. Die „Edlen van Gehlschen Erben“, die durch fast anderthalb Jahrhunderte im Besitze eines der einträglichsten Privilegien gestanden waren, waren nun so tief gesunken, daß sie den

Bestand der „Wiener Zeitung“ bedrohten. Das Abendblatt vom 17. Dezember 1857 trug bereits den Vermerk: „Druck der k. k. Hof- und Staatsdruckerei“ – gleichfalls nur ein Provisorium! Bald stellte sich heraus, daß die Einrichtungen dieses Institutes keineswegs für einen Zeitungsdruck geeignet waren und so wurde im Jahre 1860 an die Gründung einer eigenen Druckerei mit einer selbständigen Administration geschritten. Mit dieser Gestaltung war die Umwandlung der „Wiener Zeitung“ in ein Institut der Staatsverwaltung, auch im Hinblick auf die technische und kommerzielle Seite, durchgeführt.

Eine der zeitungsgeschichtlich interessantesten Epochen unseres Blattes war zweifellos das Jahr 1848. Schon mit Beginne dieses Jahres hatte sich eine technische Revolution vollzogen: mit dem 1. Jänner trat das Blatt in einem ungewöhnlich großen Format hervor. Dem jähen Wechsel der äußeren Gewandung entsprach dann in den bewegten nächsten Monaten eine plötzliche Änderung des ganzen Charakters der Zeitung. Die auffallendste Neuerung war die Einführung des Feuilletons unterm Strich. In seiner Haltung erging sich das Blatt nun in einer Ungebundenheit



Sonnabend, den 6. April 1805.

Dieser Titelkopf von 1805 in seiner rauschenden, effektvollen Turbulenz hat etwas von einer kriegerischen Fanfare! Er ist einigermaßen üppig instrumentiert. Gott Mercurius und Frau Fama betätigen sich höchst eifervoll, der deutsche Reichsadler mit den zwei Scheinen sträubt sein Gefieder wehrhaft

der politischen Meinungsäußerung, die zu seinem offiziellen Charakter in einem krassen Gegensatz stand; wiederholt sah sich darum die Redaktion veranlaßt, ob des Erstaunens der „Gutgesinnten“, daran zu erinnern, „daß sie von den Ministerien und Behörden keine anderen Mitteilungen zu empfangen hat, als solche, welche in den amtlichen Teil gehören, indem nur dieser kontraktmäßig der Staatsgewalt zur Verfügung gestellt, der nichtamtliche Teil von jedem Einflusse derselben völlig frei sei“.

Der Übernahme der „Wiener Zeitung“ in eigene Regie des Staates folgte, man darf wohl sagen, die journalistische Blütezeit des ältesten Institutes unter den Wiener Blättern. Die Sitzungsberichte aus den öffentlichen Vertretungskörpern nahmen nun einen breiten Raum des Hauptblattes ein, der lokale Teil kam in ein eigenes Beiblatt – in den „Wiener Tagesbericht“; die Rubrik „Wissenschaft, Kunst und öffentliches Leben“ gelangte zur höchsten Vollendung; das Abendblatt, seit 1863 „Wiener Abendpost“ betitelt, zeichnete sich durch den Reichtum interessanter Originalnachrichten und wertvoller Feuilletons aus. Leiter des Hauptblattes war damals der nachmals im diplomatischen Dienste verdiente und hochgeschätzte E. von Teschenberg; zum Leiter der Abendpost wurde Georg Seuffert bestellt. Ab 1872 leitete Friedrich Uhl die „Wiener Zeitung“. Überblicken wir die Reihe der wissenschaftlichen und literarischen Mitarbeiter jener Tage, so berufen wir die Geister des damaligen Österreichs; wir finden als Mitarbeiter: Ferdinand Hochstetter, Ottokar Lorenz, Sichel, Lorenz Stein, Hermann Meynert, R. v. Hauer, R. v. Littrow, Rudolf von Eitelberger, Bruno Bucher, Eduard Hanslik, Emil Kuh, Ludwig Speidel, Hackländer, Hieronymus Lorm, Betti Paoli.

Im Freistaate Österreich behielt die „Wiener Zeitung“ ihren überkommenen Zweck und Wirkungskreis bei. Naturgemäß nahm in den ersten Jahren der Wirksamkeit der neuen Staatsform der „amtliche Teil“ einen etwas geringeren Raum ein, bietet indes heute wieder ein volles Abbild aller politischen und administrativen Maßnahmen und Einführungen. Notwendige Ersparungsbestrebungen veranlaßten mit dem 31. Dezember 1921 die Einstellung der „Wiener Abendpost“, eine Maßnahme, die insoferne in ihrer Wirkung ausgeglichen wurde, als das Erscheinen der „Wiener Zeitung“ auf den Abend verlegt wurde, wodurch sie in der Lage ist, das ganze, bis in die späten Nachmittagsstunden vorliegende publizistische Material, unter anderem auch die Berichte über Nachmittagssitzungen der parlamentarischen Körperschaften, veröffentlichen zu können.

In den letzten Jahren erhielt die „Wiener Zeitung“ auch eine dem modernen Geschmacke angepaßte äußere Ausstattung und Anordnung des Stoffes. In ihrer literarischen und kritischen Haltung nimmt sie in einer zeitgemäßen Auffassung zu allen Fragen des Geisteslebens Stellung.

Die „Wiener Zeitung“ hielt als ihr nie schwankendes, scharfes Charakteristikum fest, daß sie niemals das Organ einer politischen Parteimeinung war. Alle jeweiligen Regierungen hielten an diesem Prinzip fest; machten das Blatt nicht zum Ausdruck politischer Meinungen. Alle österreichischen Staatsmänner haben daran festgehalten, die „Wiener Zeitung“ als das objektive Staatsorgan wirken zu lassen, nie für ihre Politik Stimmung zu machen. Eine einzige Ausnahme machte darin – ein Großer der Weltgeschichte, Napoleon, dessen Augenmerk zu fesseln, die „Wiener Zeitung“ die Ehre hatte. „Das erste, womit Sie sich beschäftigen müssen, ist,“ schreibt Berthier im Namen des Kaisers an Clarke, den Generalgouverneur von Ober- und Niederösterreich, am 18. November 1805, „die ‚Wiener Zeitung‘ (La Gazette de Vienne) machen zu lassen. Es heißt, daß der bisherige Redakteur dazu verwendet werden kann. Sie können ihm zu verstehen geben, daß, wenn er sich kompromittiert fände, er der französischen Armee folgen könne; Sie können ihm sogar eine Existenz in Frankreich, eine Pension, oder dergleichen in Aussicht stellen.“

Die Geschichte der „Wiener Zeitung“ ist ein langer Zug von Geistern und Kräften, Namen, die europäischen Klang hatten, deren Klang wie ein Lärmrufen wirkte, Worte glühender Vaterlandsliebe, kühnen Opfermutes sind seit Jahrhunderten aus den Spalten des Blattes hervorgegangen. Die „Wiener Zeitung“ war und blieb immer – vielleicht deshalb – im Sturme der Zeiten bis auf die jüngsten Tage die Unvergängliche.

Rudolf Holzer



Österreichische Lichtbildstelle

Wien, I., Ballhausplatz 2/III (Bundeskanzleramt)

Im Mai 1919 erfolgte auf Anregung einer Anzahl hervorragender Persönlichkeiten die Gründung der Staatlichen Lichtbildstelle (ab 1921 Bundeslichtbildstelle). Diese wurde durch das Verwaltungs-Entlastungsgesetz vom 21. Juli 1925 in ein Zweckvermögen umgewandelt, welches der Bereitstellung und Verwertung des Lichtbildes in jeder Art der Vervielfältigung für amtliche und gemeinnützige Zwecke des Bundes, der Bundesländer, der öffentlichen Körperschaften sowie für Zwecke jener privaten Körperschaften und Personen, die mit der Verwendung des Lichtbildes gemeinnützige Ziele verfolgen, zu dienen hat. Zur Leitung des Unternehmens, das derzeit acht Angestellte beschäftigt, wurde ein Vorstand, aus zwei Mitgliedern bestehend, eingesetzt und die Überwachung der Geschäftsführung einem vom Bundeskanzler ernannten Kuratorium übertragen.

Die Österreichische Lichtbildstelle, die ein Plattenarchiv von ungefähr 50.000 Negativen besitzt, hat ausgedehnte Ateliers und Kanzleiräume. Die Apparate und technischen Einrichtungen ermöglichen die Durchführung jeder photographischen Arbeit. Auch die Herstellung und Verwertung des Films wurde von der Lichtbildstelle in Angriff genommen.

Die Lichtbildstelle stellt Papierkopien und Diapositive her, welche als Propagandamittel den Reichtum Österreichs an Naturschönheiten und Kunstwerken überall bekanntmachen sollen. Sie steht mit allen Stellen, die Propaganda betreiben, in engem Kontakt. Die Lichtbildstelle ist auch im Dienste der Wissenschaft tätig. Wie für die Kunstwissenschaft durch die photographische Inventarisierung der Kunstdenkmäler Österreichs die Möglichkeit neuer Forschung gegeben wird, so wird für alle übrigen Wissensgebiete, wie z. B. Geographie, Naturwissenschaft und Technik, das notwendige Bildmaterial dargeboten. Die Lichtbildstelle verfügt über ein ausreichendes Photographienmaterial für den Unterricht und die Volksbildung. Sämtliche Wissensgebiete sind vertreten, sie werden durch Tausch mit ausländischen Stellen allseitig vermehrt. Die Beschaffung von Vorlagen für die Publikationen der Ravag gehört auch zu den Zielen der Lichtbildstelle.

Die Österreichische Lichtbildstelle übernimmt alle photographischen Arbeiten und ist in der Lage, allen Anforderungen gerecht zu werden.

Die Tabakregie im alten und neuen Wien

Die erste Betriebsstätte der Tabakregie auf Wiener Boden war die im Jahre 1846 ins Leben gerufene Tabakfabrik in der Rossau. Diese wurde in dem Gebäude der alten Wiener Porzellanfabrik untergebracht und eröffnete ihren Betrieb in bescheidenstem Umfange.



Tabakfabrik Wien-Rossau (alte Porzellanfabrik)

Nachdem die Porzellanfabrik Ende Oktober 1867 ganz aufgelassen worden war, erweiterte die Tabakregie ihren Betrieb und nahm allmählich alle Räume der ehemaligen Porzellanfabrik in Anspruch.

In diesem Gebäude stand auch ein alter Brennofen der Porzellanfabrik, der seit 1869 als Verbrennofen für unbrauchbare Staatsnoten, Wertpapiere usw. noch lange Verwendung fand.

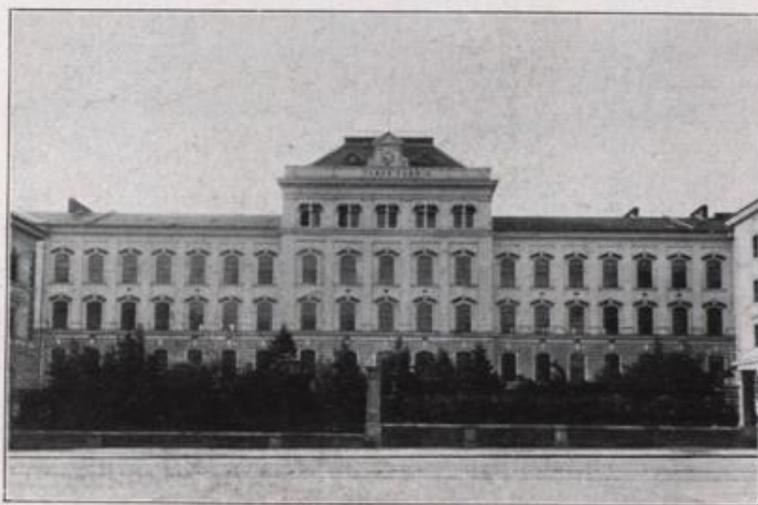
Die Tabakfabrik in der Rossau erzeugte hauptsächlich feine Zigarren nach der Havanaser Methode, später auch türkischen Rauchtobak und Zigaretten.

Als sich im Laufe der Jahre die Räumlichkeiten der Tabakfabrik zu beschränkt und den modernen Ansprüchen nicht mehr entsprechend zeigten, ging man 1893 daran, auf den finanzärarischen Gründen in Ottakring, Thaliastraße Nr. 125, ein neues, modern ausgestattetes Fabriksgebäude zu errichten.

Am 23. Februar 1898 wurde die Fabrik in Wien-Rossau aufgelassen und gleichzeitig die neue Fabrik in Wien-Ottakring eröffnet.

Gegenwärtig werden in der Tabakfabrik Wien-Ottakring mit einem Arbeiterstande von rund 570 Köpfen ausschließlich Zigarren, und zwar insbesondere alle Luxuszigarren erzeugt. Außerdem ist in der Fabrik auch noch die mit der Tabakregie in einem Vertragsverhältnisse stehende Entnikotinisierungsanstalt August Falk (Eingang Paltaufgasse Nr. 16) untergebracht.

Hinter der Tabakfabrik, durch die Hasnerstraße getrennt, steht das neuerbaute dreistöckige Tabakverschleißmagazin Wien-Ottakring, bei welchem die meisten Wiener und der größte Teil der niederösterreichischen Tabakverleger ihr Tabakmaterial fassen.



(Tabakfabrik Wien-Ottakring)
Tabakfabrik Wien-Ottakring

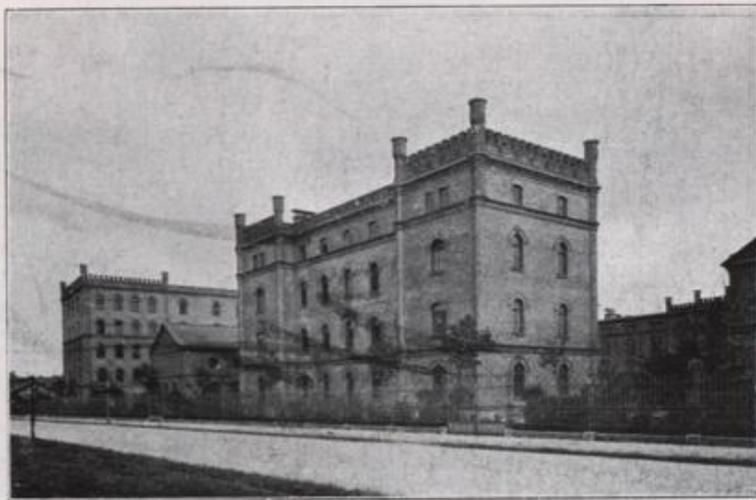
Als weitere Betriebsstätten auf Wiener Boden wurden in den Jahren 1849 und 1850 die Tabakfabriken unter den Weißgärbern und die auf der Landstraße (Rennweg) errichtet. Erstere wurde jedoch schon im Jahre 1861 aufgelassen. Die Fabrik Wien-Rennweg erzeugte Zigarren und manche dort erzeugte Zigarrensorte erfreute sich ganz besonderer Beliebtheit bei den Rauchern. Als sich ihr Betrieb nicht mehr rentabel erwies, wurde sie mit 30. Juni 1923 als Fabrik aufgelassen. Das Gebäude, sowie jenes des gleichfalls schon kurz vorher aufgelassenen, sich unmittelbar daran anschließenden Tabakverschleißmagazines Wien-Rennweg dienen nunmehr teils als Magazine, teils als Wohngebäude für Beamte.

An die Auflassung der in unzulänglichen Räumen untergebrachten Tabakfabrik Wien-Rennweg konnte um so eher geschritten werden, als im Jahre 1922 eine weitere Tabakfabrik in Favoriten, und zwar in den Ubikationen des früheren Landwehrwaffendepots errichtet wurde. Hier werden

nur Zigaretten auf den modernsten Maschinen erzeugt. Diese Fabrik besitzt auch eine umfangreiche Kartonnage, die unter anderem auch den Bedarf der Tabakregie an Kappenschachteln herstellt. Im ganzen sind hier 424 Arbeiter beschäftigt.

Die zentrale Verwaltung aller Regiebetriebe obliegt der Generaldirektion der Tabakregie, die gleichfalls in Wien ihren Sitz hat.

Bis zum 13. November 1869 war die Generaldirektion sowie das Havanna-Zigarrenmagazin und das Tabakhauptmagazin in dem finanzärarischen Gebäudekomplex auf der Seilerstätte Nr. 7, der sogenannten „alten Artilleriekasern“ untergebracht. Dann übersiedelte sie samt den genannten



Tabakfabrik Wien-Favoriten

Ämtern in die Räume des im Jahre 1868 aufgelassenen städtischen Versorgungshauses, genannt „Bäckenhäusl“, in der Währingerstraße, das damals bereits hätte demoliert werden sollen.

Die Geschichte dieses Hauses geht weit zurück. Den Grundstock bildet das im Jahre 1656 von den Wiener Bürgern erbaute Rekonvaleszentenhaus, das im Pestjahre 1679 seine erste Erweiterung erfuhr durch den Zubau eines „Stadels für inficierte Leut“. Weitere Zubauten folgten im XVIII. Jahrhundert.

Zur Zeit der großen Pestepidemie 1713 wurden hier Pestkranke untergebracht. Seither diente es bis zu der am 16. August 1784 erfolgten Eröffnung des k. k. allgemeinen Krankenhauses als Krankenhaus. Damals wurde das Bäckenhäusl der Beherbergung und Verpflegung der nicht bürgerlichen Armen der Stadt Wien und ihrer Vorstädte gewidmet. In den Kriegsjahren 1805 und 1809 war das nunmehrige städtische Pfründnerhaus wieder vorübergehend Spital.

Vor dem Bäckenhäusl stand am Eingange des Vorgartens des Spitals das sogenannte „Hirschenhäusl“, welches seit 1657 als Weinpresse und Wohnstube des „Weinziels“ diente und im Jahre 1720 als baufällig demoliert wurde.

An seine Stelle wurde das sogenannte „Stöckl“, ein hoher malerischer Mansardenbau, als Wohnung des Priesters, des Armenvaters und des Arztes erbaut. Neben diesem Mansardenbau stand im Hofe ein malerisches Steinbassin einer alten Wasserleitung, die das Pfründnerhaus mit Trinkwasser versorgte. Weiter gegen das Hauptgebäude war die alte Kapelle zur heiligen Rosalia. Diese Kapelle erfuhr im Jahre 1729 eine Erweiterung. Sie fiel anlässlich der Adaptierung des



Das „Bäckenhäusl“, früheres Amtsgebäude der Generaldirektion der Tabakregie

Bäckenhäusls zu Kanzleien und Magazinsräumen der Generaldirektion (1869) der Demolierung anheim.

Als die Geschäfte der Generaldirektion insbesondere infolge Erweiterung ihres Wirkungskreises hinsichtlich der Tabakverschleißenden (1898) einen immer größeren Umfang annahmen, erwiesen sich die zur Verfügung stehenden Räume als unzureichend und es wurde die Errichtung eines Neubaus in Aussicht genommen.

Damals ist, wie bereits angeführt, die alte Tabakfabrik in der Porzellangasse aufgelassen worden und man ging daran, auf den Gründen dieser Fabrik ein neues modernes Amtsgebäude für die Generaldirektion zu erbauen. Der Bau währte vom Jahre 1903 bis 1905 und Ende des Jahres 1905 konnte die Generaldirektion bereits in die neuen Räume übersiedeln.

Gegenwärtig sind in diesem Gebäude außer der Generaldirektion noch das Departement 24 des Bundesministeriums für Finanzen das Tabakhauptmagazin Wien-Alsergrund und die Steueradministration für den IX., XVII., XVIII. und XIX. Bezirk untergebracht.



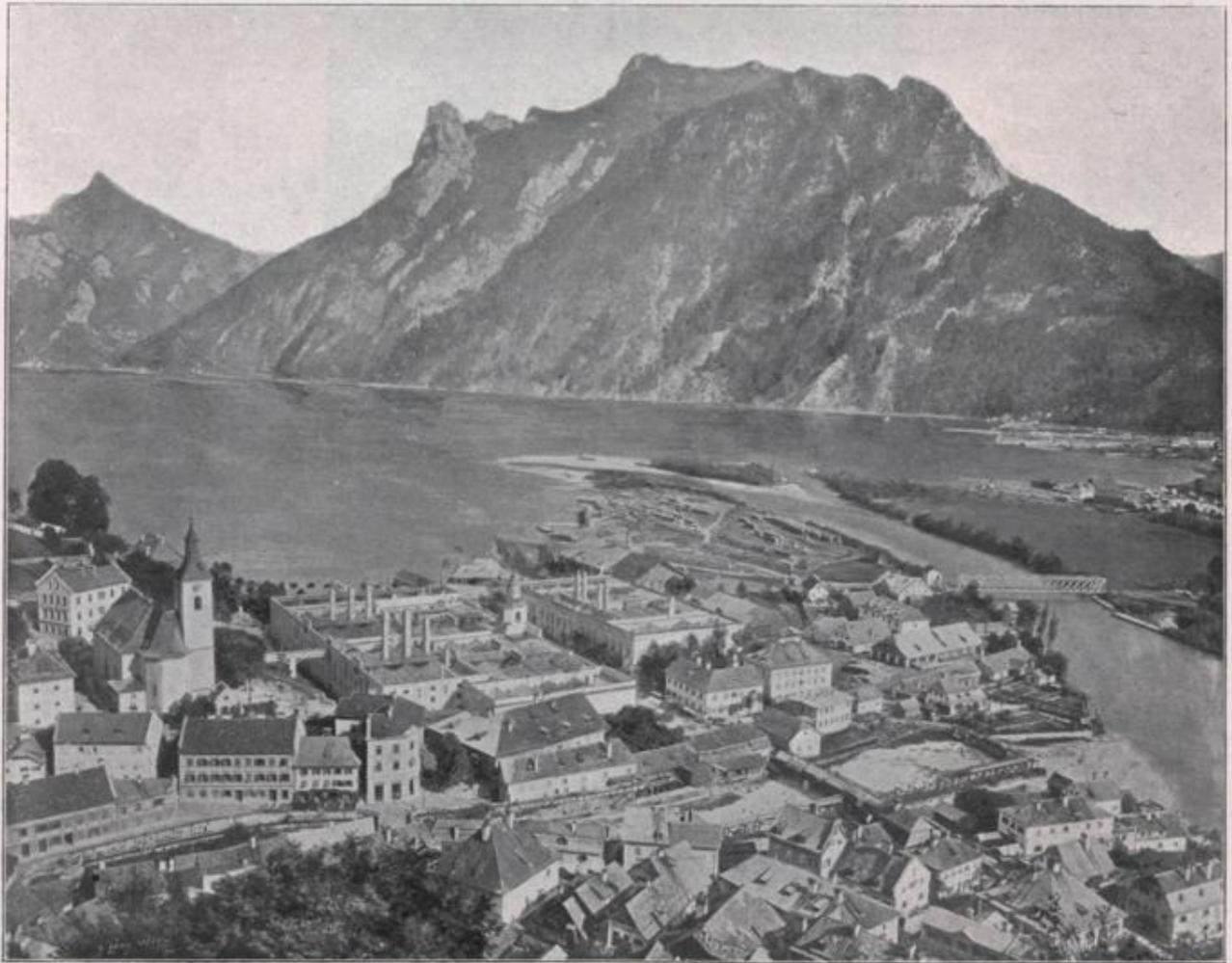
Amtsgebäude der Generaldirektion

Die Tabakregie beteiligt sich auch regelmäßig an der „Wiener Messe“, wo sie in eigenen Pavillons (Messepalast und Rotunde) ihre Fabrikate in den neuesten Packungen zur Ausstellung und zum Verkaufe bringt.

In dem Rotundenpavillon werden in einem eigenen Fabrikationsraume dem Publikum auch Zweige der Fabrikation im Betriebe vorgeführt.

Österreichische Salinen

Die Österreichisch-Ungarische Monarchie konnte, neben der Meersalzgewinnung an der Küste des Adriatischen Meeres, eine große Zahl von Salzbergbau- und Sudhüttenbetrieben in den Alpenländern, in Galizien, in der Bukowina, sowie in Ungarn und Bosnien ihr eigen nennen. Nach dem Umsturze im Jahre 1918 verteilten sich die Salzgewinnungsstätten auf die Gebiete der einzelnen Nachfolgestaaten; der Republik Österreich verblieben nur die in den Alpen befindlichen Salzlager und Salinen, von denen daher allein im Rahmen dieses Werkes die Rede sein soll.



Ansicht der Saline Ebensee

Von Wien aus erfolgte die Leitung der Salinenbetriebe und die Regelung der Absatzverhältnisse, so daß diese Stadt als uralter Stapelplatz mit der alpinen Salzerzeugung in mannigfachen Beziehungen stand und dormalen noch steht. Traun, Salzach und Inn, dann die Donau abwärts zogen die Salzschnitten bis Wien, dem Umschlageplatz nach Nord, Ost und Süd. Im Nordwesten der heutigen Inneren Stadt, an einem ungefähr dem Donaukanal folgenden Donauarme, lagen die Stapelplätze der Salzschnitten; das dorthin führende Stadttor hieß das Salztor und die wichtigste Straße dieses Stadtteiles trägt noch heute den historischen Namen Salzgries.

Die österreichischen alpinen Salzlagerstätten lehnen sich den nördlichen Kalkalpen an und bilden so eine fast ununterbrochene Kette, die sich von Steiermark aus über das Salzkammergut

(Bad Aussee, Bad Ischl, Hallstatt), Hallein, das bayrische Gebiet bei Berchtesgaden und Reichenhall bis Hall in Tirol erstreckt. Mit Ausnahme dieses letzten Lagers, welches in geologischer Hinsicht wohl dem Keuper zuzuzählen ist, gehören diese Salzlagerstätten der unteren Trias an.

Die Hallstätten der Alpen (der in den Ortsnamen immer wiederkehrende keltische Stamm hal ist auf eine indogermanische Wurzel zurückzuführen, an welche sich die Stämme gr. *ἅλς*, lat. *sâl*, aslv. *solt*, ahd. *salz* anlehnen) waren schon in vorgeschichtlicher Zeit hervorragende Kulturplätze, wie der Dürrnberg bei Hallein und insbesondere der weltbekannte Hallstätter Salzberg am Hallstätter See, dem mutmaßlichen Standorte steinzeitlicher Pfahlbauten und Fundorte eines keltischen Gräberfeldes; ist doch nach diesem Orte die ganze Periode des Überganges von der Bronze- kultur zur Eisenkultur (X. bis IV. Jahrhundert v. Chr.) benannt. In den ersten Jahrhunderten nach Christi Geburt gehörten die österreichischen Salzstätten der römischen Provinz Noricum an; interessant ist die Feststellung, daß schon in der Römerzeit sich die Salinen ähnlich der Gold- und Eisenerzeugung, welche kaiserliches Monopol waren, meistens in den Händen der Regierung befanden.

Auch von den Stürmen der Völkerwanderung blieben die Salzstätten nicht verschont, erhoben sich aber bald nach der Besitzergreifung des Landes durch die Bajuwaren zu neuer Blüte. Meist landesherrlicher Besitz, war der Salzbergbau- und Sudhüttenbetrieb bald infolge zahlreicher Belehnungen in viele Anteile zersplittert und gelangte erst in späteren Jahrhunderten wieder in landesfürstliche Hände zurück. Die Bergbaue und Sudhütten wurden späterhin vielfach neuerlich verpachtet und fielen damit einem förmlichen Raubbau zum Opfer. Erst unter den Kaisern Maximilian I. und Ferdinand I. wurde das Pachtsystem wieder aufgegeben und im XVI. und XVII. Jahrhundert gedieh das Salzwesen zu hoher Blüte.

Ein eigentlicher Umschwung erfolgte dann erst Mitte des vergangenen Jahrhunderts, als man den Salinenbetrieb auf wissenschaftliche Grundlage stellte und die frühere Wasserwirtschaft einer strengen Regelung unterzog. Nunmehr fand die moderne Technik in das Salzwesen vollen Eingang und auf diesen Grundlagen wurde in steter, planvoller Arbeit die bedeutende Steigerung der Salzproduktion um die letzte Jahrhundertwende erreicht. Als besondere Faktoren zur Erweiterung des Salzbergbetriebes sind die Errichtung der Ammoniak-Sodafabrik in Ebensee (1886) und der Zellulosefabrik in Hallein (1893) zu erwähnen; beide beziehen beträchtliche Mengen von Industriesole.

Die Gewinnung des Steinsalzes in Stücken kommt in nennenswertem Umfange nur in den Salzbergen von Hallstatt und Altaussee vor; größere Mengen von Steinsalz-Minutien werden in Aussee in gemahlenem Zustande zur Bereitung von Vieh- und Fabrikssalz verwendet. Das Hauptprodukt der alpinen Salzberge ist jedoch die Sole, eine gesättigte Salzlösung von 1·2 spezifischem Gewicht, welche im Hektoliter 31·6 kg Salz enthält. Die Sole wird im Sinkwerks- betrieb, d. h. durch Auslaugen des mit Ton, Mergel, Gips und Anhydrit vermengten Salzgesteines in unterirdischen Kammern gewonnen und in eisernen Röhren den Sudwerken zugeleitet. Die einzelnen Abbauhорizonte in den Salzbergwerken liegen gewöhnlich 30 m übereinander. Die Laugkammern, meist kreisförmig von 30 m Durchmesser und 2 m Höhe angelegt, werden bis zur Decke mit Wasser gefüllt; das im Gestein vorhandene Salz wird auf diese Weise aufgelöst, während die tauben Bestandteile zu Boden sinken. Durch stetes Wässern erweitern sich mit der Zeit diese Kammern und der anfangs kreisrunde Umfang der Lauganlage nimmt je nach der Reichhaltigkeit des Gesteines verschiedene Formen an.

Die durch Rohrleitungen der Sudanlage zugeführte Sole wird in den Pfannen einem langsamen Verdampfen ausgesetzt; die Rückstände ergeben das Sudsalz, aus dem durch Trocknen, Pressen und Vermahlen die gebräuchlichen Speisesalzsorlen gewonnen werden.

Österreich besitzt gegenwärtig fünf alpine Salzbergbaue mit nachstehender Soleerzeugung:

Land:	Salzbergwerk:	Soleproduktion in hl	
		1913	1925
Oberösterreich	Bad Ischl	1,100,000	614,000
	Hallstatt	2,712,000	1,927,000
Steiermark	Bad Aussee	2,202,000	936,000
Salzburg	Hallein	956,000	345,000
Tirol	Hall	586,000	210,000
Zusammen . . .		7,556,000	4,032,000

Aus dieser Aufstellung ist deutlich ersichtlich, wie schwer die österreichischen Salzbergbaue durch den Verlust an Absatzgebieten – kommt doch nur mehr das Gebiet der heutigen Republik

Österreich als solcher in Frage – gelitten haben, indem sich plötzlich die Gewinnungsziffern um nahezu die Hälfte verringerten.

Von den sechs Sudanlagen ist die bedeutendste die in Ebensee am Südende des Traunsees. Diese Anlage wurde im Jahre 1607 gegründet, da von Ebensee aus der Transport des Salzes per Schiff über den Traunsee und weiterhin den Traunfluß abwärts leichter und minder gefahrvoll war, als von Hallstatt und Ischl. Von diesen letztgenannten zwei Salzgewinnungsstätten wird die Sole in einer 1603 fertiggestellten und seither den Fortschritten der Zeit angepaßten, ungefähr 40 km langen Rohrleitung der Ebenseer Sudhütte zugeführt; seit dem Jahre 1907 bringt eine neue Leitung auch einen Teil der in Bad Aussee gewonnenen Sole über Bad Ischl nach Ebensee.

Die Produktionsziffern der einzelnen Sudhütten stellen sich wie folgt dar:

Saline:	Sud- häuser:	Sud- pfannen:	Sudsalzproduktion in q	
			1913	1925
Ebensee	7*	13	797.132	344.184
Bad Ischl	1	2	149.909	58.254
Hallstatt	1	2	75.253	40.202
Bad Aussee	2	6	227.553	123.731
Hallein	1	4	219.634	83.883
Hall	1	2	178.851	65.169
Zusammen	13	29	1,648.332	715.423

Auch hier ist der große Verschleißrückgang gegenüber dem letzten Vorkriegsjahre deutlich zu sehen; er beträgt bei der Salzproduktion mehr als die Hälfte.

Die Sudsalzproduktion des Jahres 1925 spezifiziert sich in nachstehender Weise:

Sorte:	q
Speisesalz	497.242
Viehsalz	103.187
Fabrikssalz I	97.412
„ II	17.458
Dungsalz	2
Pfannenstein	122
Zusammen	715.423

Neu eingestellt wurde der Vertrieb von rein hygienischem Luxussalz, in Blechdosen- und Papierverpackung. Ferner werden in jüngster Zeit rund 30 Prozent des Speisesalzes jodiert (0,006 g Jod auf 1 kg Salz) in den Handel gebracht, dessen Verbreitung besonders in den Alpengegenden mit stark kalkhaltigem Trinkwasser als vom Standpunkte der Volksgesundheit aus sehr zu begrüßende Vorbeugemaßregel gegen Schilddrüsenwucherung (Kropf) zu werten ist.

Das Salzgefälle wurde bis Ende des Jahres 1925 durch das Bundesministerium für Finanzen administrativ und durch das Salinendepartement der Finanzlandesdirektion Linz technisch geleitet. Zuzufolge Beschlusses des Ministerrates vom 21. August 1925 besorgt die administrative, technische und kommerzielle Leitung ein selbständiges Amt, die Generaldirektion der österreichischen Salinen in Wien. Den staatlichen Salinenbetrieben gehören gegenwärtig 164 pragmatische Angestellte, 22 Vertragsangestellte (darunter acht Ärzte) und 1579 Arbeiter an. Der Rechnungsabschluß des Salzmonopols für das Jahr 1925 wies an Betriebseinnahmen 25,140.040 S, an Betriebsausgaben 13,378.379 S, somit einen Überschuß von 11,761.661 S aus.

Für das Personal bestehen Wohlfahrtseinrichtungen, wie: unentgeltliche oder preisermäßigte Wohnungen, Gärten, Salinen-Spitäler und -Versorgungsanstalten, Bäder, unentgeltliche ärztliche Behandlung und kostenloser Medikamentenbezug, Küchen und Schlafräume und ermäßigter Brennstoffbezug. Ebenso ist für die Altersversorgung der Salinenangestellten, der Salinenarbeiter und deren Witwen und Waisen vorgesorgt; zur Unterstützung bei Unglücksfällen und in unverschuldeten Notlagen bestehen die Unterstützungsvereine, bzw. Bruderladen sowie die Berg- und Hütten-Besuchskassen.

* Davon zwei Vacuumerzeugungsanlagen.

Österreichische Staatsdruckerei

Die Gründung der Österreichischen Staatsdruckerei (vormals k. k. Hof- und Staatsdruckerei) erfolgte im Jahre 1804 zum Zwecke der raschen und sicheren Herstellung von amtlichen Drucksorten und Wertzeichen.

1892 erfolgte die Übersiedlung der Staatsdruckerei aus dem alten Dominikanergebäude im I. Bezirk in das große Gebäude am Rennweg, doch schon im Jahre 1908 mußte durch die fortwährende Steigerung des Betriebes ein zweites Anstaltsgebäude in nächster Nähe des Hauptgebäudes errichtet werden.

Von den beiden Amtsgebäuden dient das Hauptgebäude ausschließlich den Betriebsabteilungen für Satz und Druck samt den zugehörigen Hilfsabteilungen sowie für die Abteilungen zur Herstellung aller geldwerten Drucksachen. Im neuen Amtsgebäude sind die Abteilungen für künstlerische Reproduktion sowie die administrativen Abteilungen und der Drucksortenverschleiß untergebracht.

Die Staatsdruckerei hat die Aufgabe, die von den staatlichen Behörden benötigten Drucksorten und geldwerten Papiere herzustellen, außerdem obliegt ihr die Förderung der graphischen Künste; als Musteranstalt soll sie den Privatbetrieben vorbildlich sein.

Zur Herstellung der geldwerten Drucksachen bestehen sieben Abteilungen. Es gelangen zur Ausführung Schuldtitres, Wechselblankette, Schecks, Eisenbahnfrachtbriefe, Lose, Postwertzeichen aller Art, Stempel- und Steuermarken, sowie Banknoten usw. Zur Druckmaterialherstellung dient das Wertzeichen-Atelier sowie die modern eingerichtete Galvanoplastik samt Stereotypie.

Eine weitere Geschäftsgruppe umfaßt die Abteilungen für Lithographie, Steindruck, Lichtdruck, Zinkätzung, Kunstkupferdruck und Heliogravüre. Das große photographische Atelier befindet sich am Dachboden des neuen Gebäudes und enthält 6 moderne Reproduktionskameras im Formate bis zu 100×100 cm und 5 Dunkelkammern.

Für den Buchdruck bestehen derzeit 5 Abteilungen mit 6 Rotationsmaschinen, 19 Zweitourenmaschinen und 100 Buchdruckschnellpressen nebst zahlreichen Hilfsmaschinen.

Die Satzarbeiten werden hergestellt in 5 Abteilungen und einer Monotype-Setzmaschinenabteilung. Die Anstalt besitzt einen großen Schatz von über 180 fremdsprachigen Schriften in 355 Graden. Anschließend an die genannten Abteilungen besteht noch eine Schriftgießerei, die Stempelschneiderei, die Rundstereotypie und eine modern ausgestaltete Buchbinderei.

Der Antrieb der zirka 800 an der Zahl belaufenden Arbeitsmaschinen erfolgt durchwegs elektrisch und mit einer Betriebskraft von zirka 520 Pferdestärken.

Zum Studium der chemischen Fragen auf graphischem Gebiete und der Wertpapiererzeugung sowie zur Begutachtung und Untersuchung sämtlicher Betriebsmaterialien dient ein zweckentsprechend eingerichtetes chemisches Laboratorium.

Der Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, I., Seilerstätte 24, besorgt den Vertrieb der Gesetz- und Verordnungsblätter sowie der amtlichen Publikationen der Bundesministerien.

Im Eigenverlag wurde eine Reihe wichtiger kommentierter Gesetzausgaben sowie rechtswissenschaftliche Werke namhafter Autoren herausgegeben, welche ständig erweitert wird.

In der Kunstabteilung des Verlages sind über 200 verschiedene farbige Reproduktionen berühmter Gemälde, ferner eine große Anzahl von Originalradierungen, Heliogravüren und Lithographien, eine Auswahl kostbarer Kunstwerke und eine Reihe von Liebhaberausgaben hervorragender österreichischer Dichter und Schriftsteller erschienen.

Der Drucksortenverlag, III., Rennweg 12a, besorgt die Herausgabe amtlicher Drucksorten.

Gegenwärtig beträgt der Personalstand der Staatsdruckerei rund 1100 Personen. Die Anstalt besitzt eine Bibliothek von zirka 33.000 Bänden sowie ein Museum mit wertvollen Anstaltsarbeiten auf dem Gebiete der Graphik usw. Für das Personal bestehen zahlreiche Wohlfahrtseinrichtungen, wie eine Krankenkasse, Hausbäder und eine Hausküche.

Das Österreichische Hauptmünzamt

Die Geschichte der Wiener Münzstätte läßt sich bis in das XII. Jahrhundert verfolgen. Unter dem Babenberger Herzog Leopold V. (1177—1194), vermutlich im Jahre 1180 als landesfürstliche Münzstätte gegründet, hatte sie zuerst ihren Sitz in Krems und wurde erst im Anfange des XIII. Jahrhunderts von Leopold dem Glorreichen im Jahre 1208 nach Wien in die alte Herzogsburg (jetzt „Am Hof“) übertragen. In seiner wechselvollen Geschichte mußte der „Wiener Münzhof“ wiederholt seinen Stand ändern und befand sich unter anderem auch im XVII. Jahrhundert in der Wollzeile, in welchem sich die Münzer 1679 zur Zeit der Pestseuche einmauerten und so von ihr verschont blieben. Nach dem Tode Prinz Eugens wurde das Münzamt in das vom Staate angekaufte Palais des Prinzen in der Himmelfortgasse (heute noch Bundesministerium für Finanzen) verlegt, wo es mehr als ein Jahrhundert bis zum Jahre 1839, d. i. bis zur Fertigstellung des neuen Münzgebäudes verblieb.

Der kunstsinnige Kaiser Karl VI. und seine Tochter, die große Kaiserin Maria Theresia, schenkten dem Münzwesen und der damit verknüpften Stempelschneidekunst ihre besondere Aufmerksamkeit. Um dieser Kunst eine Stätte zu bieten, schuf Karl VI. im Jahre 1730 im Rahmen der Wiener Münzstätte eine Schule, die Graveurakademie, an der bedeutende Künstler wirkten und hervorragende Denkmäler der Wiener Stempelschneidekunst der Nachwelt überlieferten.

Die technische Entwicklung und der damit verbundene Aufschwung des Münzwesens hatte eine solche räumliche Ausdehnung der Münzstätte zur Folge, daß die einzelnen Betriebsstätten an verschiedenen passenden Stellen untergebracht werden mußten. Da dieser Umstand dem Münzbetriebe nicht förderlich war und die an das Münzamt gestellten Anforderungen immer größer wurden, mußte an eine Zusammenfassung der zerstreut liegenden Münzwerkstätten und Schaffung eines neuen, eines Großstaates würdigen Münzgebäudes geschritten werden. Im Jahre 1835 wurde der Grundstein zu dem neuen Gebäude auf dem Platze des im XVII. Jahrhundert hier bestandenen Münzscheidehauses gegenüber dem Stadtparke gelegt. Das neue Münzgebäude ist ein Werk des k. k. Hofbaurates Paul Sprenger und wurde im Jahre 1837 vollendet. Seiner Verwendung wurde es erst nach seiner technischen Einrichtung am 12. August 1839 zugeführt.

Das Wiener Hauptmünzamt hat seit Auflassung der zahlreichen, in den österreichischen Ländern verteilten Münzstätten die Aufgabe, den Bedarf an Hartgeld durch Ausprägung der österreichischen Münzen zu decken. Die technischen Betriebseinrichtungen wurden im Laufe der Jahre durch zahlreiche Neuanschaffungen moderner Maschinen und Verbesserungen auf einen derart hohen Stand von Leistungsfähigkeit gebracht, daß das Hauptmünzamt beispielsweise in der Lage war, von Münzen der Kronenwährung binnen 30 Jahren nahezu 3 Milliarden Münzen und im Jahre 1924 allein die bisher größte Jahresleistung von 342 Millionen Münzen auszuprägen. Der Ruf, den das Hauptmünzamt durch seine Leistungsfähigkeit und sorgfältige Durchführung der Prägungen erworben hat, hat ihm wiederholt umfangreiche Prägeaufträge von fremden Staaten zugeführt, unter anderem von Brasilien, Bulgarien, Jugoslawien, Montenegro, Polen, Uruguay usw.

Eine besondere Eigenheit des Hauptmünzamtes ist die noch immer stattfindende Ausprägung des Maria-Theresia-Talers oder Levantinertalers (mit der Jahreszahl 1780), der noch heute in zahlreichen Gegenden des Orientes als kursierende Münze gilt und in bedeutenden Mengen dorthin ausgeführt wird.

Die Prägung von Medaillen und Plaketten hat mit dem Aufschwunge, den die moderne Medaille im Laufe der letzten Jahrzehnte genommen hat, im Hauptmünzamate, getreu den alten Überlieferungen, eine aufmerksame Pflege und Förderung gefunden. Ein eigener Verlag künstlerischer Medaillen und Plaketten sorgt für die Verbreitung und Vertiefung dieses schönen Zweiges der Kleinkunst.

Das Österreichische Patentamt

Von Präsident Sektionschef K. Bergmann

Nach dem Zusammenbruch des alten österreichischen Staates schien der Weiterbestand des im Jahre 1899 errichteten Patentamtes eine Zeitlang überhaupt in Frage gestellt. Aber dem verständnisvollen Zusammenwirken der damaligen verdienten Leiter des Amtes mit den einflußreichen Vereinigungen der interessierten wirtschaftlichen Kreise, reicher Aufklärungsarbeit an allen maßgebenden Stellen ist es zu danken, daß die für unsere ganze industrielle und gewerbliche Produktion so unentbehrlichen Einrichtungen des gewerblichen Rechtsschutzes erhalten blieben und daß in der Folge dann auch das durch die Entwertung unserer Valuta vorübergehend gestörte Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben dieses Verwaltungszweiges wiederhergestellt werden konnte. Hand in Hand mit der Hebung des Lebenswillens von Volk und Staat, mit der Stärkung der Wirtschaft und Befestigung unseres Geldes, wie sie das Genfer Sanierungswerk geschaffen, erfolgte auch die Sicherung des Bestandes des Patentamtes der Republik Österreich, das wie kaum eine andere staatliche Stelle mit dem heimischen Wirtschaftsleben zusammenhängt, aber auch weitverzweigte zwischenstaatliche Beziehungen zu pflegen hat.

Reiche Arbeit ist in den letzten Jahren geleistet worden:

Österreich, das dem Pariser Unionsvertrage zum Schutze des gewerblichen Eigentums und dem Madrider Abkommen über die internationale Markenregistrierung angehört, trat am 27. Oktober 1920 dem Berner Abkommen über die Erhaltung und Wiederherstellung der durch den Weltkrieg beeinträchtigten gewerblichen Eigentumsrechte bei. Weiters wurde die gesetzliche Grundlage für die Verlängerung der Höchstdauer von Patenten um höchstens sechs Jahre geschaffen, die wegen der durch den Krieg oder seine Nachwirkungen verursachten außerordentlichen Verhältnisse nicht in entsprechender Weise ausgenützt werden konnten.

Durch allmähliche Erhöhung der bestehenden Gebühren und durch Einführung besonderer Gebühren für amtliche Ausfertigungen und Veröffentlichungen über gewerbliche Schutzrechte ist bei gleichzeitiger Verminderung des Personales die Deckung aller Auslagen des Amtes erzielt worden, wobei in dankenswerter Weise die Interessenten namhafte Opfer brachten und auf diese Art die wirtschaftlichen Grundlagen des Patentamtes sichern halfen. Im Zusammenhange mit diesen finanziellen Maßnahmen wurden auch Vereinfachungen der Einrichtungen des Amtes und des Verfahrens durchgeführt.

In diese Zeit fallen wichtige gesetzgeberische Arbeiten, vornehmlich das Bundesgesetz vom 26. September 1923, B. G. Bl. Nr. 531, gegen den unlauteren Wettbewerb, durch dessen Schaffung seit langem immer wieder vorgebrachten Wünschen der beteiligten Kreise und einer der Republik Österreich durch Artikel 226 des Staatsvertrages von Saint-Germain auferlegten Verpflichtung entsprochen wurde, das Bundesgesetz vom 20. Februar 1924, B. G. Bl. Nr. 56, über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes, das Bundesgesetz vom 27. Jänner 1925, B. G. Bl. Nr. 67, über den Prioritätsschutz für Erfindungen, Muster und Marken auf Ausstellungen, und schließlich die Patentgesetznovelle vom 2. Juli 1925, B. G. Bl. Nr. 219. Die Patentgesetznovelle enthält namentlich Bestimmungen über die Erfindungen von Dienstnehmern, die von größtem Verständnis für die soziale Lage dieses Kreises von Erfindern in den durch die gebotene Rücksicht auf die Interessen der Industrie gegebenen Grenzen zeigen, dann über die Nennung als Erfinder (Erfinderehre), verlängert die Höchstdauer der Patente von 15 auf 18 Jahre, ändert einzelne Vorschriften über das Erteilungsverfahren, die Organisation des Patentamtes und Patentgerichtshofes sowie über die Parteienvertreter. Da das planmäßige Zusammenwirken der rechtskundigen und der fachtechnischen Mitglieder des Patentamtes eine unerläßliche Voraussetzung

für eine befriedigende Erfüllung der dieser Behörde obliegenden Aufgaben ist, hat die Novelle auch die möglichst vollständige Gleichstellung der Mitglieder dieser beiden Gruppen in ihrem Aufgabenkreise zum Ausdruck gebracht.

Die Auswirkungen der in den letzten Jahren nach dem Umsturze geleisteten großen Arbeit für die Sicherung des Bestandes und der Bedeutung des Österreichischen Patentamtes, dessen Präsident auch als Sektionschef des Bundesministeriums für Handel und Verkehr die Geschäftsgruppe für gewerblichen Rechtsschutz leitet, zeigen sich auch in den erfreulichen Ergebnissen der Geschäftsführung.

Die Anzahl der Patentanmeldungen im Jahre 1925 beträgt 6980 bei einer Gesamtanzahl der Geschäftsstücke von 30.331. Am Ende des Jahres 1925 standen in Kraft 14.657 Patente. Von den Patentwerbern haben rund 51 Prozent ihren Wohnsitz im Inlande, 49 Prozent im Auslande, insbesondere im Deutschen Reiche, in Großbritannien, Italien, in der Schweiz, in der Tschechoslowakei und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Die Ausgaben für das Patentamt betragen im Jahre 1925 827.624 S, die Einnahmen (ohne Stempel) 1.351.331 S, so daß sich ein Überschuß von 523.707 S ergab.

An Marken wurden im Jahre 1925 registriert aus Österreich 2231, aus dem Auslande 412, erneuert aus Österreich 1556 und aus dem Auslande 539. Die Zahl der international registrierten österreichischen Marken betrug 516.

An Mustern (Modellen) sind in diesem Jahre registriert worden 6279, darunter 384 ausländische.

Seit seiner Gründung war das Patentamt und das Zentralmarken- und Musterarchiv in mehreren, durch Gassen von einander getrennten Privathäusern untergebracht, wobei die Räumlichkeiten vielfach mangelhaft und unzulänglich waren, eine Schattenseite, unter der die Entwicklung und der Betrieb des Amtes seit jeher schwer gelitten hat. Im Jänner 1926 gelang es endlich, diesen allseits stets beklagten Übelstand zu beseitigen und den Umzug in das Gebäude des ehemaligen Kriegsministeriums, I., Stubenring 1, Mezzanin, zu vollziehen. Die Unterbringung des Patentamtes und der zentralen Marken- und Musterschutzverwaltung ist nunmehr eine vollkommen würdige, allen modernen Anforderungen entsprechende; die Anordnung der Räume der Mitglieder des Amtes und der Hilfsstellen entspricht allen Bedürfnissen und ermöglicht endlich das erforderliche Zusammenarbeiten aller Stellen dieses weitverzweigten Verwaltungsgebietes.

Die Bücherei des Patentamtes, die bisher, weil zum Teil in Kellerräumen untergebracht, nicht in ihrer Gänze benützlich war, befindet sich nun in modernst eingerichteten Räumen und präsentiert sich mit ihren 160.000 Bänden als stattlicher, überaus reichhaltiges und wertvolles Material enthaltender Behelf für das Amt und die Wirtschaftskreise, denen dieses zu dienen hat. Abgesehen von der Patentschriftensammlung – über eine Million amerikanischer Patentschriften, eine vollständige Sammlung der englischen Patentschriften von 1618 an, die deutschen, französischen, Schweizer, ungarischen, tschechoslowakischen, polnischen und jugoslawischen, die schwedischen, dänischen, norwegischen und niederländischen, ja auch die australischen und japanischen Patentschriften bedecken in langer Reihe die hohen Regale – besitzt diese Bücherei die Literatur des gewerblichen und literarischen Urheberrechtes aller Länder der Erde, des Marken- und Musterschutzes sowie des unlauteren Wettbewerbes, sowie die moderne technische Literatur in einem dem Bedarf des Dienstes voll entsprechenden Ausmaße, darunter alle einschlägigen Zeitschriftenserien. In ihrem Ausmaße eine der größten Bibliotheken Wiens, ist die Patentamtsbücherei, in der für die Parteien und für die Mitglieder des Amtes ausreichende Lesezimmer zur Verfügung stehen, nach der Bücherei des Deutschen Reichspatentamtes auf dem Kontinent wohl die bedeutendste Einrichtung dieses Faches.

Nach der Überwindung aller Krisen der letzten Jahre und nach der glücklichen Lösung der Unterbringungsfrage kann das Österreichische Patentamt mit voller Zuversicht der weiteren Zukunft entgegensehen, die ihm wieder Blühen und Gedeihen bringen möge.

Österreichischer Bundesverlag für Unterricht Wissenschaft und Kunst Wien – Leipzig



Die österreichische Kultur hat Tradition. Ein Markstein dieser Kultur ist der Österreichische Bundesverlag und seine Buchproduktion. 1772 wurde er als staatliche Fondsanstalt „Schulbücher-verlag“ im altersgrauen Haus, Wien, I., Annagasse, durch Kaiserin Maria Theresia ins Leben gerufen. Damals versorgte er die Jugend aller Sprachen in der Donaumonarchie mit Lehrbüchern. So war er von Anfang an ein Bildungsfaktor ersten Ranges und diente der Volkserziehung in gemeinnütziger Arbeit. –

Es führt ein weiter Weg vom ersten Buch des alten Schulbücherverlages, dem „Sagans'schen Katechismus“, bis zu den prächtigen Kunstbüchern des jetzigen Bundesverlages. Einundeinhalb Jahrhundert rastloser Arbeit durch Zeiten schwerster Krisen liegt dazwischen. Der Verlag hat die große Probezeit bestanden und ist heute die größte und zukunftsfähigste Verlagsanstalt der Republik. Seine Vielseitigkeit und die Aufgaben der modernen Zeit führten zur Neugestaltung seines Namens, der seinen Zielen und Aufgaben wenigstens annähernd gerecht wird.

Wiewohl die ehemalige Monopolstellung des Verlages durch das Reichsvolksschulgesetz 1869 und spätere Verordnungen aufgehoben wurde, hat sich der Verlag durch Herausgabe von Lesebüchern und anderen Lehr- und Lernbüchern die führende Stellung als Schulverlag erhalten. Durch moderne, der Kunsterziehung angemessene Ausstattung der Schulbücher, durch die Ausgabe von guten Klassenlesestoffen und vorbildlichen Landkarten dient der Bundesverlag der neuzeitlichen Schulbildung.

Die Volksbildungsstelle im Bundesministerium für Unterricht hat dem Verlag die „Deutsche Hausbücherei“ anvertraut, eine Sammlung älteren und neuesten Schrifttums, die volksbildnerische Ziele verfolgt. Neben Gottfried Keller, Anzengruber und Storm sind von neueren anerkannten österreichischen Schriftstellern: Ertl, Ginzkey, Hohlbaum, Handel-Mazzetti, Hawel, Strobl, Stüber-Gunther, Keim, Herold, Rosegger, Schrott-Fiechtl und andere vertreten, darunter auch viele heute noch weniger bekannte Begabungen: Nüchtern, Kranewitter, Schnehen, Kipper, Wittek u. a. m.

Heimatkunde und Heimatkunst finden besondere Pflege. Der Österreichische Bundesverlag betont das Bodenständige und ist sich seiner Eigenart als österreichischer Verlag wohl bewußt. Wiener Bezirke und Bundesländer haben hier ihre Heimatbücher veröffentlicht; eine Reihe von Werken behandelt die Schönheit des österreichischen Landes und das „Volkslied“-Unternehmen des Bundesministeriums für Unterricht gibt seine wertvollen Forschungen heraus. Die Besten der Heimatforscher schaffen für diesen Verlag.

Forschungen der Wiener Universitätsinstitute für Germanistik, Philosophie, Geschichte und Kunst sind ebenfalls im Bundesverlag erschienen. Den modernen Bestrebungen der Lehrerbildung dient eine Reihe von grundlegenden Büchern. Einzigartig aber und geprägt mit der österreichischen Wertmarke auserlesenen Geschmacks sind die Kunstbücher des Verlages. Doch auch die neuesten Ergebnisse technischen Fortschrittes sind in der Reihe der Bücher vertreten.

Einen breiten Raum im Rahmen der Verlagsarbeit nimmt schließlich das „Gute Jugendbuch“ ein. In verlockender Ausstattung finden inhaltlich den Grundsätzen neuester Jugendschriftenkritik angemessene Jugendbücher für alle Altersstufen besondere Pflege. Sie sind literarisch wertvoll, erzieherisch einwandfrei und lebenswahr gestaltet.

Der höchste Vorzug des Bundesverlages ist dessen Volkstümlichkeit. Bei allem Streben nach höchster Vervollkommnung sind die Werke klar geschrieben, in der Ausstattung geschmackvoll und im Preise durchaus wohlfeil.

Der Österreichische Bundesverlag geht seinen Weg, sich selbst und seiner alten Tradition getreu. Er führt ein neues Zeichen, das weit über die Grenzen der eng gewordenen Heimat hinaus Achtung findet, seinen Namen ehrenvoll in die Welt bringt und damit auch dem Namen des neuen Wien gern gezollte Anerkennung in allen Landen deutscher Zunge verschafft.

Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

Wien

VIII., Friedrich-Schmidt-Platz Nr. 3

Telephonnummern 23-2-29, 23-2-30.

XVI., Arltgasse 35

Telephonnummern 36-0-55, 34-3-78.

Das Amt ist hervorgegangen aus der Generaldirektion des Grundsteuerkatasters, dem ehemaligen Militärgeographischen Institut, dem Gradmessungsbureau und der Normaleichungskommission. Es besteht aus zwei Fachgruppen und einer juristisch-administrativen Abteilung.

Die Tätigkeit der Fachgruppe für den Eichdienst, zu der auch die Abteilung für die Eichung der Elektrizitätszähler und Wasserverbrauchsmesser gehört, beschränkt sich nicht allein auf die Erhaltung der Ordnung in Maß und Gewicht, ihr obliegt auch die Prüfung der ver-



Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen
VIII., Friedrich-Schmidt-Platz 3
(Früheres Militärgeographisches Institut, Gebäude A)

im Gebäude Arltgasse 35, welche die Vornahme präzisester Längenmessungen (bis 1/10.000 mm), feinsten Wägungen (bis 0,01 mg), ferner thermischer, optischer, elektrostatischer und elektromagnetischer Messungen gestatten. Die Arbeiten der staatlichen Eichbehörde werden von einem aus Fachleuten und Vertretern der Wissenschaft gebildeten Beirat unterstützt. Den exekutiven Eichdienst versehen 127, drei Inspektoraten unterstellte Eichämter.

Die Fachgruppe für den Vermessungsdienst besorgt alle technischen, wissenschaftlichen und administrativen Arbeiten, die der Erneuerung und Fortführung der Grundlagen der Katastral- und der Topographischen Landesvermessung dienen, sowie die Ausführung der geodätischen und geophysikalischen Arbeiten, die Österreich aus seiner Beteiligung an der Internationalen Erdmessung zufallen. Dank der zentralen Organisation des staatlichen Vermessungswesens ist das Amt mit allen modernen Einrichtungen und wissenschaftlichen Hilfsmitteln, welche in der Erdmessung und exakten Landmessung verwendet werden, versehen. Eine besondere Zeitdienstanlage mit Observatorium ermöglichte im Jahre 1925 die Aktivierung einer autorisierten Versuchsanstalt für Behelfe zur Zeitmessung, welche Uhren aller Art zur Prüfung übernimmt. Plankammer, Archiv und Bibliothek bergen die bedeutenden Karten- und Bücherbestände; für die präzisionsmechanischen Arbeiten besteht eine eigene Werkstätte. Zur Vorbereitung und Durchführung von Schweremessungen dient der Pendelkeller, dem eine internationale Bedeutung zukommt, da er der Zentralpunkt des sogenannten „Wiener Systems“ der Schwerewerte in Europa ist. In den Bundesländern unterstehen dem Amte fünf Vermessungsinspektorate, 69 Bezirksvermessungsämter und sechs Katastralmappenarchive.

schiedensten Maße und Meßapparate und die Pflege des physikalisch-technischen Versuchswesens.

Dieser Zweig des Dienstes dient der Förderung der industriellen und gewerblichen Produktion und der öffentlichen Wohlfahrt. Bemerkenswert sind die Einrichtungen in den Laboratorien

Das Kartographische, früher Militärgeographische Institut

Wien, VIII., Krotenthallergasse 3 (Hamerling-Platz 3)

Das Kartographische Institut ist hervorgegangen aus dem im Jahre 1818 in Mailand als „I. R. Istituto geografico militare“ gegründeten und im Jahre 1839 nach Wien verlegten Militärgeographischen Institut, dessen vielseitige wissenschaftliche und kartographische Arbeiten im In- und Ausland als vorbildlich anerkannt und auf mehreren Weltausstellungen prämiert wurden.

Nach dem Zusammenbruch der Österreichischen und Ungarischen Monarchie im Jahre 1918 und der damit verbundenen Auflösung der Armee konnte das Militärgeographische Institut als Heeresanstalt nicht mehr erhalten werden,



Kartographisches, früher Militärgeographisches Institut
VIII., Krotenthallergasse 3 (Erbaut im Jahre 1905)
(Früh. Militärgeographisches Institut, Gebäude B, Ansicht v. Hamerling-Platz)

es wurde daher dem damaligen Staatsamt für öffentliche Arbeiten unterstellt. Mit der Reorganisation des staatlichen Vermessungswesen im Jahre 1920 wurde die geodätische und Mappingungsgruppe aus dem Institut ausgeschieden und mit den übrigen Stellen des zivilen staatlichen Vermessungswesen zu einem Zentralamt, dem heutigen „Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen“ vereinigt, während aus der Kartographischen und Technischen Gruppe das: „Kartographische, früher Militärgeographische Institut“ als Bundesbetrieb neu gebildet und auf kaufmännische Basis gestellt wurde.

Außer der Bearbeitung der offiziellen staatlichen Kartenwerke auf Grund der vom Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen ausgearbeiteten Aufnahmesergebnisse befaßte sich das Kartographische Institut — den neuen Verhältnissen Rechnung tragend — auch mit der Herstellung von kartographischen Arbeiten für Zwecke, wie Unterricht, Reise, Touristik, Wintersport und dgl. mehr. Ein besonderes Arbeitsgebiet bildet die originaltreue Reproduktion alter Stiche.

Die modernen technischen und maschinellen Einrichtungen setzen das Institut in die Lage, auch auf merkantilem Gebiete u. a. bei der Reproduktion von Büchern, Herstellung von Katalogen und Plakaten erstklassige Arbeit zu leisten. Das Kartographische Institut ist dadurch befähigt, alle Tief-, Flach- und Offset-Druckaufträge auf das vorzüglichste auszuführen.

Österreichische Radio-Verkehrs A. G.

Im Oktober 1925 hat die Österreichische Radio-Verkehrs A. G. den Rundspruchdienst aufgenommen. Aus bescheidenen Anfängen sich emporarbeitend, spielt Radio-Wien trotz des bedeutenden Vorsprunges, der den meisten anderen Ländern gegenüber einzuholen war, eine wichtige Rolle im Konzerte der europäischen Sendestationen.

Die ersten Sendungen wurden mit einem von der Post- und Telegraphenverwaltung übernommenen Telegraphie-Röhrensender von 1 KW Leistung durch Einbau eines Telephoniezusatzgerätes durchgeführt. Wenige Monate später wurde ein 1 KW Telefunksender modernster Type in Betrieb gesetzt, der später durch Einbau einer zweiten Senderöhre auf eine Energie von $1\frac{1}{2}$ KW erhöht wurde.

Im März 1925 wurde der erste Zwischensender, ein $1\frac{1}{2}$ KW Sender, System „Western Electric“, in Graz dem Betriebe übergeben. Der Großteil des Grazer Programmes wird durch Übertragung der Wiener Programme mittels Hochfrequenztelephonie über die staatliche Telephonleitung bestritten. Zwei- bis dreimal in der Woche werden vom Grazer Sender eigene Programme verbreitet.

Im Jänner 1926 hat die „Ravag“ die Betriebseröffnung des Groß-Senders am Rosenhügel gefeiert, durch welche Österreich in die Reihe der Großmächte auf dem Gebiete des Rundspruchwesens eintritt.

Der Sender wurde von der Firma Telefunken geliefert und verfügt über eine Spitzenleistung von 20 KW und eine mittlere Telephonieleistung von 5 KW. Die Antenne wird von drei 85 m hohen Gittermasten getragen. Die nach den modernsten Grundsätzen eingerichteten Aufnahme-räume befinden sich im Hause I, Johannesgasse 4 a, und sind mit dem Sender am Rosenhügel durch ein pupinisiertes Erdkabel verbunden.

Mit der technischen Entwicklung der Sendeanlagen hielt der künstlerische und wissenschaftliche Ausbau des Programmes von Radio-Wien gleichen Schritt. Der ungewöhnliche Aufschwung des österreichischen Rundspruchwesens ist in erster Linie dem außerordentlichen Interesse zu verdanken, das ihm von den ersten Anfängen an aus allen Kreisen der Bevölkerung Wiens und Österreichs entgegengebracht wurde. Ein Beweis dafür ist, daß die Zahl der Rundspruchteilnehmer anfangs Jänner 1926 bereits 190.000 betrug und ständig im Steigen begriffen ist.

Diese Ergebnisse konnten neben dem Interesse und der Förderung durch die Bevölkerung nur durch die zielbewußte und gemeinsame Arbeit sämtlicher am Radiowesen interessierter Körperschaften erzielt werden.

Die Programme von Radio-Wien wurden durch Übertragung großer Konzerte aus dem Konzerthausaal und Opern aus der Volksoper, sowie durch Aufführung gesprochener Werke durch die Radiobühne, die Einführung der Radio-Volkshochschule und von Sprachkursen ausgestaltet. Durch ihre Mannigfaltigkeit, ihre hohe künstlerische und wissenschaftliche Qualität sind die Darbietungen von Radio-Wien schon heute in Europa anerkannt und geschätzt.

Krieg und Umsturz haben die Grenzen unserer Heimat enge gezogen. Unsere Kultur und unsere Kunst aber konnten sie uns nicht nehmen. Die vornehmste Aufgabe des Rundspruches wird es sein, diese wertvollsten unserer Güter dem Auslande zu vermitteln und in der Welt Zeugnis von österreichischem Fühlen und Denken zu geben.

Die Wiener Messe

Zu dem Bilde des neuen Wien gehört auch die Wiener Messe. Die jetzt bestehende Messe ist im Jahre 1921 aus der freien Initiative schaffender Wiener Bürger entstanden. Sie wird vom Wiener Geschmack beherrscht, sie trägt in der Wiener Note ihre besondere Eigenart; die Wiener Messe ist innig mit dem Schicksal der Stadt Wien verknüpft. Die Stadtgemeinde hat die Messe denn auch vom Anbeginn durch großzügige Subventionen und Erleichterungen aller Art gefördert.

Nach der Zertrümmerung der alten Großmacht herrschte in weiten Kreisen die Überzeugung, daß die Stadt ihre Rolle nicht nur als Residenz eines großen Reiches, sondern auch als wichtiges Handels- und Wirtschaftszentrum ausgespielt habe. Da hat die Wiener Messe durch ihre großartige Schaustellung im Herbst 1921, für die vom Staate herrliche Gebäude zur Verfügung gestellt worden waren und die sich der größten Förderung der Gemeinde Wien und des weitestgehenden Entgegenkommens ihrer sämtlichen Organe zu erfreuen hatte, nicht nur der staunenden Welt, sondern auch einem großen Teile der Wiener und Österreicher die Augen darüber geöffnet, welche ungeheuren Schätze an Arbeitskraft, Talent, Kunstfertigkeit, Geschmack und technischem Können in Wien vorhanden seien. Heute ist es der Wiener Messe gelungen, zu jeder ihrer Veranstaltungen Einkäufer aus durchschnittlich 70 Staaten heranzuziehen.

Die wienerische Note gewinnt die Wiener Messe hauptsächlich durch die überwältigende Auswahl spezifisch wienerischer Erzeugnisse, wie Ledergalanteriewaren, Wiener Bronzen, Keramiken, Stickereien, Raucherartikel, Schirme und Stöcke, Papierkonfektion, die Wiener Mode in allen ihren Spielarten, Wiener Möbel und vieles andere. Daß Wien neben den genannten Zweigen auch eine sehr bedeutende Stätte technischer Arbeit und technischen Könnens ist, hat wieder erst die Wiener Messe die Welt gelehrt.

Die Wiener Messe ist auch, was die Aussteller anbelangt, international, die Zahl der Staaten, die sich durch Aussteller an ihr beteiligen, wächst beständig; die Sukzessionsstaaten nehmen an der Wiener Messe so rege teil, als ob eine wirtschaftliche Trennung nicht existieren würde, daneben hat Frankreich die Messe stets reich beschickt, ebenso England, dann Italien, die Schweiz, Skandinavien, Holland, Belgien, Griechenland.

Das Bild der Wiener Messe wäre nicht vollständig, würde man nicht der zahlreichen Branchengruppen und Korporationen gedenken, welche die Veranstaltung von Ausstellungen im Rahmen der Wiener Messe durchführten: die Nahrungs- und Genußmittel-Ausstellung, die internationale Motorrad-Ausstellung, die vom Zentralverein der Bergwerksbesitzer Österreichs initiierte Kohlenmesse, die großartige Musterschau der Land- und Forstwirtschaft mit ihren Unterabteilungen: Gartenbau-Ausstellung (mit Gartengestaltung und Gartenkunst), Kleintierzucht, Bundesweinkost, Obstbau, Gemüse-Ausstellung, Ausstellung des milchwirtschaftlichen Vereines für Österreich mit Butter- und Käseschau, Molkereiprodukten, die Schauausstellung von landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln, Erzeugnissen aus dem landwirtschaftlichen Betrieb und des landwirtschaftlichen Unterrichts- und Versuchswesens sind die bedeutendsten dieser Spezialveranstaltungen, die der Messe nicht minderen Erfolg brachten wie den veranstaltenden Kreisen.

Wiener Porzellanfabrik Augarten

A. G. zur Erneuerung und Fortsetzung der vormaligen Staatlichen (Ärarial-) Porzellan-Manufaktur Wien, Schloß Augarten.

Schon in jenen glanzvollen Zeiten, als Wien noch die Hauptstadt eines mächtigen Reiches gewesen ist, waren die Wiener Frauen, die Wiener Musik und das Wiener Porzellan weltberühmt. Alle drei wurden von Kennern geschätzt und geliebt, wie die kostbaren Blüten eines gepflegten Gartens. Und selbst die Schrecken des Weltkrieges vermochten es nicht, den Wiener Frauen ihre Anmut, der Wiener Musik ihren zauberischen Klang zu rauben, ja sogar die dritte Blüte Alt-Wiens ist zu neuem Leben erwacht, als man vor einigen Jahren daranging, die alte „k. k. Porzellanfabrik“ wieder zu errichten.

Anno 1718 ist in der Vorstadt Roßau, ungefähr da, wo sich heute die österreichische Tabakregie in der Porzellangasse befindet, die alte Wiener Porzellanfabrik von du Pacquier errichtet worden, deren prächtige Erzeugnisse von den Sammlern edlen Porzellans heute mit den höchsten Preisen bewertet werden. Diese echt wienerische Kulturstätte, die mit Meißen, Nymphenburg und Sèvres in einem Atem zu nennen war, ging 1744 in den Besitz des Staates über und führte von da an den österreichischen Bindenschild – der Volksmund nannte ihn Bienenkorb – als Marke.

Unter Sorgenenthal, der von 1785 bis 1805 die Fabrik leitete, erreichte sie den Gipfel ihres künstlerischen Ruhmes; ihm und seinen Mitarbeitern verdanken wir eine Reihe entzückender Alt-



Wiener Figuren und Gefäße, die zu den Perlen keramischer Kunst gezählt werden dürfen. Trotz der hervorragenden Leistungen der Wiener Porzellanfabrik schloß das alte Österreich, sehr zum Schaden des heimischen Kunstgewerbes, im Jahre 1864 die Pforten dieses einst weltberühmten Unternehmens.

Im Spätsommer 1922 wurde mit dem Umbau des alten Saalgebäudes im Schlosse Augarten begonnen und gleichzeitig im Einvernehmen mit dem Bundesdenkmalamt ein Anbau zugefügt, um den historischen Charakter des Hauses in keiner Weise zu stören. Voll Pietät ist die Leitung des Unternehmens bemüht, die überaus wertvolle Alt-Wiener Tradition zu pflegen, das heißt, nur künstlerisch wertvolles Porzellan zu erzeugen, das den besonderen Wiener Geschmack zu neuen Ehren bringen soll. Die Bevölkerung Wiens ist bekanntlich so reich an künstlerischen Arbeitskräften und hat einen so glücklich entfalteten kunstgewerblichen Sinn, daß ein Erfolg nicht ausbleiben kann.

Deutscher Arbeitswille und Fleiß haben sich mit österreichischer Grazie und Gestaltungsfreude vereint, um Schönes und Edles zu schaffen. Nun sind die ersten Erzeugnisse der wieder erstandenen alten Wiener Porzellanmanufaktur vollendet und den zahlreichen Freunden und Schätzern edlen Wiener Porzellans dargebracht worden.

Bei ihren Arbeiten steht der Leitung der Wiener Porzellanfabrik ein künstlerischer Beirat zur Seite, der aus einem Kreis führender Wiener Künstler und Kunstgelehrter gebildet ist und eine weitere Gewähr dafür bietet, daß das erreichte künstlerische Niveau auch erhalten bleibt. Die 1924 erworbene Mitgliedschaft im „Wiener Kunstgewerbeverein“ und im „Österreichischen Werkbund“ ist ein weiterer Beweis, wie ernsthaft dieses künstlerische Streben ist.

Neben diesen rein künstlerischen Arbeiten, die der hauptsächlichste Teil des Arbeitsprogrammes sind und auf der Leipziger Messe, sowie auf einer Reihe von Ausstellungen, wie zum Beispiel in der kunstgewerblichen Ausstellung in Paris (1925) durch Verleihung der Goldenen Medaille schon freundlichste Anerkennung gefunden haben, werden auch, wie in Meißen, Nymphenburg und Berlin, feine und einfache Gebrauchsgeschirre hergestellt, die trotz ihrer sorgfältigen Ausführung preiswert und den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt sind.



Die Wiener Gobelin-Manufaktur (Hofburg)

Es ist eines der sinnfälligsten Zeugnisse für die ungebrochene Triebkraft des Kunstbodens von Wien, daß in schwerster Zeit ein mit so viel Schwierigkeiten verbundener Betrieb, wie es eine Gobelinmanufaktur ist, ins Leben gerufen wurde. Begeisterung für diese Kunstgattung war es, geweckt durch die noch heute in lebendiger Erinnerung gebliebenen Belvedereausstellungen alter, meisterhafter Gobelins aus ehemals kaiserlichem Besitz, welche zu dieser Gründung führte. Mit ihr erstand im Oktober 1921 das erste große Unternehmen dieser Art in Wien. Ein Stab wohlgeschulter, tüchtiger Kräfte aus der Bundeslehranstalt, aus der Kunstgewerbeschule und dem ehemals hofärarischen Atelier für Restaurierung der kaiserlichen Gobelins wurde übernommen, so daß das Unternehmen nach der kunsttechnischen Seite hin voll gesichert war. Da auch die allgemeine Kunstlage dem Gobelin mit großen, zusammenfassenden dekorativen Tendenzen nicht ungünstig zu sein schien, konnte man vermuten, daß gar manche Künstler mit Freuden sich dem Gobelin zuwenden würden; in dem Großdekorativen seiner Konzeption



mußten viele eine Möglichkeit finden, modern-künstlerischen Absichten, die ihrer Natur entsprechen, nachzugehen. Man mußte sich nur noch über die Voraussetzungen der Ansprüche der Wirktechnik klar werden.

Man war anfangs besorgt, ob das kaufkräftige Publikum angesichts des dem Gobelin gegenüber herrschenden Vorurteil, als sei er der Gipfel des Luxus, den Gobelin auch als einen erwünschten vornehmen und charaktervollen Kameraden des übrigen Wandschmucks einer Wohnung aufnehmen würde.



Nach einem fast fünfjährigen Bestand der Manufaktur, die im Jahre 1923 unter die sehr umsichtige und energische Leitung Dr. Maders kam, läßt sich bereits über ihre Tätigkeit ein Überblick geben. Zunächst wurden einige vorzüglich durchgeführte Teilkopien von Verduren und figuralen Tapisserien aus der kaiserlichen Gobelinsammlung für private Besteller erzeugt. Der erste moderne Gobelin aber entstand nach dem Entwurf von R. C. Andersen und befindet sich derzeit in der österreichischen Gesandtschaft in Paris. Eine andere Verdure dieses Künstlers wurde von der Österreichischen Nationalbank erworben. Von Richard Teschner wurde der bisher größte Gobelin der Manufaktur, das „Planetarium“, ferner ein allegorischer Wandteppich für die Arbeiterbank und die „Erde“ für Privatbesitz in Rotterdam angefertigt. Nach Faistauer wurde das „Taubenopfer Mariens“ gewebt, das mit Teschners „Planetarium“ auf der Ausstellung in Rom 1925 zu sehen war. Das Gobelin-Triptychon von Gütersloh: „Die himmlische und irdische Liebe“ wurde auf der Pariser Internationalen Kunstgewerbe-Ausstellung 1925 mit dem Grand Prix ausgezeichnet. Andere Arbeiten wurden nach Entwürfen von Dellavilla (Frankfurt a. M.), O. Haerdil, Franz Zülow, Anna Lesznai und in jüngster Zeit ein Jagdteppich nach Edmund Dulac (London) ausgeführt. Auch kleinere Arbeiten für Sesselbezüge, Paravents, Damentäschchen u. a. werden erzeugt. Die hohe Qualitätsleistung sichert der Manufaktur die volle Anerkennung auch des Auslandes und es bleibt weiterhin ihr Bestreben, zu modernen und zugleich spezifisch wienerischen Gobelins zu gelangen.

Dr. H. Trenkwald.

Die Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte

Die Forderung nach Errichtung von Arbeiterkammern geht in Österreich bis auf das Jahr 1848 zurück und verfolgte ursprünglich den Zweck, eine gesetzlich gesicherte, auf dem Ständeprinzip beruhende Interessenvertretung zu schaffen, durch die der Arbeiterschaft eine entsprechende parlamentarische Vertretung gewährt werden sollte. Später trat durch die Ausgestaltung des Wahlsystems und durch die damit verbundene Stärkung der politischen Rechte der Arbeiter dieser Gedanke mehr in den Hintergrund und die Arbeiterkammern wurden als vorwiegend wirtschaftliche Interessenvertretung der werktätigen Bevölkerung gefordert.

Der tiefgehenden Änderung in der allgemeinen Auffassung über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft im wirtschaftlichen und sozialen Leben, die sich insbesondere in der Nachkriegszeit geltend machte, wurde schließlich durch das Gesetz vom 26. Februar 1920 Rechnung getragen.

Das Kammergesetz sichert den im Gewerbe und in der Industrie, im Bergbau, im Handel und Verkehr beschäftigten Arbeitern und Angestellten eine gesetzliche Vertretung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen, die den Handels- und Gewerbekammern in ihrem Wirkungskreis und in ihrer Organisation völlig gleichwertig und gleichberechtigt gegenübersteht. Jede Kammer gliedert sich in je eine Sektion für die Arbeiter, Angestellten, Verkehrsarbeiter und Verkehrsangestellten. Die Berufung der Kammermitglieder, deren Anzahl für Niederösterreich und Wien mit 130, für die Kammern in den anderen Ländern entsprechend niedriger festgesetzt ist, erfolgt nach den Grundsätzen der direkten geheimen Verhältniswahl auf die Dauer von 5 Jahren. Die Erfordernisse der Kammern werden durch Umlagen gedeckt, die durch die Sozialversicherungsinstitute von den Arbeitnehmern eingehoben werden.

Die Aufstellung der Kammern, die sich auf mehr als eine Million Wähler stützen können, erfolgte im Frühjahr 1921. Durch die Vereinigung der Vorstände aller Kammern im österreichischen „Arbeiterkammertag“ wurde ein organisatorischer Überbau geschaffen, der diesen Interessenvertretungen in wichtigen Fragen ein rasches, einheitliches Vorgehen ermöglicht und ihrer Stellungnahme entsprechenden Nachdruck verleiht. Diese zusammenfassende Organisation hat auch zur Folge, daß sich die Arbeiterkammern bei aller Berücksichtigung der Bestrebungen und Bedürfnisse der einzelnen Länder doch als Organe einer zentralistischen Staats- und Wirtschaftspolitik fühlen und betätigen. Der Wiener Kammer obliegt die Geschäftsführung des Kammertages.

Die Zeitspanne, die seit der Errichtung der Arbeiterkammern verstrichen ist, ermöglicht es, gegenwärtig schon ein Urteil über ihr Wirken und über die Zweckmäßigkeit ihrer Errichtung abzugeben, das um so bedeutungsvoller ist, weil die Arbeiterkammern sich als einzige bisher bestehende Institution dieser Art in der ganzen Welt darstellen. Die teils ähnlich, teils gleichbenannten Einrichtungen in einzelnen Ländern und Stadtgebieten (Frankreich, Italien, Holland, Belgien, Schweiz, Luxemburg, Jugoslawien, Hamburg, Bremen, Lübeck) sind vielfach nach anderen Richtlinien teils als erweiterte Gewerkschaften, teils als Einigungsämter, teils als gemeinsame Vertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebaut.

Die Arbeiterkammern stützen sich in ihrer Tätigkeit in erster Linie auf die Gewerkschaften, deren zweckmäßige, straffe Organisation die wertvollste Vorbedingung für ihr Wirken bietet. Ein Zusammenarbeiten zwischen beiden Vertretungsformen wird dadurch erleichtert, daß beide vorwiegend wirtschaftliche Interessen verfolgen. Die Gewerkschaften sind heute vielfach durch die Behandlung von Tagesfragen, insbesondere durch die Lohnbewegungen, derart in Anspruch genommen, daß sie sich den großen Aufgaben des Arbeiterbildungswesens, der Sozial- und Wirtschaftspolitik nicht im vollen Umfange widmen können. In allen diesen Arbeiten werden die Gewerkschaften nunmehr durch die Kammern unterstützt.

Durch die Errichtung der Arbeiterkammern wird der Gedanke des Mitbestimmungsrechtes an der Arbeitsverfassung und Wirtschaftsordnung aus der engeren Gemeinschaft des Betriebes auf die des ganzen Landes und in erweiterter Auswirkung auf die des ganzen Staates übertragen. Daraus ergibt sich eine ideelle und organisatorische Verbindung zwischen den Kammern und den Betriebsräten, die ebenso wie für die Gewerkschaften nunmehr auch für die Kammern den notwendigen Unterbau bilden und die Aufrechterhaltung unmittelbarer Beziehungen zwischen den Arbeitern und Angestellten und ihren Interessenvertretungen ermöglichen und sichern. Unter diesen Umständen wurde der Eintritt der Arbeiterkammern in die Arbeiterbewegung von den bisher bestandenen Interessenvertretungen

nicht als Störung, sondern als naturgemäße Ergänzung und Förderung der einheitlichen Arbeiterbewegung empfunden. Diese Eingliederung konnte sich nur deshalb so reibungslos vollziehen, weil die Arbeiterschaft in Österreich mit den Arbeiterkammern immer und von jeher den Begriff einer nur den Interessen der Arbeiter und Angestellten dienenden Institution verband und den Gedanken einer mit den Unternehmern gemeinsamen Vertretung wirtschaftlicher Interessen in den besonders im Deutschen Reiche vielbesprochenen Wirtschaftsräten und Arbeitskammern ablehnte.

Gleich den übrigen gesetzlichen Interessenvertretungen haben die Arbeiterkammern zunächst die Aufgabe, durch Gutachten, Berichte und Vorschläge dem Staate in seiner Sozial- und Wirtschaftspolitik den Rat von Sachverständigen zu vermitteln. Durch das Gesetz wird den Kammern ein sehr weitgehender Wirkungskreis und eine Einflußnahme in allen Fragen gesichert, die mittelbar oder unmittelbar das Interesse der Arbeiter und Angestellten berühren. Diese sind dadurch in die Lage versetzt, nunmehr zu allen Fragen der Jugendfürsorge, der Bevölkerungs-, Industrie-, Handels-, Gewerbe-, Agrar-, Finanz- und Verkehrspolitik Stellung zu nehmen, ja sie haben im Zusammenhang mit diesen Materien auch in manchen Fragen der Verfassung und der auswärtigen Politik ein gewichtiges Wort mitzusprechen.

Die Arbeiterkammern bilden weiters den Grundstein für eine Selbstverwaltung der Arbeiterschaft, die in ihrer weiteren Entwicklung sich auf alle jene Gebiete ausdehnen dürfte, welche die speziellen Interessen der Arbeiterschaft darstellen.

Die Arbeiterkammern stellen aber ihren Wirkungskreis nicht auf die unmittelbaren Interessen der Arbeiter und Angestellten ab, sondern sie vertreten im Rahmen der Sozialpolitik im weitesten Sinne des Wortes in größerem Umfange auch die Interessen des gesamten Volkes, aus dem die Arbeiterschaft ihre Kräfte schöpft. Dies gilt insbesondere bezüglich der Wohnungsfürsorge, der Volksernährung, Volksgesundheit und Volksbildung.

Allen hier kurz geschilderten Aufgaben haben sich die Kammern mit jener Arbeitsfreudigkeit und Tatkraft gewidmet, die jungen, lebensfähigen Institutionen eigen sind, die sich ihrer Zukunft sicher fühlen. Viele große und verheißungsvolle Arbeiten konnten in der kurzen Zeit seit der Errichtung noch nicht zum Abschluß gebracht werden. Auf zahlreichen Gebieten können die Kammern aber schon auf vollendete Leistungen zurückblicken. Dies gilt insbesondere von der Wiener Kammer, die ja dazu berufen erscheint, den Schwesterkammern als Führerin voranzugehen.

In reger Zusammenarbeit mit den Behörden und den Berufsorganisationen hatten die Kammern Gelegenheit, ihren Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung in allen großen Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik auszuüben. Besonders hervorzuheben sind weiters die statistischen Arbeiten der Kammer, ihre Lehrlingsschutzstelle und ihre groß angelegte sozialwissenschaftliche Studienbibliothek.

Wenn wir die Erfahrungen überblicken, die wir mit den Arbeiterkammern in Österreich gewonnen haben, so müssen wir feststellen, daß sie durchaus günstig sind. Diese günstige Entwicklung ist zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß die gewerkschaftliche Organisation eine sehr straffe und nahezu einheitliche ist, denn nahezu 90 Prozent der gesamten organisierten Arbeiterschaft gehören einer Gewerkschaftsrichtung, nämlich den freien Gewerkschaften an. Dadurch ist auch die Zusammensetzung der Kammern eine nahezu einheitliche und die Willenskundgebung dieser Körperschaften wird nicht durch Erscheinungen beeinflusst, welche die Tätigkeit des Parlaments vielfach hemmen. Dazu kommt noch, daß den Arbeiterkammern Österreichs die starke parlamentarische Fraktion der Sozialdemokraten zur Seite steht, die sich trotz aller Stürme der Nachkriegszeit ihre Einheit und Geschlossenheit bewahren konnten. In der führenden Wiener Kammer sind alle Gruppen der Arbeiterbewegung vertreten: die freien Gewerkschaften, die christlichen und völkischen Gewerkschaften und die Kommunisten. Trotz der naturgemäß vorhandenen Gegensätze ist es der Wiener Kammer bisher stets gelungen, alle diese Gruppen zu gemeinsamer sachlicher Arbeit im Dienste der gesamten Arbeiterbewegung zusammenzufassen.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist die Kammer in Sektionen gegliedert. Trotz der daraus sich ergebenden formellen Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten vertrat die Kammer stets die Auffassung, daß beide Gruppen von Arbeitnehmern durch ihre Stellung im Wirtschaftsprozeß unlösbar miteinander verbunden sind und daß daher alle Aufgaben, die sich aus dem Wirkungskreise der Kammern ergeben, in gemeinsamer Arbeit und unter Bedachtnahme auf die beiderseitigen Interessen gelöst werden müssen. Dieses Zusammenwirken hat sich bisher ausgezeichnet bewährt.

In unermüdlicher Arbeit haben sich die Kammern in der Öffentlichkeit gegenüber den Behörden und anderen wirtschaftlichen Interessenvertretungen durchgesetzt, und es darf die Hoffnung ausgesprochen werden, daß dieser gesetzlichen Vertretung der arbeitenden Bevölkerung eine weitere erfolgreiche Entwicklung beschieden sein wird.

Die Wiener Börse

Der Kriegsausgang und das Diktat des Friedensvertrages hat uns vor die Aufgabe gestellt, den ganzen geschichtlich entwickelten, kunstvollen Mechanismus eines Großstaates und eines in seinen Teilen sich trefflich ergänzenden, ansehnlichen Wirtschaftsgebietes umzubauen für ein so



Phot.: M. Gerlach

Verlag: Gerlach & Wiedling, Wien, I.

reduziertes, in seiner Leistungsfähigkeit und seiner zukünftigen Weltstellung gar nicht abschätzbares, politisch und wirtschaftlich künstlich geschaffenes Staatsgebilde. Ganz besonders schwer ist dieser Übergang für die Wiener Börse, deren Grundlagen auf so völlig anderen Voraussetzungen aufgebaut waren.

Als älteste deutsche Börse 1771 von Maria Theresia ins Leben gerufen, sollte sie zunächst dem Staatskredit und dem Geldverkehr – beide damals im ärgsten Zustande der Verwirrung – dienen. Über diese beschränkten Aufgaben wuchs sie bald hinaus und wurde in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts zu einem Weltfinanzplatz, der in wirksamster Weise den verhältnismäßig schnellen Übergang der alten patriarchalischen Monarchie zum modernen Wirtschaftsstaate förderte. 1854 wurde das erste Börsegesetz mit einer halbautonomen Verwaltung der Börse

geschaffen. Die nächsten Jahre brachten eine stürmische, bis dorthin unerhörte Entfaltung des gesamten Wirtschaftslebens und damit eine Regsamkeit des Börseverkehrs, welche die Wiener Börse zu einem Mittelpunkte des Weltinteresses machten. Dieses Vorwärtsdrängen war so intensiv, daß die innere Ausgestaltung und Konsolidierung der österreichischen Wirtschaft, wie auch der Börse selbst damit nicht Schritt halten konnten – 1873 sah den vollständigen Zusammenbruch des allzu schnell aufgeführten Gebäudes. Die Wiener Börse hat auch diesen Sturm überstanden und ist in allen ihren Einrichtungen reformiert und in einem durch Jahre sich hinziehenden Gesundungsprozeß in ihrem inneren Gefüge gestärkt aus der Katastrophe hervorgegangen. Das damals erlassene Börsengesetz vom Jahre 1875 bildet heute noch das Fundament der Wiener Börse, die damals geschaffene autonome Verwaltung – die Wiener Börsekammer – und die Spezialinstitutionen wie das Arrangementbüro des Wiener Giro- und Cassenvereines, die Schiedsgerichte der Effekten- und der Warensaktion, das Gremium der beeideten Börsesensale usw. sind auch heute, nach gerade 50jähriger Wirksamkeit, unübertroffen und mustergültig.

Einen zweiten Aufschwung erlebte die Wiener Börse zu einer Zeit, als man ihn am wenigsten erwartete: in den letzten Kriegs- und in den Nachkriegsjahren bis etwa Ende 1923. Es wäre ungerecht im höchsten Maße, diese nun schon abgeschlossene Periode lediglich als eine Zeit wüster, leichtfertiger Spekulation, des Inflations- und Gründungsschwinds abzutun: Ohne die Wiener Börse und den lebhaft funktionierenden Effektenmarkt hätte das neue Österreich die blutige Operation, welche Kopf und Rumpf von den Gliedern trennte, überhaupt nicht überleben können. Für jeden Einsichtigen war es klar, daß die Inbetriebhaltung unseres ökonomischen Apparates – und damit die Existenzfristung der Bevölkerung – nur durch Opfer am Wirtschaftskapitale erkaufte werden konnten. Die sich drängenden Kapitalvermehrungen der Aktiengesellschaften stellten eben eine Verflüssigung des Grundkapitals dar, das zum Teile zur Bestreitung des Lebensbedarfes der arbeitenden Bevölkerung dienen mußte. Ohne dieses Auskunftsmittel hätte bald unser Arbeitsapparat zum Stillstande kommen müssen und ohne einen großen Börsemarkt wären wieder alle diese notwendigen Transaktionen unmöglich gewesen. Aber nicht nur für Österreich allein hat die Wiener Börse diese lebenswichtigen Leistungen vollbracht, auch allen den Nachbarstaaten, welche aus dem alten Stamme herausgeschnitten wurden, hat sie zur Anpassung ihrer Wirtschaften an die neue selbständige Organisation im weitesten Maße gedient. Gerade damit aber hat sie sich auch für ihre eigene Zukunft ihre Stellung als erster Börse- und Finanzplatz eines weiten Gebietes sowohl im Effekten- wie auch im Devisenverkehr gewahrt und das Mittel gefunden, welches sie nach vollständiger Überwindung der schweren Krise der letzten Zeit befähigen wird, für sich, für Wien und für Österreich dauernd ein höchst wichtiges und aussichtsreiches Arbeitsfeld zu bearbeiten. Durch ihre Tradition, ihre Einrichtungen und die Geschäftstüchtigkeit ihrer Mitglieder ist sie dazu in hervorragendem Maße berufen! Dabei darf nicht übersehen werden, daß dies nicht nur für die Effektenbörse, sondern auch für die mit ihr vereinigte, seit 1873 bestehende Warenbörse gilt, welche mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Produkte und Mühlenfabrikate alle Warengattungen kultiviert und seit ihrer Neuorganisation im Jahre 1921 eine ruhig ansteigende, vielversprechende Entwicklung nimmt, wodurch sie namentlich für den Wiener Großhandel auch hinsichtlich des Transitverkehrs stetig an Bedeutung gewinnt.

Die Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Wien

Im österreichischen Wirtschaftsleben haben die Handelskammern in den 75 Jahren ihres Bestehens jederzeit eine hervorragende Rolle gespielt. In raschem Anstieg hat sich insbesondere gemäß der Stellung Wiens im österreichischen Gesamtgebiet aus der im Jänner 1849 von 21 Mitgliedern gebildeten Wiener Kammer im Zuge der Gesetzgebung eines der wichtigsten Institute für die Interessenvertretung der erwerbenden Stände Wiens und Niederösterreichs und in jüngster Zeit auch des Burgenlandes entwickelt. Im neuen Österreich hat die Gesetzgebung abermals entscheidend in die Gestaltung der Kammern eingegriffen. Das Kammergesetz vom 25. Februar 1920 ist durch die Verallgemeinerung des Wahlrechtes, die Gliederung in Sektionen, denen besondere Rechte zugestanden wurden, die Institution des Kammeramtes mit einem bedeutsamen unmittelbaren Wirkungskreis und die Übertragung von Aufgaben der Gewerbe- und Wirtschaftsverwaltung an die Kammern und Kammerämter gekennzeichnet. Auch wurde nunmehr in deutlicher Weise die Verpflichtung der Staatsämter und Landesregierungen ausgesprochen, wonach Gesetzentwürfe, die gewerbliche, industrielle und kommerzielle Interessen berühren, vor ihrer Einbringung in den gesetzgebenden Körperschaften und ebenso besonders wichtige Vollzugsanweisungen vor ihrer Erlassung den Kammern zur Begutachtung zu übermitteln sind.

Die wirklichen Mitglieder der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Wien, wie die offizielle Bezeichnung nach dem erwähnten Gesetz lautet, 98 an der Zahl, verteilen sich auf 4 Sektionen, und zwar: die Handels-, die Gewerbe- und die Industriesektion mit je 28, die Finanz- und Verkehrssektion mit 14 Mitgliedern.

Was die Tätigkeit der Kammer, ihre Aufgaben und ihre Stellungnahme zu den Fragen des öffentlichen Lebens auf wirtschaftlichem Gebiet betrifft, steht unter den gegenwärtigen Verhältnissen an erster Stelle die Mitwirkung bei den Maßnahmen betreffend den internationalen Verkehr und bei der Ausgestaltung und Handhabung des Zolltarifs, die mit dem Auslande abzuschließenden Zoll- und Handelsverträge und die Begutachtung über die ausländischen Zoll- und Warenverkehrsgesetze und deren Einflüsse auf den heimischen Markt und die österreichische Außenwirtschaft. Eine besonders rege Tätigkeit fällt daher angesichts der so überaus lebhaft entwickelten zoll- und handelspolitischen Gesetzgebung aller Staaten seit dem Kriege der Zollabteilung der Kammer zu. Hand in Hand damit geht die systematische Beobachtung der Auslandsmärkte und die Mitwirkung bei ihrer größtmöglichen Erschließung für die österreichische Produktion. Von besonderer Wichtigkeit ist dabei der Außenhandelsdienst der österreichischen Handelskammern, den das Wiener Kammeramt namens der österreichischen Kammern für Handel, Gewerbe und Industrie zur Erledigung des ihnen vom Bunde mit 1. Jänner 1923 übertragenen Agendenkreises der gleichzeitig aufgelösten staatlichen Amtsabteilung des Österreichischen Handelsmuseums versieht. Dieser Dienst arbeitet unter Heranziehung eines weitverbreiteten Netzes auswärtiger Exposituren und Korrespondenzstellen, in steter Fühlungnahme mit den Regierungsstellen und ausländischen Vertretungen und in engster Verbindung mit der bereits vor vielen Jahren eingerichteten Exportabteilung und gliedert sich der Hauptsache nach in den Auslandsnachrichten- und -aufklärungsdienst, den Österreichischen Messedienst, der die Beschickung fremder Messen durch österreichische Aussteller und die Veranstaltung von österreichischen kaufmännischen Sonderausstellungen im Auslande organisiert oder bei ihrer Organisation mitwirkt, und in den Legislativen Informationsdienst, durch den die wichtigsten Zoll- und Warenverkehrsbestimmungen des Auslandes fortlaufend evident geführt und in deutscher Sprache veröffentlicht werden.

Eine rege Begutachtungstätigkeit hat sie in den Fragen der sozialpolitischen Angelegenheiten zu entfalten, ebenso ist sie mit den Fragen des öffentlichen Haushaltes und des österreichischen Sanierungswerkes ständig intensiv befaßt.

Nicht geringer ist die Betätigung der Kammer auf dem Gebiete des gewerblichen Unterrichtswesens und des allgemein-wirtschaftlichen Volksbildungswesens. Seit 1859 fungiert sie als Marken- und Musterregistrierungsamt. Seit Mai 1919 besitzt die Kammer das Gewerbeförderungsinstitut, seit 1923 eine Beratungsstelle für Erfinderschutz. Alljährlich gibt sie einen umfassenden Wirtschaftsbericht und seit 1923, zusammen mit dem Verband österreichischer Banken und Bankiers, die Zeitschrift „Wirtschaftliche Nachrichten“ heraus.

Die Börse für landwirtschaftliche Produkte

Der österreichische Getreide- und Mehlverkehr erhielt seine erste amtliche Regelung am 15. September 1853, als für den „Brotfrüchtenverkehr der Stadt Wien“ die Wiener Frucht- und Mehlbörse an einer öffentlichen Zentralstätte als eine rein kommunale Institution errichtet wurde.

Die Verhältnisse drängten jedoch bald zu einer gründlichen Umgestaltung dieser städtischen Frucht- und Mehlbörse, weil die kommunale Leitung des Getreideverkehrs mangels sachlicher Eignung und zufolge streng bürokratisch eingestellter Verwaltung jede Entwicklungsmöglichkeit hemmte und die Interessenten vom Besuche dieses öffentlichen Getreidemarktes fernhielt.

Die Reform gipfelte in der Ausgestaltung der städtischen zu einer „freien“ Börse, unter autonomer Verwaltung der Börsenmitglieder, welche am 15. September 1869 ins Leben trat.

Jedoch erst durch das Börsengesetz vom 1. April 1875 wurden gesetzliche Grundlagen für das Selbstverwaltungsrecht der Börsen geschaffen und deren Grenzen in dem der staatlichen Genehmigung unterliegenden Börsenstatut genau umschrieben. Durch dieses Gesetz erhielt auch die Wiener Frucht- und Mehlbörse die Aufgabe zugewiesen, die Konzentration des Getreideverkehrs zu erleichtern, zu regeln und eine richtige Preisbildung zu gewährleisten.

Im Jahre 1890 wurde die bisnun auf eine mehr lokale und eng begrenzte wirtschaftliche Bedeutung hinweisende Bezeichnung „Frucht- und Mehlbörse“, entsprechend der großen Entwicklung und Ausdehnung des Verkehrs, in „Börse für landwirtschaftliche Produkte in Wien“ umgeändert und damit der Bedeutung und dem erweiterten Verkehrsgebiet auch äußerlich Ausdruck verliehen.

Am 23. August 1890 bezog die „Börse für landwirtschaftliche Produkte“ ihr eigenes Heim im II. Bezirk, Taborstraße 10. Das Börsengebäude bildet eine architektonische Zierde Wiens, seine Stirnseite ist geschmückt mit dem Wahrzeichen des Handels und Ackerbaues und trägt im Lateinischen die Widmung: „Zum Gebrauche der Kaufleute aller Völker und jeder Sprache.“ In einem, von mächtigen Marmorsäulen getragenen, von hellem Tageslichte durchfluteten großen Saale finden die regelmäßigen Börsenversammlungen statt.

So wurde dank der Rührigkeit und Tüchtigkeit des Wiener Getreidehandels Wien allmählich aus einem kleinen, lediglich Approvisionierungszwecken dienenden lokalen Markte zu einem Emporium des Handels in allen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und deren Fabrikaten, die Börse für landwirtschaftliche Produkte zu einer Institution von handelspolitischer Bedeutung und zum Mittelpunkt des balkanländischen Durchzugsverkehrs. Die Börse bildet seit Jahrzehnten den Brennpunkt des Getreideverkehrs, sichert die Regelmäßigkeit des Getreideabsatzes und der Getreideversorgung, führt den Ausgleich zwischen Vorrat und Bedarf herbei.

Durch die Ausgestaltung von Geschäfts- und Handelsgebräuchen wurde der gesamte Verkehr in landwirtschaftlichen Erzeugnissen und deren Fabrikaten in geregelte Bahnen gelenkt und durch seine, mit allen Garantien einer geordneten Rechtspflege umgebene schiedsgerichtliche Institution ein die Verkehrssicherheit stützendes Gericht geschaffen.

Ingenieurkammer für Burgenland, Niederösterreich und Wien

Wien, VII., Zieglergasse 1

Die Regierung hat durch das Ingenieurkammergesetz vom 2. Jänner 1913, R. G. Bl. Nr. 3, einem langjährigen Bestreben des Ziviltechnikerstandes Rechnung getragen und diese Kammern zum Zwecke der Vertretung der behördlich autorisierten Ziviltechniker und Bergbauingenieure, zur Förderung der Interessen und Wahrung der Standesehre dieser Berufskreise errichtet.

Die Institution der Ziviltechniker wurde mit der Ministerialverordnung vom 11. Dezember 1860 geschaffen und mit jener vom 7. Mai 1913 ergänzt.

Es steht wohl außer Zweifel, daß die Volkswirtschaft technischer Berater bedarf. Die Befugnisse eines technischen Beraters – die auf den technischen Gebieten gleich sein sollen jenen Befugnissen, die Advokaten und Notare auf juridischem Gebiete haben – sind insbesondere: das Recht, Arbeiten anderer zu kollaudieren, Gutachten, Schätzungen und Pläne gegen Entgelt zu verfassen, Parteien vor den Behörden zu vertreten, Anerkennung seiner Gutachten durch die Gerichtsbehörden.

Die in der vorgeschriebenen Form ausgefertigten Beurkundungen über die von Ziviltechnikern bei der Ausübung ihres Berufes vollzogenen Akte und ihre Zeugnisse, Zeichnungen, Berechnungen und Gutachten über Tatsachen und Fragen werden von den Verwaltungsbehörden in derselben Weise angesehen, als wenn dieselben von Hoheitsbeamten ausgefertigt wären. Insbesondere kann auf Grundlage der von den Zivilingenieuren und Zivilarchitekten unterfertigten Pläne die behördliche Baubewilligung erteilt werden.

Als augenfälliges Merkmal ist zu erwähnen, daß den Ingenieurkammern sowie den behördlich autorisierten Ziviltechnikern die Berechtigung zusteht, bei den in ihrem Wirkungskreis gelegenen Ausfertigungen das Staatswappen der Republik Österreich im Siegel zu führen.

Der Ziviltechniker ist verpflichtet, in technischen Angelegenheiten der Regierung über jeweilige Aufforderung der hiezu berechtigten Behörden, statt der Staatsbauorgane, die verlangte Aushilfe zu leisten. Diese kann in der Vornahme einzelner Akte oder in Übertragung andauernder Respizierungen, Bauleitungen usw. bestehen. Durch eine solcherart erfolgende Inpflichtnahme der Ziviltechniker könnte der Staatssäckel weitgehende Entlastung dadurch finden, daß das kostspielige Halten technischer Staatsorgane auf ein Minimum eingeschränkt würde, die ihre Tätigkeit nur auf das streng Notwendige und auf dasjenige zu beschränken hätten, was den Staat unmittelbar berührt, während die Besorgung der sonstigen technischen Angelegenheiten Zivilingenieuren fallweise oder dauernd übertragen wird.

Schließlich können behördlich autorisierte Ziviltechniker zu gerichtlichen Vermessungen, Schätzungen und fachwissenschaftlichen Gutachten nach dem Ermessen der betreffenden Gerichte ein für allemal in Pflicht genommen oder von Fall zu Fall hiezu bestimmt werden.

Es bestehen in Österreich vier Ingenieurkammern, und zwar:

Für Burgenland, Niederösterreich und Wien mit dem Standorte in Wien, für Oberösterreich und Salzburg mit dem Standorte in Linz, für Steiermark und Kärnten mit dem Standorte in Graz, für Tirol und Vorarlberg mit dem Standorte in Innsbruck. Diesen Ingenieurkammern gehören gegenwärtig insgesamt 800 Zivilingenieure, Zivilarchitekten, Zivilgeometer und Bergbauingenieure an, wovon etwas mehr als die Hälfte Mitglieder der Wiener Kammer sind.

Neben der vornehmsten Aufgabe, der Wahrung der Interessen der Ziviltechniker, obliegt es auch den Kammern, in allen technischen Belangen der Volkswirtschaft ihre beratende Stimme hören zu lassen und gehen ihnen diesfalls seitens der Behörden, Ämter und Vereinigungen Fragen technischer Natur zur Begutachtung zu oder aber nimmt die Ingenieurkammer selbst die Gelegenheit wahr, zuständige Angelegenheiten auf den Plan zu bringen, um wichtige technische Interessen zu verfechten.

Die Oesterreichische Nationalbank



Als nach dem Kriegsende die Österreichisch-Ungarische Monarchie im November 1918 in die Nachfolgestaaten zerfiel, konnte sich der junge Staat Deutschösterreich jener Aufgaben, welche die Schaffung des neuen Staates mit sich brachten, nur mit Hilfe der Notenpresse erledigen. Wurde einmal der Weg der Inflation betreten, so konnte er ihn auf gewöhnliche Weise nicht mehr verlassen, denn Inflation und Teuerung waren einander Ursachen und Folgen. Verschiedene im Ausland aufgenommene kleine Kredite konnten den immer mehr fortschreitenden Verfall der Währung wohl zeitweise verzögern, aber nicht aufhalten. Völlig unhaltbar wurde die Situation, als im August 1922 ein neuerliches Kreditansuchen der österreichischen Regierung an die Weststaaten abgelehnt wurde. Die Lage in Österreich war bis aufs äußerste gespannt, die Devisenkurse stiegen sprunghaft und es fehlte nicht mehr viel, daß die Krone auch im Inlande jeder Kaufkraft beraubt zu werden schien. In diesem Augenblicke des bevorstehenden wirtschaftlichen Zusammenbruches ist es Bundeskanzler Dr. Seipel gelungen, die Gefahr abzuwenden und Rettung zu bringen, ein Verdienst, wodurch er in der österreichischen Währungs- und Notenbankgeschichte ein dauerndes Ruhmesblatt erhält. Der Bundeskanzler erreichte, daß sich der Völkerbund sofort mit der österreichischen Frage beschäftigte und bereits in wenigen Tagen Österreich eine Anleihe gewährte, womit ein großzügiges Sanierungsprogramm in Angriff genommen wurde, in dessen Mittelpunkt die Gründung einer neuen Notenbank, der Oesterreichischen Nationalbank, stand.

Mit kühner Entschlossenheit hat sich der Völkerbund über die alte Frage hinweggesetzt, ob

zuerst die Wirtschaft eines Landes in Ordnung gebracht und als Schlußstein die Gründung einer Notenbank gesetzt werden sollte, sondern er hat damit den für die Sanierung des Geldwesens richtigen Weg betreten und die sofortige Schaffung einer privaten, vom Staate völlig unabhängigen Notenbank in Angriff genommen, welche dem Staate unter keinen Umständen weitere Kredite gewähren darf. Am 1. Jänner 1923 konnte die Oesterreichische Nationalbank ihre Tätigkeit beginnen, und von dieser Zeit an war die österreichische Währung stabil. Was aber die Stabilisierung einer Währung bedeutet, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, denn nur zu gut sind noch jene Zeiten des Niedergleitens der österreichischen Krone in Erinnerung, welche der Wirtschaft schweren Schaden zufügten und schließlich die Existenz des Staatswesens gefährdeten. Die nunmehr stabile Währung gewährt nicht nur eine sichere Kalkulationsbasis, sondern auch jene Ruhe, welche die gleichmäßige Wirtschaftsentwicklung fordert. So wird insbesondere der Sparsinn angeregt und die Kapitalsbildung schreitet mächtig fort. Ein seither ununterbrochen wachsender Devisenbestand gibt Zeugnis von dem Vertrauen, welches das Ausland der österreichischen Währung entgegenbringt.

Neben der Devisenpolitik bedient sich die Nationalbank bei der Stabilisierung des Geldwertes der Zinsfußpolitik. Auch hier ist es ihr gelungen, trotz der naturgemäß bestehenden heftigen Gegensätze, den für die Wirtschaft richtigen Weg zu finden. In der Beurteilung der Wirtschaft kommt ihr allerdings zugute, daß bei ihr, als Bank der Banken, alle Fäden des Wirtschaftslebens zusammenlaufen und sie im engsten Kontakt mit allen wirtschaftlichen Faktoren steht. Diese Beobachtung des Wirtschaftslebens ist insoferne in die richtigen Hände gelegt, als die Nationalbank wegen ihrer aktienrechtlichen Gestalt als ein den übrigen Privatunternehmungen gleichgeartetes Glied der Wirtschaftsorganisation betrachtet, andererseits ihr wegen ihres besonderen Einflusses eine überragende Rolle zuerkannt werden kann. Sie ist sich dieser besonderen Stellung auch in bezug der daraus entstehenden Verpflichtungen insoferne bewußt, als sie Gelegenheit hatte, im Interesse der Wirtschaft helfend und unterstützend einzutreten, wiewohl sie wußte, daß sie dabei schwere Opfer zu bringen hatte. Hierin hat sie ein Zeugnis abgelegt, daß sie sich der Pflicht der Allgemeinheit gegenüber bewußt ist und daß sie das geleistet hat, was sie vermochte. Allerdings kann ihre Hilfe nur beschränkt sein, damit sie in der Ausübung ihrer anderen Pflichten für das allgemeine Wohl, ihrer vornehmsten Aufgabe, welche auch in den Statuten festgelegt ist, nicht behindert ist und selbst so felsenfest dastehen kann, um die Währung immer zu verteidigen und möglicher Weise auftretende Angriffe in leichter Weise jederzeit abzuschlagen zu können.

Von dem Bewußtsein getragen, ohne Schädigung berechtigter Interessen der Aktionäre, dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen, genießt die Oesterreichische Nationalbank heute im Inlande wie im Auslande unbegrenztes Vertrauen.

Das Postsparkassen-Amt in Wien

Das Postsparkassen-Amt in Wien wurde unter staatlicher Gewährleistung und Verwaltung zunächst nur als Sparinstitut nach dem Muster der englischen Post office Savings Bank gegründet und hat seine Tätigkeit am 12. Jänner 1883 aufgenommen. Bereits nach einem Jahre wurde der Scheck- und Clearingverkehr eingeführt, der am 19. November 1887 die gesetzliche Regelung erhielt.

Der Sparverkehr des Postsparkassen-Amtes bietet den Einlegern unter anderem auch den Vorteil, daß sie auf Grund ihres Einlagebuches bei jedem Postamt Beträge bis zu 50 Schilling sofort beheben können.

Die Zahl der Einlagebücher im Sparverkehr beträgt derzeit 2,447.772. Der Einlagenstand im österreichischen Sparverkehr beläuft sich gegenwärtig auf ungefähr 18 Millionen Schilling.

Von viel größerer Bedeutung für die Volkswirtschaft ist der Scheckverkehr des Postsparkassen-Amtes als die wichtigste Institution für den bargeldlosen Zahlungsverkehr, da im Clearingverkehr Zahlungen, die ein Kontoinhaber an den anderen zu leisten wünscht, automatisch ohne Bewegung von Bargeld durch bloße Belastung und Gutschrift durchgeführt werden.

Auf Verlangen der Kontoinhaber werden auch die Beträge an sie gerichteter Postanweisungen und Nachnahmen automatisch ihrem Konto gutgeschrieben, wodurch eine unmittelbare Verbindung mit dem postalischen Geldverkehr hergestellt ist.

Durch Postsparkassen-Schecks können nicht nur Überweisungen im Inlande, sondern auch nach allen Plätzen des Auslandes beordert werden. In den letzten Jahren hat das Postsparkassen-Amt den durch den Krieg vielfach unmöglich gemachten Zahlungsverkehr im Wege der ausländischen Banken zum größten Teil wieder aufgenommen.

Der vor dem Kriege stark benützte Wechselverkehr mit den Konten ausländischer Postscheckämter besteht derzeit mit der Schweiz, mit Ungarn und mit Deutschland. Es ist beabsichtigt, ihn auch durch Einbeziehung der in den Nachfolgestaaten errichteten Postsparkassen und Postscheckanstalten wesentlich zu erweitern.

Für regelmäßig wiederkehrende Auszahlungen und Überweisungen genügt ein einmaliger Auftrag (Dauerscheck), worin das Postsparkassen-Amt angewiesen wird, an einem bestimmten Monatstage eine gewisse Zahlung zu leisten. Weiters kann der Scheck zur Einlösung von Wechseln, die beim Postsparkassen-Amt zahlbar gestellt sind, verwendet werden.

Im Scheckverkehr werden derzeit 177.964 Konten mit einem Guthabenstande von ungefähr 185 Millionen Schilling geführt.

Das Postsparkassen-Amt wickelt täglich über 180.000 Gebarungen in einem Werte von 50 Millionen Schilling ab.

Außer dem geschilderten Zahlungs- und Überweisungsgeschäft stellt das Postsparkassen-Amt seinen Kunden auch andere bankmäßige Einrichtungen zur Verfügung. Es besorgt den Ankauf und Verkauf von Wertpapieren, und zwar nicht nur von festverzinslichen Werten, sondern auch von Aktien. Zum Geschäftskreise des Postsparkassen-Amtes gehört auch das Lombardgeschäft und der Eskont von Wertpapieren und Zinsscheinen. Das Postsparkassen-Amt übernimmt Effekten aller Art in Verwahrung und Verwaltung und besorgt das Inkasso von Wertpapieren auf in- und ausländischen Plätzen. Die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren umfaßt in 246.731 Depots festverzinsliche Wertpapiere im Gesamtnennbetrage von über 20 Milliarden Kronen, ferner 3,346.707 Stück Aktien und Lose.

Endlich stehen dem Publikum modernst eingerichtete Kassenfächer (Safes) unter eigener Sperre der Partei zur Verfügung.

Das Postsparkassen-Amt besitzt ein in den Jahren 1904 bis 1906 nach den Plänen Otto Wagners errichtetes eigenes Gebäude, das auf den nach dem Gründer der Postsparkasse, Dr. Georg Coch, benannten und mit seinem Denkmale geschmückten Platze steht. In den Jahren 1910 bis 1912 wurde im Hinblick auf den stetig wachsenden Geschäftsgang ein Zubau aufgeführt, so daß das ganze Gebäude einen einheitlichen, allseits freistehenden Komplex darstellt. Die Straßenfassade ist vollständig mit Marmor, Granit und Glas verkleidet, ebenso alle für den Parteienverkehr bestimmten Innenräume. Diese sind durchwegs hoch und hell und ausnahmslos den praktischen Bedürfnissen angepaßt. Der Tressor des Postsparkassen-Amtes dürfte der größte Wiens sein. Er erstreckt sich auf drei Stockwerke, die unterhalb des Straßenniveaus liegen, bedeckt eine Bodenfläche von 1340 m² und unterschreitet an seiner tiefsten Stelle den Donauspiegel.

Seit dem Jahre 1911 steht das Postsparkassen-Amt an der Spitze des Bankenconsortiums zur Begebung staatlicher Anleihen. Es hat mit Beginn der Sanierung bei der Begebung der Goldschatzscheine und später der Völkerbundanleihe in hervorragender Weise mitgewirkt und insbesondere die gesamte Verrechnung gegenüber der Finanzverwaltung durchgeführt.

Das Postsparkassen-Amt gehört dem Wiener Saldierungsverein an, durch den jährlich gegen 500.000 Einreichungen erfolgen.

Die wesentliche Grundlage des Postsparkassen-Amtes bildet der Umstand, daß alle Postämter Österreichs als seine Sammelstellen fungieren. Die leichte Verfügungsmöglichkeit von allen Punkten Österreichs und die genauen Anleitungen, die das Postsparkassen-Amt gibt, ermöglichen es nicht nur dem Großkaufmanne und dem Industriellen, sondern auch dem kleinen Manne, seine Bankgeschäfte in angenehmer und leichter Weise abzuwickeln.

Die Hauptvorteile des Postsparkassen-Verkehres für die Volkswirtschaft liegen einerseits in der Förderung des Sparsinnes im Volke, andererseits im bargeldlosen Zahlungsverkehr, dessen Wichtigkeit besonders in einem kapitalsarmen Lande nicht unterschätzt werden darf.

Das Wiener Dorotheum

Das Wiener Dorotheum, früher Versatz-, Verwahrungs- und Versteigerungsamt, ist von Kaiser Josef I. im Jahre 1707 als Versatzamt gegründet worden. Es hat sich aus kleinen Anfängen emporgearbeitet und ist vornehmlich im letzten Dezennium ein Institut von internationalem Rufe geworden. Außer der Hauptanstalt in Wien, I., Dorotheergasse 17, bestehen Zweiganstalten in fast allen Wiener Gemeindebezirken, ferner in Klagenfurt, Linz, Baden, Mödling, St. Pölten und Wr.-Neustadt.

Analog der alten Bezeichnung verbindet sich im Dorotheum auch heute ein großangelegter, sich auf Kunst- und Gebrauchsgegenstände, Briefmarken, Bücher, Pretiosen, technische Artikel und Kraftwagen erstreckender Versteigerungsapparat mit dem Pfandleihgeschäfte, woran eine zur Bequemlichkeit des Publikums errichtete Bankabteilung gegliedert ist.

Diese Vereinigung der drei bezeichneten Geschäftszweige in einem Hause hebt das Dorotheum über die sonst nahe verwandten Einrichtungen der *monti di pietà* oder *monts de piété* der romanischen Länder hinaus und gibt ihm das Gepräge eines ganz eigenartigen Institutes, wie es selbst in den größten Städten des Auslandes sonst nicht wieder anzutreffen ist.

Neben den Versteigerungen und dem Pfandgeschäfte, welches nicht nur nach der historischen Entwicklung, sondern auch statutarisch heute noch der Grundpfeiler des Dorotheums ist, hat in den letzten zwei Jahren besonders der im Februar 1924 wiederaufgenommene Spareinlagenverkehr eine glänzende Entwicklung genommen. Der überaus starke Zustrom an Spareinlagen gibt einen Beweis, daß das Institut vom Vertrauen des Publikums getragen ist. Zurzeit zählt das Dorotheum im Spareinlagenverkehre über 45.000 Kommittenten und verwaltet zirka 65 Millionen Schilling an Spargeldern.

Schließlich hat das Dorotheum in jüngster Zeit auch einen Geschäftszweig, den es im Sinne des Gründungspatentes vom Jahre 1707 lange Zeit hindurch ausgeübt hat, wieder aufgenommen, nämlich die Realitätenvermittlung. Eine eigene Realitätenabteilung vermittelt den Ankauf von städtischen und ländlichen Realitäten, Grundstücken und Gütern aller Art; sie verfügt über ein das ganze Bundesgebiet umfassendes Material.

Landes-Hypothekenanstalt für Niederösterreich

Unter den bestehenden Kreditinstituten nehmen die österreichischen Landes-Hypothekenanstalten eine besondere Stelle ein. In ihren Einrichtungen greifen sie auf die unter Friedrich dem Großen entstandenen landschaftlichen Kreditinstitute Preußens zurück, deren Zweck es war, den angeschlossenen Grundbesitzern unter Mithaftung sämtlicher verbundenen Güter durch Ausgabe von Pfandbriefen Kredit zu verschaffen. Auf diesem Grundgedanken fußend, entstanden auch in Österreich Hypothekarinstitute, jedoch auf viel breiterer Basis, in dem die Länder selbst sie errichteten und die Haftung für ihre Verbindlichkeiten übernahmen: die Landes-Hypothekenanstalten. Als Aufgabe wurde ihnen von den Landtagen gesetzt, die wirtschaftliche Lage des gesamten, sowohl des städtischen als des ländlichen Realbesitzes ihres Landes zu fördern. Das hauptsächlichste Mittel hiezu bildet die Gewährung von Pfandbriefdarlehen, die langfristig gegeben, dem Realbesitz unkündbare Gelder mit festem Zinsfuß und Zwangstilgung zur Verfügung stellen. Zu dieser Aufgabe gesellte sich bei einigen Anstalten auch die weitere hinzu, den unkündbaren Kommunalkredit im Wege der Ausgabe von Kommunalschuldscheinen zu pflegen. Indem sie zur Deckung ihrer Regien und Bildung eines Reservefonds nur die unumgänglich notwendigen Beträge einheben, verbinden sie mit ihrer Kreditgewährung keine Absicht auf Gewinn. Als Landesinstituten kommt ihnen öffentlich-rechtlicher Charakter zu.

Nach Auflösung der alten Niederösterreichischen Landes-Hypothekenanstalt, die 1889 errichtet, auf der ungeteilten Haftung der nun getrennten Länder Wien und Niederösterreich beruhte und daher der finanziellen Auseinandersetzung dieser beiden Länder im Wege stand, beschloß der Landtag von Niederösterreich sich seine eigene Hypothekenanstalt zu schaffen. 1922 gegründet, erstreckt sich der Wirkungskreis der Landes-Hypothekenanstalt für Niederösterreich auf Wien und Niederösterreich. Ihrer Aufgabe entsprechend, ist sie vornehmlich bestrebt, kleineren und mittleren Landwirten billige Darlehen bieten zu können. Es ist begreiflich, daß diese Tätigkeit viel Kleinarbeit bei geringem Ertrag erfordert; die Aufteilung der von der Anstalt verliehenen Gelder auf alle Gegenden Niederösterreichs und in diesen auf eine große Anzahl von Baulichkeiten und Wirtschaften wechselnder Art und Größe bringt ihr aber eine bedeutende Risikoverteilung.

Eine weitere Verminderung ihres Risikos ergibt sich aus der statutarischen Beschränkung des Darlehensgeschäftes auf die Gebiete Wiens und Niederösterreichs. Diese räumliche Begrenzung ihres Tätigkeitsgebietes ermöglicht der Anstalt eine genaue Beobachtung der Bewegungen der Güter- und Realitätenpreise.

Als zweiten Zweig ihres Darlehensgeschäftes hat die Anstalt die Gewährung von Kommunaldarlehen übernommen. Hier sieht sie ihre Aufgabe in der Bereitstellung billiger Kredite für die im Bereiche der Gemeinden und sonstiger umlagenberechtigter Zweckverbände erforderlichen fruchtbringenden Anlagen (Straßenbau, Flußregulierungen, Elektrifizierungen, örtliche Verkehrsunternehmungen und ähnliches). Diese Darlehen werden auf Grund fallweiser Genehmigung der Darlehensaufnahme durch die Landesregierung als Überwachungsbehörde der Gemeinden bewilligt. Auch sie werden nach Möglichkeit hypothekarisch sichergestellt. Überdies wird geprüft, ob im Haushaltsplane der Gemeinden für die Verzinsung und Rückzahlung des Darlehens vorgesorgt ist. Im Falle des Zahlungsverzuges ist das Land berechtigt und verpflichtet, im Zwangswege die zur Deckung der Gemeindegeldschulden erforderlichen Umlagen (Zwangsumlagen) in das Gemeindebudget einzusetzen und für die entsprechende Verwendung der Einnahmen zu sorgen.

Auch die Kommunaldarlehen verteilen sich auf Stadt- und Landgemeinden verschiedener Zusammensetzung in ganz Niederösterreich, sodaß auch hier eine bedeutende Risikoverteilung erzielt wird.

Spekulative Geschäfte sind aus dem Tätigkeitsgebiete des Instituts grundsätzlich ausgeschlossen. Überdies unterliegt die Geschäftsführung der ständigen Überprüfung durch die Landesregierung, und zwar durch ein besonders hiefür delegiertes Mitglied, dem ein Vetorecht gegen jeden Beschluß des Anstaltskuratoriums zusteht.

Die Landes-Hypothekenanstalt nahm um die Jahreswende 1923/24 als neuen Geschäftszweig das Spareinlagengeschäft auf, für welches das mit der Landeshaftung ausgezeichnete Institut infolge der Pflege des Hypothekarkredites und des Ausschlusses jeder spekulativen Betätigung eine Grundlage besitzt, die noch über das Erfordernis des Sparkassenregulativs hinausgeht. Das Einlagengeschäft hat sich günstig entwickelt; Spar- und Kontokorrenteinlagen stiegen in den Jahren 1924 und 1925 von 22 Milliarden Kronen auf 180 Milliarden Kronen (18 Millionen Schilling).

Diese Gelder hat die Anstalt benützt, um das Darlehensgeschäft zunächst in kurzfristiger Form wieder aufzubauen. In den Jahren 1924 und 1925 wurden über 850 Darlehen im Gesamtbetrage von 176 Milliarden Kronen gewährt. Von dieser Darlehenssumme gelangten 63 Milliarden zur Rückzahlung beziehungsweise Konvertierung auf langfristige Anstaltsdarlehen, so daß Ende 1925 rund 113 Milliarden Kronen (11,3 Millionen Schilling) an kurzfristigen Hypothekar- und Kommunaldarlehen aushafteten.

Im ersten Viertel des Jahres 1925 wurde durch die Ausgabe 12%iger Pfandbriefe mit der Wiederaufnahme des langfristigen Darlehensgeschäftes begonnen. Die 12%igen Pfandbriefe stiegen bei gutem Absatze an der Wiener Börse bald über den Nennwert. Insgesamt wurden rund 50 Milliarden Kronen 12%ige Pfandbriefe ausgegeben. Die diesen Pfandbriefen zugrundeliegenden Darlehen dienten vorwiegend zur Konvertierung drückender hochverzinslicher Schulden, von denen viele mit 30 bis 40 Prozent und darüber verzinslich waren.

Die Darlehensschuldner sind in gleicher Weise wie in der Vorkriegszeit jederzeit berechtigt, über die annuitätenweise Tilgung hinaus ihre Darlehen gegen halbjährige Kündigung zurückzahlen. Nach Maßgabe der Kündigungen und Rückzahlungen sind die Pfandbriefe durch Verlosung aus dem Umlaufe zu ziehen.

Noch in den letzten Monaten desselben Jahres gelangte eine zweite Emission zur Ausgabe, nämlich die 8%igen Goldpfandbriefe der Landes-Hypothekenanstalt für Niederösterreich. Diese Pfandbriefe sind mündelsicher und mit einem Gold- beziehungsweise Valorisierungsversprechen ausgestattet, das die Anstalt zur Verzinsung und Tilgung in Bundesgoldmünzen oder in anderen österreichischen Zahlungsmitteln auf Basis des jeweiligen Goldpreises verpflichtet. Diese Alternativverpflichtung der Anstalt ist für den Pfandbriefkäufer bedeutend wertvoller als eine einfache Verpflichtung zur Zahlung in klingender Münze.

Eine einfache Verpflichtung zur Zahlung in klingender Münze wird nämlich gerade in jenen Zeiten, wo sie praktische Bedeutung gewinnt, das ist in Inflationszeiten, regelmäßig unerfüllbar. In solchen Zeiten verschwindet das Gold aus dem Verkehr, einen Ankauf von Gold im Ausland verhindern die Währungsschutzmaßnahmen (Devisenhandelsbeschränkungen) und das wenige Gold, das vielleicht noch zur Verfügung bleibt, erfaßt der Staat im Wege der Beschlagnahme. In diesem Falle nun, wo eine Zahlung in klingender Münze unmöglich wird, bleibt die Landes-Hypothekenanstalt

für Niederösterreich zur vollen Aufwertung der Zinsen und Kapitalzahlungen ihrer Goldpfandbriefemission verpflichtet. Für diese Aufwertung ist überdies ein zuverlässiger, von allen mitteleuropäischen Verhältnissen unabhängiger Maßstab im Londoner Goldpreise vorgesehen.

Die Möglichkeit, in Zeiten der Geldentwertung valorisierte Zahlungen zu leisten, ist dadurch gegeben, daß der Gesamtbetrag der von der Landes-Hypothekenanstalt für Niederösterreich ausgegebenen Goldpfandbriefe niemals die Summe der diesen Papieren zugrundeliegenden Hypothekarforderungen übersteigen darf und daß diese gleichfalls auf Gold lauten müssen. Die statutengemäße Sicherstellung durch solche an erster Stelle eingetragene, auf Schilling-Gold lautende Hypotheken wird von der Landesregierung überwacht und von einem ihrer Mitglieder auf dem Pfandbriefe bestätigt. Des weiteren dürfen laut ausdrücklicher Bestimmung des Anstaltsstatutes auf Gebäuden sichergestellte Forderungen zur Fundierung von Goldpfandbriefen nur insoweit herangezogen werden, als die Verzinsung und Tilgung der Forderung im Hausertrage gedeckt ist.

Das Geschäft in 8⁰/₁₀igen Goldpfandbriefen entwickelte sich gleich anfangs sehr lebhaft, so daß in den letzten Monaten des Jahres 1925 bereits an 8⁰/₁₀igen Goldpfandbriefdarlehen rund 6,5 Millionen Schilling zugezählt werden konnten.

Die Ausgabe der 8⁰/₁₀igen Goldpfandbriefe bedeutete nicht bloß finanzwirtschaftlich eine, wie die eben erwähnten Ziffern zeigen, nicht geringe Wiederbelebung des österreichischen Anlage-marktes, sie brachte auch der österreichischen Landwirtschaft eine wesentliche Verbilligung ihrer Kredite. Die Landes-Hypothekenanstalt für Niederösterreich war als gemeinnütziges Institut vom Anfang an bestrebt, die aus der Ausgabe der 8⁰/₁₀igen Goldpfandbriefe einfließenden Kapitalien mit den unter den gegebenen Verhältnissen geringsten Regiezuschlägen an die Landwirtschaft weiterzuleiten. Die Zuzählung der Golddarlehen erfolgt zu dem vollen Nettoerlöse, der sich nach Deckung der Druck- und Verkaufskosten ergibt, unter Verzicht auf jeden Zuzahlungsgewinn. Neben der laufenden Verzinsung der Pfandbriefe wird dem Darlehensnehmer ein Regiebeitrag von 2⁰/₁₀ berechnet, aus welchem die Anstalt die Rentensteuer der Pfandbriefe, den gesamten Pfandbrief- und Darlehensdienst, sowie ihre Regien deckt. Sofern der Pfandbriefabsatz sich in dem Maße weiterentwickelt, wie dies bisher der Fall war, dürfte in absehbarer Zeit eine Ermäßigung dieses Regiebeitrages Platz greifen können.

Die Bedeutung der Ausgabe der 8⁰/₁₀igen Goldpfandbriefe erhellt am besten daraus, daß hier zum erstenmale seit dem Kriege die Landwirtschaft langfristige Kredite aus inländischen Kapitalien zu Bedingungen erhalten konnte, die erheblich günstiger waren als jene der damals zur Verfügung stehenden ausländischen Kredite.

Daß dieser Erfolg erreicht wurde, obwohl dem inländischen Kapital mit Rücksicht auf die Lage des Geldmarktes eine relativ hohe Verzinsung geboten werden mußte, ist vornehmlich der äußerst sparsamen Regie und der nachdrücklichen Herabdrückung aller Unkosten der Anstalt sowie dem Ausschluß jedes Gewinnstrebens zu verdanken. Zwei Ziffern seien hier zur Kennzeichnung angeführt.

Wenn es der Landes-Hypothekenanstalt für Niederösterreich solchermaßen gelungen ist, trotz der kurzen Zeit ihres Bestandes in erfolgreichen Wettbewerb nicht nur mit den größten inländischen Kreditinstituten, sondern auch mit den nach Österreich einströmenden Auslandsgeldern zu treten, so mag dies als ein Beweis dafür gelten, daß sie ihrer Aufgabe, die jeweils günstigsten Kreditbedingungen für die Landwirte und Gemeinden aus dem Markte zu holen, mit ernstem Willen nachzukommen bestrebt ist.

Allgemeine österreichische Boden-Credit-Anstalt

Zentrale: Wien, I., Teinfaltstraße 8

Die Allgemeine österreichische Boden-Credit-Anstalt wurde im Jahre 1863 vornehmlich als Hypothekar-Institut und zur Mitwirkung an staatlichen Anleiheoperationen gegründet, ist jedoch bald zum Bankier der bedeutendsten Transportbetriebe des alten Reiches geworden, von denen nach Durchführung der Verstaatlichung der großen Privatbahnen auch heute noch die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, das größte kontinentale Schiffahrtsunternehmen, ihrem Interessenkreis angehört. Später hat die Anstalt namentlich das große einheimische und internationale Finanzierungsgeschäft in ihren Wirkungskreis einbezogen und sich im Laufe der Jahre einen umfassenden industriellen Konzern angegliedert, in welchem insbesondere durch führende Unternehmungen vertreten sind: Bergwerksbetriebe, die Schwerindustrie, die Maschinen- und Automobilfabrikation, die Elektrizitätsindustrie, die Papier- und Zelluloseerzeugung, die Textilbranche, die chemische Industrie, die Mineralölfabrikation, die Zucker-, Bier- und Malzerzeugung und das Baugewerbe. Desgleichen finanziert die Anstalt das Getreidegeschäft, die Mühlenindustrie und eine Anzahl von Handels- und Versicherungsunternehmungen.

Nach dem Staatszerfall hat die Boden-Credit-Anstalt an der Gründung und Finanzierung der für die österreichische Volkswirtschaft so wichtigen Wasserkraft-Gesellschaften, ferner an der Placierung einer Anzahl öffentlicher Anleihen mitgewirkt. In den letzten Jahren haben mehrere der prominentesten Vertreter der Hautefinance des Westens und Amerikas durch Kapitalbeteiligung an der Boden-Credit-Anstalt Interesse genommen. Ihre Verbindung mit dem New Yorker Kapitalmarkt hat die Anstalt neuerdings dem Kreditbedarf der heimischen Land- und Forstwirtschaft nutzbar gemacht.

Die Boden-Credit-Anstalt besitzt (ohne Berücksichtigung der bevorstehenden Aufwertungen auf Grund des neuen Goldbilanzengesetzes) derzeit ein Aktienkapital von K 10.800.000.000.—. Die ausgewiesenen Reserven betragen 272·6 Milliarden Kronen. Die Aktien sind außer in Wien auch in London, Paris, Basel, Genf und Zürich notiert.

Die Anstalt unterhält keine Filialen, sondern außer der Hauptniederlassung nur ein Stadtbureau in Wien und ein Bureau in Paris. Hingegen sind der Anstalt zwei Institute in den Bundesländern affiliert und sie steht zu mehreren Banken des nahen Auslandes in einem engen freundschaftlichen Verhältnis.

Allgemeine Verkehrsbank

Zentrale: Wien, I., Wipplingerstraße 28

Die Allgemeine Verkehrsbank wurde im Jahre 1864 mit einem Aktienkapital von 800.000 fl. gegründet und hat im Laufe ihres mehr als sechzigjährigen Bestandes, unter beständiger



Erweiterung ihres Geschäftskreises, ihr Aktienkapital auf sieben Milliarden Kronen erhöht, während der Reservefonds auf 11,000.000 Schilling angewachsen ist.

In jahrzehntelanger, zielbewußter Arbeit hat das ursprünglich für die Pflege der Mobiliarbelehnung bestimmte Institut seine Tätigkeit erfolgreich auf alle Zweige des laufenden Bankgeschäftes ausgedehnt, wobei es der Ausgestaltung des Industriegeschäftes besondere Aufmerksamkeit zuwendete.

Ein Netz gut organisierter Filialen in Wien und den wichtigsten Provinzplätzen wurde für die Pflege des Kundengeschäftes errichtet, das durch die von der Allgemeinen Verkehrsbank gegründete Bank für Tirol und Vorarlberg mit mehreren Filialen im westlichen Teile Österreichs in vorteilhafter Weise ergänzt wird.

In Würdigung der Bedeutung des nahen Ostens für das Wirtschaftsleben Österreichs hat die Bank eine eigene Abteilung für den Verkehr mit Bulgarien, Rumänien und der Türkei geschaffen und es ist

ihr geglückt, im Wirtschaftsleben dieser Staaten festen Fuß zu fassen; insbesondere bei den Wirtschaftskreisen Bulgariens erfreut sich die Bank größten Ansehens. Auch mit den westlichen Nachbarstaaten Österreichs und mit den Banken der großen Finanzzentren verbinden die Bank angenehme Geschäftsbeziehungen.

Die industriellen Interessen der Bank erstrecken sich auf alle Wirtschaftszweige. Am interessantesten sind die Beteiligungen der Bank an Unternehmungen der österreichischen Schwerindustrie und der Waggonbau-Industrie. In der österreichischen Papier- und Zuckerindustrie nimmt die Bank eine maßgebende Stellung ein. Auch an der bedeutendsten österreichischen Mineralölraffinerie, die nahezu ein Drittel des Gesamtbedarfs des Landes deckt, ist die Bank beteiligt. Schließlich sei erwähnt, daß die jedem Reisenden bekannten Hotels von internationalem Rang, Bristol und Imperial, dem Interessenkreis der Allgemeinen Verkehrsbank angehören.



Mercurbank

Zentrale: Wien, I., Wollzeile 1-3

Die Mercurbank, im Jahre 1887 gegründet, hat vorerst das Wechselstubengeschäft kultiviert und auf diesem Gebiete richtunggebend gewirkt, alsbald aber auch alle anderen Zweige des Bankgeschäftes einbezogen und durch Ausbau ihres Filialnetzes und ihrer industriellen Beteiligungen eine feste Position unter den älteren Banken eingenommen. Im letzten Dezennium nahm das Institut den bedeutenden Aufschwung, der es in die Reihe der Wiener großen Banken stellte. Die Bank verfügt derzeit über ein Aktienkapital im Nominalwerte von 10 Milliarden Kronen und offene Reserven in der Höhe von rund 125 Milliarden Kronen.

Das Institut besitzt in Wien vierzehn Wechselstuben und unterhält in Österreich Filialen in Baden, Bludenz, Bregenz, Graz, Innsbruck, Klosterneuburg, Mödling, Salzburg und Wiener-Neustadt. Die Filiale Meran (Italien) wurde in eine Repräsentanz umgewandelt. Die in den Sukzessionsstaaten gelegenen Niederlassungen der Mercurbank sind, den Verhältnissen nach dem Zerfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie Rechnung tragend, unter Mitwirkung nationalen Kapitals auf selbständige Banken übergeleitet worden, an welchen die Mercurbank durch beträchtlichen Aktienbesitz dauernd interessiert bleibt und auf deren Geschäftsführung sie durch ihre Delegierten im Verwaltungsrate maßgebenden Einfluß besitzt. Es sind dies in der Tschechoslowakei die Böhmisches Kommerzialbank mit dem Sitze in Prag, welche in der Tschechoslowakei zweiundzwanzig Filialen unterhält, in Polen die Kommerzialbank A. G. in Krakau mit einer Filiale in Lemberg, in Rumänien die unter paritätischer Mitwirkung der Banca Agricola in Bukarest gegründete Banca Comerciala Nationala mit dem Sitze in Czernowitz; in Ungarn besteht seit dem Jahre 1901 ein Tochterinstitut, die Wechselstuben-Aktiengesellschaft „Mercur“ in Budapest. Mit der Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien in Berlin wird seit Jahrzehnten ein nahes Verhältnis unterhalten. Die Mercurbank hat der Ausgestaltung ihrer internationalen, namentlich überseeischen Verbindungen in den letzten Jahren besonderes Augenmerk zugewendet und dauernde Beziehungen mit den großen internationalen Plätzen hergestellt, so in New York mit dem Bankhause Hallgarten & Co., welches auch im Verwaltungsrate der Bank vertreten ist. Besonderer Wert wurde auf den Ausbau der industriellen Beteiligungen gelegt, die sich nicht nur auf das heutige Österreich, sondern auf die ganze frühere Österreichisch-Ungarische Monarchie erstrecken. Dem Konzerne der Mercurbank gehören unter anderen an: Österreichische Industrierwerke Warchalowski, Eißler & Co. Aktiengesellschaft, Wien; Erste Brüner Maschinenfabriks-Gesellschaft, Brünn; S. Rothmüller A. G., Wien; Leykam-Josefsthal Aktiengesellschaft für Papier- und Druck-Industrie, Wien; „Gefia“ Aktiengesellschaft für industrielle Anlagen, Wien, Budapest, Prag; Gebrüder Stollwerk A. G., Wien und Preßburg; Mähr.-Ostrauer Bierbrauerei- und Malzfabriks-Aktiengesellschaft vorm. M. Straßmann; Steirische Wasserkraft- und Elektrizitäts A. G., Graz; Steiermärkische Elektrizitätsgesellschaft, Graz; Mendl & Löwy Aktiengesellschaft, Wien; Österreichische Zuckerhandels A. G., Wien; Wiener Dampfsäge- und Hobelwerke A. G., Wien; Garde-Meuble Aktiengesellschaft Josef Lüftschitz & Söhne, Wien; Vorarlberger Zementwerke Lorüns A. G., Bludenz; „Ocean“ Ungarische Konservenfabrik- und Handelsaktiengesellschaft, Budapest; Seidenindustrie-Aktiengesellschaft vorm. Franz Bujatti, Mähr.-Schönberg; Eisenwerk Krakau A. G., Krakau; Zuckerfabrik Chybi A. G., Chybi; Galizische Glasfabriken-Gesellschaft, Szczakowa und andere mehr.

Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft

Zentrale: Wien, I., Am Hof 2

Die Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft, welche seit dem Jahre 1853 besteht, zählt seit jeher zu den angesehensten Kreditinstituten Österreichs. Ursprünglich, in erster Linie mit der Pflege des Escomptekredites befaßt, hat sich das Institut im Laufe der Jahre auf allen Gebieten der Volkswirtschaft betätigt und nimmt insbesondere auch in der industriellen Entwicklung Österreichs durch eigene Gründungstätigkeit und durch die Finanzierung bedeutender Industrieunternehmungen eine führende Stellung ein. Die Escompte-Gesellschaft unterhält keine Filialen. Dagegen ist sie durch Beteiligung mit einer Reihe von Bankinstituten in einzelnen Bundesländern sowie auf dem Gebiete der Nationalstaaten in engster Fühlung, so mit der Firma Carl Spängler & Co., Salzburg, der Tiroler Landesbank A. G., Innsbruck, der Böhmisches Escompte-Bank und Credit-Anstalt, Prag, sowie der Bosnischen Industrie- und Handelsbank A. G., Sarajevo. Die bedeutendsten industriellen Unternehmungen Österreichs, welche von der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft teils gegründet wurden, teils von ihr finanziert werden, sind unter anderen die Österr. Alpine Montangesellschaft, Vereinigte Elektrizitäts A. G., Maschinen- und Waggonbau-Fabriks-A. G. in Simmering vorm. H. D. Schmid, Felten & Guilleaume, Fabrik elektr. Kabel, Stahl- und Kupferwerke A. G., Union-Baugesellschaft, Hutter & Schrantz A. G. Siebwaren- und Filztuch-Fabriken, Erste Österr. Glanzstoff-Fabrik A. G. in St. Pölten, Lampen- und Metallwarenfabriken R. Ditmar-Gebrüder Brünnler A. G., Hofherr-Schrantz-Clayton-Shuttleworth, Landwirtschaftliche Maschinen-Fabrik A. G., Hauser & Sobotka A. G., Wiener Gasindustriegesellschaft, Tiroler Wasserkraftwerke A. G., Österr. Brown Boveri-Werke A. G., Zellulose- und Papierfabriken Brigl & Bergmeister A. G. und viele andere mehr. Die Anstalt ist auch an hochangesehenen Industrie-Unternehmungen in den Nachfolgestaaten finanziell beteiligt, wie Prager Eisen-Industrie-Gesellschaft, Poldihütte, Königshofer Cement-Fabrik A. G., Prag, Stickstoff-Werke A. G., Ruše, Jugoslawien, Vereinigte Glühlampen- und Elektrizitäts A. G. in Ujpest b. Budapest, Petroleumindustrie A. G., Gartenberg & Schreier, Amsterdam – eine Holding-Gesellschaft – Galizische Karpathen-Petroleum A. G., Lemberg. In den letzten Jahren hat das Institut auch zu ausländischen erstrangigen Banken enge Beziehungen angeknüpft, so zur Banque de Bruxelles, Brüssel, zum Comptoir d'Escompte de Genève, Genf, zur Lloyds Bank Limited und Hambros Bank Limited in London und zur Union Européenne Industrielle et Financière, Paris, bei welcher bekanntlich die Firma Schneider & Co. in Le Creuzot den maßgebenden Einfluß besitzt.

Das gegenwärtige Aktienkapital der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft beträgt nebst Reserven ca. 220 Milliarden Kronen.

Oesterreichische Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe

Zentrale: Wien, I., Am Hof 6 – Renngasse 2



Anstaltsgebäude

Die Oesterreichische Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe wurde im Jahre 1855 als erste Mobilbank Österreich-Ungarns gegründet. Sie hatte gleich in den ersten Jahrzehnten ihres Bestandes hervorragenden Anteil an dem Bau von Eisenbahnen im Bereiche der Monarchie durch Beschaffung der hierfür notwendigen Mittel. Ebenso war sie lange Zeit gemeinsam mit dem Wiener Hause S. M. v. Rothschild die führende Bank bei den österreichischen Staatsgeschäften. Später hatte sie auch eine erste Rolle bei den Anleihen der ungarischen Regierung und der Stadt Wien, sowie verschiedener österreichischer Länder und Gemeinden. In der letzten Zeit hat sie unter anderem beim Ausbau der österreichischen Wasserkräfte hervorragend mitgewirkt.

Mit der Finanzierung industrieller Unternehmungen hat sich die Bank bereits seit dem Jahre 1861 beschäftigt und nimmt infolgedessen eine hervorragende Stellung speziell in der Petroleum-, Zucker-, Maschinen-, Textil- und Elektrizitätsindustrie ein.

Mit dem Zusammenbruch der Monarchie sind ihre in den neu gebildeten Staaten befindlichen Filialen mit Ausnahme der Filiale in Bozen weggefallen. Diese Niederlassungen wurden teils in selbständige Institute umgewandelt, teils mit ansässigen Instituten fusioniert. Aber sowohl bei den neugegründeten Banken als auch bei jenen, welche einzelne Filialen übernahmen, hat die Credit-Anstalt durch Aktienbesitz und Vertretung in der Verwaltung Einfluß behalten. Es sind dies in der Tsch e c h o s l o w a k e i die Böhmisches Escompte-Bank und Credit-Anstalt, Prag, mit ihren

Filialen in Asch, Aussig, Bodenbach, Brüx, Budweis, Eger, Falkenau, Franzensbad, Freudenthal, Gablonz, Haida, Hohenelbe, Iglau, Jägerndorf, Böhmisches-Kamnitz, Karlsbad, Komotau, Böhmisches-Leipa, Leitmeritz, Lobositz, Lundenburg, Marienbad, Morchenstern, Nikolsburg, Olmütz, Mährisches-Ostrau, Pilsen, Reichenberg, Mährisches-Schönberg, Steinschönau, Teplitz, Tetschen, Trautenau, Troppau, Warnsdorf und Znaim und der neuangegliederten Mährischen Escompte-Bank und Credit-Anstalt in Brünn, in Polen die Warschauer Disconto-Bank, Warschau, mit ihren Filialen in Lemberg und Drohobycz, in Jugoslawien die Kreditanstalt für Handel und Industrie, Laibach. Ferner gehören dem Konzern der Credit-Anstalt in Polen noch die Aktien-Hypothekenbank, Lemberg, mit ihren Filialen in Krakau, Czernowitz und Tarnopol und die Schlesische Kredit-Anstalt in Bielitz mit ihren Filialen in Kattowitz und Teschen, in Jugoslawien die neugegründete Agrar- und Industriebank, Belgrad, sowie die Kroatische Allgemeine Kreditbank Aktiengesellschaft, Zagreb, mit ihren Filialen in Cakovec, Karlovac, Susak und Varazdin, und in Rumänien die Rumänische Kreditbank, Bukarest, mit ihren Filialen in Braila, Galatz und Constanza, an.

Im Auslande hat sich die Credit-Anstalt außerdem an der Gründung der Amstelbank, Amsterdam, und der Bank für auswärtigen Handel Aktiengesellschaft, Berlin, hervorragend beteiligt. In Ungarn steht die Credit-Anstalt in enger Verbindung mit der Ungarischen Allgemeinen Creditbank, Budapest, und ihren Filialen.

Die Credit-Anstalt nimmt, ihrer Tradition entsprechend, auch heute noch eine führende Rolle in der österreichischen Industrie ein, und es dürfte keine Branche geben, von der nicht hervorragende Unternehmungen dem Konzern der Bank angehören. Unter anderen wären hier die Gösser Brauerei, „Tarbouches“ Trust A.-G., Naphtha A.-G. (Lemberg), Krupp A.-G. (Berndorf), A. E. G. Union Elektrizitäts-Ges., Nestomitzer Zucker-Raffinerie, Sigl Lokomotiv (Wr.-Neustadt), Ringhoffer-Werke (Smichow), A. Gerngross A.-G., Wienerberger Ziegelfabriks- und Bauges., Portland-Zementfabrik „Szcakowa“, „Mundus“ A.-G. (Zürich) zu nennen.

Wiener Bankverein

Zentrale: Wien, I., Schottenring 2



Der Wiener Bank-Verein wurde im Jahre 1869 mit der Aufgabe gegründet, in erster Linie das Emissions- und Gründungsgeschäft zu pflegen. Dank der angewendeten großen Umsicht

gelang es dem Institute, die Krise des Jahres 1873, der sehr viele junge Unternehmungen zum Opfer fielen, gut zu überstehen und auch fast alle Unternehmungen, die seiner Tätigkeit ihre Entstehung verdankten, über die damalige schwere Zeit hinwegzubringen.

Ungefähr ein Jahrzehnt nach seiner Gründung wendete sich der Wiener Bank-Verein dem Gebiete des laufenden Bankgeschäftes zu, auf welchem er durch planmäßig ausgebaute Tätigkeit seinen Wirkungskreis ständig nach jeder Richtung hin erweiterte. Die Zahl der Unternehmungen und Firmen, welche in nähere Beziehungen zu dem Institute getreten sind, ist eine überaus große. Der Wiener Bank-Verein ist in hervorragendem Maße an der Bauindustrie (Wiener Bau-gesellschaft), an der Brauerei-Industrie (Vereinigte Brauereien Schwechat-St. Marx-Simmering-Dreher-Mautner-Meidl Aktiengesellschaft, Brunner Brauerei, Grazer Brauerei, Moravia-Brauerei, Sarajevo Actienbrauerei), an der Eisen- und Metall-Industrie (Hermann Frankl's Söhne, Kabel-fabrik Wien, Preßburger Kabelfabrik, Poldihütte, Rima-Murany-Eisenwerks A. G.), an der elektrischen Industrie (Österreichische Siemens-Schuckert Werke, „Elin“ A. G. für elektrische Industrie, Österreichische Telephonfabrik A. G., vorm. J. Berliner und die verschiedenen großen Wasserkraft-Gesellschaften), an der Holzindustrie (Slavex Forstindustrie A. G.), an Kohlenberg-werken (Salgo-Tarjaner Kohlenbergbau A. G., Gran-Szaszvarer, Westböhmischer Bergbau), an der Automobilindustrie (Daimler-Motoren-A. G., Österreichische Automobilfabriks-Aktiengesellschaft, vormals „Austro-Fiat“), an der Waggonindustrie (Ungarische Waggon- und Maschinenfabrik), an der Textilindustrie und verwandten Gewerben (Ebreichsdorfer Filzhutfabrik, Gebr. Enderlin Druckfabrik, Neunkirchner Druckfabrik, Noe Stroß A. G. der Vereinigten Textilfabriken, Teppich- und Möbelstoff-Fabriken vorm. Phil. Haas & Söhne) und an der Waggon-Leih-Industrie (Öster-reichische, Ungarische und Rumänische Eisenbahn-Verkehrs-Anstalt mit ihren Tochterunternehmungen) interessiert, besitzt den maßgebenden Einfluß in der Gummi-Industrie (Österr. Amerikanischen Gummi-fabrik, Wien, und Ungarische Gummifabrik, Pest, mit allen Tochtergesellschaften: „Semperit“, „Wimpassing“, „Josef Reithoffer's Söhne“ usw. usw.) und ist außerdem noch an vielen kleineren Unternehmungen der verschiedensten Zweige in hervorragender Weise beteiligt. Der Kreis seiner industriellen und kaufmännischen Kundschaft, soweit es sich nicht um Aktiengesellschaften handelt, umspannt das gesamte Gebiet von Industrie und Handel.

Das Aktienkapital, welches bei der Gründung 3,200.000 Gulden betrug, wurde sukzessive auf den Betrag von 150 Millionen Kronen im Jahre 1914 gebracht und beträgt heute 18 Milliarden Kronen und 322'8 Milliarden Kronen Reserven, so daß die ausgewiesenen eigenen Mittel des Institutes, abgesehen von den großen internen Reserven, über 340 Milliarden Kronen betragen. Das Filialennetz des Wiener Bank-Verein überspannte vor dem Kriege die gesamte Monarchie und der Wiener Bank-Verein hatte darüber hinaus auch Filialen in Konstantinopel und Smyrna errichtet und durch Gründung der Bosnischen Landesbank, der Banque Balkanique (Sofia) und der Banque Commerciale Roumaine auch die von diesen Banken betreuten Gebiete in seinen Interessentenkreis einbezogen. Der Ausgang des Weltkrieges zwang den Wiener Bank-Verein, seine Filialen in Konstantinopel und Smyrna an ein französisches Institut abzutreten und einen Großteil seiner auswärtigen Filialen zu nationalisieren, zu welchem Zwecke er gemeinsam mit den ausländischen Instituten, zu welchen die intimen Beziehungen nach dem Kriege besonders ausge-baut worden waren (Société Générale de Belgique, Banque Belge pour l'Etranger in Brüssel und Basler Handelsbank in Basel), seine tschedischen Filialen in den Allgemeinen Böhmisches Bank-Verein und die polnischen in den Allgemeinen Bankverein in Polen umwandelte, an welchen Gründungen auch nationales Kapital sich in entsprechendem Maße beteiligte. Seit einiger Zeit unterhält das Institut in Amerika eine ständige Vertretung durch die Firma Alexander von Fest, New York. Der Wiener Bank-Verein besitzt gegenwärtig neben der in dem modernsten Bank-gebäude untergebrachten großen Zentrale 34 Depositenkassen in Wien und Umgebung und 14 Zweigniederlassungen im übrigen Österreich, ferner Filialen in Budapest, Agram, Belgrad, Czernowitz, Bozen und Meran und steht in innigem Kontakte mit seinen oben angeführten Affiliationen und seinen auswärtigen Freunden; er wird daher auch vom In- und Ausland im weitesten Maße im sogenannten „Fremdengeschäfte“ in Anspruch genommen.

Das Institut hat seit Jahrzehnten immer angemessene Dividenden verteilen können und auch in den letzten Jahren seinen Aktionären sehr befriedigende Erträgnisse ausgeschüttet.

Die Aktien des Wiener Bank-Verein haben einen sehr großen Markt im In- und Auslande und sind außer in Wien auch in Prag, Budapest, Berlin, Frankfurt a. M., Basel, Zürich und London gehandelt.

Union-Bank

Zentrale: Wien, I., Renngasse 1

Die Union-Bank wurde im Jahre 1870 gegründet; der Sitz ihrer Zentrale ist in Wien, I., Renngasse 1; sie betreibt Wechselstuben in den wichtigsten Bezirken Wiens und eine Filiale in Innsbruck. Die Union-Bank ist aus der Vereinigung mehrerer kleinen Banken hervorgegangen und gehört heute in die Reihe der Wiener Großbanken. Die Union-Bank ist mit einem Aktienkapital von 12 Millionen Gulden errichtet worden und verfügt dormalen über ein Aktienkapital von 16 Milliarden Kronen und über ausgewiesene Reserven in der Höhe von 446 Milliarden Kronen.

In den Wirkungskreis der Union-Bank fallen alle Zweige des laufenden Bankgeschäftes; seit jeher nimmt sie überdies werktätigen Anteil an den großen Emissionsgeschäften des Staates, der öffentlichen Verbände und Körperschaften. Zahlreiche wichtige Transaktionen dieser Art waren der Union-Bank zur selbständigen Durchführung zugefallen. Hervorzuheben ist, daß andere bedeutende Institute in den Ländern der ehemaligen Monarchie der führenden Mitwirkung der Union-Bank ihre Entstehung verdanken. Die Anstalt hat es als einen vornehmlichen Teil ihrer geschäftlichen Betätigung betrachtet, Neuerungen auf dem Gebiete der technischen Erfindungen die Wege zu ebnen. Zahlreiche angesehene Unternehmungen, die solche Errungenschaften zum großen Nutzen der Allgemeinheit eingeführt haben und die speziell der Anwendung und Verwertung der elektrischen Energie dienen, sind der Initiative der Union-Bank und ihrer geschäftlichen Exploitation entsprungen.

Zur Gruppe der Union-Bank zählen:

Von Banken: Die Banken für Oberösterreich und Salzburg, Linz, die Union-Bank in Polen A. G. in Lemberg, die Steirerbank A. G. in Graz, die Kroatisch-Slavonische Landeshypothekenbank, Zagreb, die Hollandsche Bank voor de Middellandsche Zee, Amsterdam; neue Beziehungen zum Auslandskapital wurden vornehmlich mit dem Crédit Mobilier in Paris angeknüpft, der einen Posten Aktien aus der letzten Kapitalserhöhung übernommen hat.

Im Versicherungswesen nimmt die Union-Bank hervorragenden Anteil an der Ersten Allgemeinen Unfall- und Schadens-Versicherungsgesellschaft, der „Heimat“ Allgemeine Versicherungsgesellschaft und der Steirer Versicherungsgesellschaft.

Aus der Reihe verschiedener Industrie- und Handelszweige gehören zu ihrem Interessenskreis: die „Szolyva“ Ungarische Holzverkohlungs A. G., die Wiener Automobilfabrik Aktiengesellschaft vorm. Gräf & Stift, die Vereinigte Telephon- und Telegraphenfabriks A. G. Czeija, Nissl & Co., die Erste Eisenbahnwagen-Leihgesellschaft, die Leykam-Josefsthal Aktiengesellschaft für Papier und Druckindustrie, die Abadie-Papier-Gesellschaft A. G., die Agraria Tabak A. G. in Luzern und die Rekolta, Sociéte Anonyme de Tabacs in Sofia.

Dann in der Petroleum-Industrie: Die dem Konzern der Sociéte des Pétroles de Dabrowa angehörigen österreichischen Unternehmungen, die Spolka Akcyjna Naftowa „Dziedzice“ in Czedowicze (Polen), die Mrażnica Petroleum Industrie A. G., die Polnisch-Italienische Naphtha-Industrie A. G. Bonariva, ferner die Ölindustrie-Gesellschaft.

Von Bauunternehmungen: Die „Ziag“ Ziegelindustrie-Aktiengesellschaft sowie die Österreichische A. G. für Bauunternehmungen.

Aus dem Bergbau: Die Weltruf genießenden Veitscher Magnesitwerke A. G., die Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerke A. G.

Im Approvisionnementwesen: Die Erste Wiener Hotel A. G., die Braubank A. G. in Linz, die Erste österreichische A. G. für öffentliche Lagerhäuser, die Wiener Allgemeine Handels-Aktiengesellschaft und die „Au Mikado“ Kolonialwaren A. G.

Von Textilunternehmungen: Die Aktiengesellschaft der Kleinmünchner Baumwollspinnereien und mechanischen Weberei, die Deutschen Textilwerke Mautner A. G., Langenbielau und die „Avestem“ Band- und Stoffindustrie A. G.

Ferner aus der Maschinen- und Eisenindustrie: Die Oberösterreichische landwirtschaftliche Maschinenfabriks A. G., vorm. Epple & Buxbaum, die Schoeller Bleckmann Stahlwerke A. G., die Michael Stadler Draht-, Gewebe-, Geflechte- und Eisenwarenfabriks A. G., die Ungarische Motoren- und Maschinenbau A. G.

Die Dividende der Union-Bank pro 1924 belief sich auf 7000 Kronen, d. i. 200 Prozent.

Zentral-Europäische Länderbank

Niederlassung: Wien, I., Hohenstaufengasse 1-5

Die heute bestehende Niederlassung Wien der Zentral-Europäischen Länderbank wurde unter der Firma „K. k. Privilegierte Österreichische Länderbank“ unter Mitwirkung französischen Kapitals im Jahre 1880 gegründet. Das ursprüngliche Aktienkapital betrug fl. 40,000,000 Gold = fr. Frs. 100,000,000. Im Jahre 1889 wurde das Goldagio in der Höhe von fl. 38,50 pro Aktie an die Aktionäre hinausgezahlt und das Kapital auf diese Weise auf österr. fl. 40,000,000 gestellt; im Jahre 1918 betrug dasselbe nach mehrfachen Erhöhungen K 160,000,000. Die ersten Jahre des Bestandes der Länderbank wurden vornehmlich durch ihre Interessenahme an verschiedenen Eisenbahnunternehmungen des In- und Auslandes sowie durch ihre Bestrebungen auf Schaffung eines großen industriellen Konzernes gekennzeichnet. Hier sei vor allem auf die Gründung der Alpinen Montangesellschaft verwiesen. Der Tendenz des Institutes, als Vermittlerin zwischen Westeuropa, den zentraleuropäischen Ländern und dem Osten zu fungieren, entsprang die Gründung eigener Filialen in Paris und London sowie die Gründung von Tochterinstituten in Rumänien, Serbien und der Türkei (Rumänische Kreditbank in Bukarest, Serbische Creditbank in Belgrad, Banque de Salonique mit Filialen in allen bedeutenden Plätzen der Levante).

Auf den gleichen Tendenzen beruhte die Gründung eines ausgedehnten Filialnetzes, besonders in den heutigen Ländern der tschechoslowakischen Republik, sowie die im Laufe der Jahre erfolgte Interessenahme an der Ungarischen Eskompte- und Wechslerbank, Budapest, ferner seinerzeit an der Kroatischen Escomptebank in Agram, in jüngster Zeit an der Slovenska Banka D. D., Agram; ebenso die Gründung der Galizischen Volksbank für Landwirtschaft und Handel, gegenwärtig Allgemeine Kreditbank in Warschau mit Filialen in Lemberg und Krakau. Der Zusammenbruch der Österr.-Ungarischen Monarchie hat die Bank zu einer durchgreifenden Neuorganisation veranlaßt. Unter der Mitwirkung einer Anzahl der bedeutendsten französischen Großbanken wurde das Institut in eine französische Bank mit dem Sitze in Paris umgewandelt. Hierbei wurde das bisherige Aktienkapital von K 160,000,000 in fr. Ffrs. 40,000,000 derart umgewandelt, daß für jede der 400,000 Aktien à K 400 Nominale eine neue Stammaktie von fr. Ffrs. 100 Nominale ausgegeben wurde. Weiters gelangten fr. Ffrs. 60,000,000 Prioritätsaktien zur Ausgabe, wodurch das Gesamtkapital der Bank auf fr. Ffrs. 100,000,000 gebracht wurde. Gleichzeitig wurden größeren englischen Gläubigern, insbesondere der Bank of England, für ihre Forderungen Zertifikate übergeben, so daß diese Gläubiger nunmehr an dem Institute interessiert erscheinen. Die im Gebiete der tschechoslowakischen Republik gelegenen Filialen der Länderbank sind mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1921 an in eine selbständige Bank unter der Firma „Bank für Handel und Industrie, ehemals ‚Länderbank‘, Prag“, umgewandelt worden. Ein Großteil der Aktien dieser Bank befindet sich in den Händen des Mutterinstitutes. Von großer Bedeutung ist die vor einer Reihe von Jahren durchgeführte Gründung des Zündhölzchen-Konzernes, welchem in erster Linie die „Solo“ Zündwaren- und Wichsefabriken A. G., Wien, die Szegediner Zündwarenfabriks A. G., Szegedin und die „Solo“ Vereinigte tschechoslowakische Zündholz- und chemische Fabriken A. G. angehören. Eine besondere Rolle hat die Länderbank auf dem Gebiete der Zuckerindustrie gespielt. Die namhaftesten Gründungen und Beteiligungen sind die A. G. der Schönriesener Zuckerfabriken, Zentralmährische Zuckerfabriken und Ökonomien A. G., Zuckerfabriken Mähr. Kromau-Oslawan Aktiengesellschaft und viele andere. Von sonstigen der Länderbank nahestehenden Industrien sind zu nennen:

„Austria“ Emailierwerke und Metallwarenfabriken A. G.; Erste Brüner Maschinen-Fabriks-Gesellschaft, Brünn; Paukerwerk Akt. Ges. vormals Erste Brüner Maschinen-Fabriks-Gesellschaft, Wien; Hofherr-Schranz-Clayton-Shuttleworth A.-G., Wien; Hofherr-Schranz-Clayton-Shuttleworth, ungarische Maschinenfabriks-Werke A. G., Budapest; Waagner-Biro A. G., Wien; Trifailer Kohlenwerks-Gesellschaft, Laibach; Ungarische Allgemeine Kohlenbergbau Aktien-Gesellschaft, Budapest; A. G. Dynamit Nobel, Wien; Vereinigte Carborundum- und Elektrizitätswerke A. G., Neu-Benatek; Ver. Drogen-Großhandlungen G. & R. Fritz-Pezold & Süß, Akt. Ges., Wien; Perlmooser Portland-Cementfabriks-Akt. Ges., Wien; Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, Wien; Vereinigte Lederfabriken Flesch Gerlach, Moritz A. G., Wien; Österreichische Siemens-Schuckert-Werke, Wien; Ungarische Siemens-Schuckert-Werke, Budapest; „Deli“ Schokoladewerke A. G., Lobositz; Union A. G. für Jute-Industrie, Bielitz (Polen); Holzindustrie A. G. „Bucovina“, Czernowitz; Vereinigte Bandfabriken A. G., Wien, und viele andere.

Die Dividenden seit der Neugestaltung waren die folgenden:

	Pro 1922:	Pro 1923:	Pro 1924:	
Auf jede Prior.-Aktie à Nom. fr. Ffrs. 100-	fr. Ffrs. 4.22	fr. Ffrs. 7.53	fr. Ffrs. 7.20	abz. franz.
„ „ Stamm-Aktie „ „ „ 100-	„ „ 3-	„ „ 6-	„ „ 6-	Coupon-Steuer.

Arbeiterbank A.-G.

Zentrale: Wien, II., Praterstraße 8

Die Arbeiterbank A.-G. in Wien wurde am 28. Juni 1922 mit einem Aktienkapital von K 100,000,000.- gegründet. Sie hat die Aufgabe, die Wirtschaftlichkeit der arbeitenden Klassen Österreichs zu wecken und zu pflegen, ihre Sparkraft im Dienst ihrer eigenen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen zu organisieren und so die von diesen Volkskreisen geschaffenen oder für sie bestimmten Einrichtungen, Unternehmungen und Veranstaltungen aller Art, insbesondere ihre Gewerkschaften und Genossenschaften durch Zusammenfassung und Verwertung ihrer freien Mittel, durch Befriedigung ihres Kreditbedarfes und durch gemeinsame Führung ihrer Kassen und Kreditgeschäfte zu fördern.

Der Verwaltungsrat der Arbeiterbank besteht ausschließlich aus Funktionären der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung, an deren Spitze als Präsident der Bank Staatskanzler a. D. Dr. Karl Renner steht.



Sämtliche Aktien der Arbeiterbank A.-G. sind in festen Händen, und zwar:

40	Prozent	im	Besitze	der	Gewerkschaften,
40	"	"	"	"	Genossenschaften,
10	"	"	"	"	genossenschaftlichen
					Kreditunternehmen,
10	"	"	"	"	sozialdemokratischen
					Parteiunternehmen

Österreichs.

Die Arbeiterbank hat eine außerordentlich rasche und günstige Entwicklung genommen. Die Einlagen der Bank betragen zu Ende des ersten Geschäftsjahres zirka 44 Milliarden Kronen und erhöhten sich bis Ende des Jahres 1924 auf zirka 140 Milliarden Kronen. In gleichem Maße wurde das Eigenkapital der Bank vermehrt, und zwar im November 1922 auf K 500,000,000.—, im Dezember 1923 auf K 2,000,000,000.—, im Jahre 1924 auf K 5,000,000,000.—. Im Juli 1925 wurde die Kapitalsvermehrung auf K 10,000,000,000.— oder S 1,000,000.— vollzogen.

Die Arbeiterbank hat trotz der schweren Krise, die Österreich in den letzten Jahren heimgesucht hat, in den beiden ersten Geschäftsjahren sehr gut abgeschnitten. Sie schließt in jedem der beiden Jahre mit einem beträchtlichen Reingewinn und war in der Lage, nicht nur an die Aktionäre eine bedeutende Dividende zur Ausschüttung zu bringen, sondern auch namhafte Reservierungen vorzunehmen.

Das Institut beschäftigt sich vornehmlich mit Kreditgewährungen an genossenschaftliche Unternehmen. Ihrem Interessentenkreise gehören an: Die Großeinkaufsgesellschaft für Konsumvereine, derzeit die größte Handelsunternehmung in Österreich, weiters die Stafa-Warenhaus A.-G., eines der größten Warenhäuser Wiens, deren Aktienmajorität bei der Arbeiterbank vereinigt ist, ferner die Vereinigten Leder- und Schuhfabriken, die Taschner- und Lederwarengesellschaft, die Österreichische Wäsche- und Bekleidungs A.-G., A. G. für Textilindustrie usw.

Weiters gehören dem Konzern der Arbeiterbank an: Das Stafa-Kreditinstitut für öffentliche Angestellte in Wien, Lebensmittelwerke „Union“ in Salzburg, Spatenbrotwerke in Linz und eine Reihe anderer, großer, genossenschaftlicher Unternehmen.

Sämtliche dieser Unternehmen dienen ausschließlich genossenschaftlichen Zielen und haben gute Erfolge gezeitigt.

Die Arbeiterbank hat fast in allen Hauptstädten der österreichischen Bundesländer Landesstellen, die ihre Geschäfte in diesen Ländern besorgen, und zwar:

Spar- & Kreditkassa	Linz, Landstraße 36
Salzburger Volkskreditbank	Salzburg, Makartplatz 7
Tiroler Spar- & Kreditkasse	Innsbruck, Museumstraße 6
Alpenländische Volkskreditbank	Graz, Annenstraße 58
Kärntner Volksbank	Klagenfurt, Bismarckring 7
Volkskreditbank	Wr.-Neustadt, Wienerstraße 20
Burgenländischer Volkskredit	Sauerbrunn, Hauptplatz 123

Die Arbeiterbank hat im Jahre 1924 begonnen, den individuellen Sparverkehr in Wien aufzunehmen und bedient sich zu diesem Zwecke der Warenhäuser der Großeinkaufsgesellschaft für Konsumvereine als Zahlstellen. Der Zufluß der individuellen Spareinlagen hat dadurch eine erhebliche Steigerung erfahren.

Die Bank hat auch mit den im Auslande bestehenden Arbeiter- und Genossenschaftsbanken innige und vorteilhafte Beziehungen angeknüpft.

Die günstige Entwicklung der Bank hält unvermindert an. Der Zweck ihrer Gründung, die genossenschaftlichen Unternehmen Österreichs vom Fremdkapital zu befreien und die Mittel der arbeitenden Massen im Interesse der Arbeiterunternehmen zu verwenden, ist jetzt schon nahezu vollständig erreicht.

Wiener Giro- und Cassen-Verein

Die im Jahre 1872 erfolgte Gründung des Institutes, das eine vollkommen neutrale Abrechnungsstelle darstellt, bezweckte, den Bedarf an Zahlungsmitteln durch Belebung und Pflege des Girogeschäftes und des Scheckwesens zu vermindern.

Zum Zwecke der Ersparung an Umlaufmitteln strebt der Wiener Giro- und Cassen-Verein die möglichste Konzentration des Zahlungswesens an. Er erreicht eine Zusammenfassung der disponiblen Gelder der Kommittenten durch Barerläge derselben oder Dritter zu deren Gunsten und durch Inkasso verschiedener Werte für ihre Rechnung. Andererseits vermittelt der Wiener Giro- und Cassen-Verein die von den Kontoinhabern zu leistenden Zahlungen auf Grund von Schecks und Anweisungen, Zahlbarstellung von Wechseln, Anweisungen usw. Zwischen den verschiedenen Kontoinhabern des Institutes vermittelt er giromäßige Zahlungen.

Seit dem Jahre 1873 ist der Wiener Giro- und Cassen-Verein das offizielle Organ der Wiener Börse für die Abwicklung der an der Börse getätigten Geschäfte. Er unterhält zu diesem Zwecke im Börsengebäude ein besonderes Arrangementbüro. Alle Börsebesucher haben im Sinne der diesbezüglichen Bestimmungen der Börseordnung die Verpflichtung, an der Börse geschlossene Geschäfte dem Wiener Giro- und Cassen-Verein zur Arrangierung aufzugeben, das heißt der Wiener Giro- und Cassen-Verein ermittelt und verrechnet sowohl die aus diesen Geschäften resultierenden Effekten-Stücke-Saldi als auch die sich ergebenden Geld-Saldi. Der Wiener Giro- und Cassen-Verein fungiert auch als Effekten-Girotstelle. Seine Kommittenten belassen die durch ihn bezogenen Effekten als Depot bei ihm und verfügen darüber im Bedarfsfalle mittels Effektschecks. Die effektive Abhebung von Wertpapieren zum Zwecke der Ablieferung ist nicht notwendig, da der Kontoinhaber über abzuliefernde Effekten einen Effektscheck ausstellt, welcher bei entsprechender Deckung an Stelle der effektiven Stücke angenommen wird. In regem Verkehr steht der Wiener Giro- und Cassen-Verein mit dem Postsparkassenamte und der Nationalbank. Das Institut fungiert ferner als Abrechnungsstelle der Eisenbahnverwaltungen; es führt die gegenseitigen Verrechnungen der österreichischen Bundesbahnen und der Mitglieder der deutschen Eisenbahnverwaltungen durch. Der Wiener Giro- und Cassen-Verein besorgt auch die Berechnung, Einhebung und Abluhr der Effekturnumsatzsteuer, welche für die im Börsearrangement getätigten Effekturnumsätze, sowie für jene Effekturnumsätze zu entrichten ist, welche im Rahmen der Effektenabteilung des Institutes abgewickelt werden.

„Treuga“ Bank-Aktiengesellschaft

Wien, I., Wallnerstraße 4

Die Gesellschaft wurde im Jahre 1920 zum Zwecke der Förderung des Wiederaufbaues des heimischen gewerblichen und industriellen Lebens unter dem Firmennamen „Treuga“ Aktiengesellschaft für Veredlungsverkehr und für treuhändige Güterverwertung errichtet. Diese Aufgabe verfolgte sie vor allem durch Beschaffung von Valutenkrediten, durch die Pflege des Veredlungsverkehrs und durch Beteiligung an wirtschaftlich bedeutsamen Unternehmungen. Mit dem Bundesministerium für Finanzen war im Jahre 1920 ein Vertrag geschlossen worden, auf Grund dessen die Finanzverwaltung sich gegebenenfalls in erster Linie auf die „Treuga“ Aktiengesellschaft stützen sollte. Im Laufe der Entwicklung trat die ursprünglich im Einvernehmen mit der Finanzverwaltung eingerichtete Tätigkeit in den Hintergrund gegenüber dem Finanzgeschäfte, das immer mehr zur Geltung kam. Demzufolge wurde unter Auflösung des bisherigen Vertragsverhältnisses zur Finanzverwaltung im März 1923 das Unternehmen in eine Mobilbank unter der Firma „Treuga“ Bank-Aktiengesellschaft umgewandelt.

Die „Treuga“ Bank-Aktiengesellschaft, die über ein Aktienkapital von 23 Milliarden verfügt, betreibt alle Sparten des Bankgeschäftes. In den letzten Jahren hat sie auch bei einer Reihe von Banken und Finanzinstituten die Aufgabe des Liquidators oder Ausgleichsverwalters übernommen.

Von den heimischen Beteiligungen ist zu erwähnen: „Halleiner Holz“ Aktiengesellschaft in Oberalm bei Hallein, „Bukum“ Aktiengesellschaft für Buch-, Kunst- und Musikalienhandel, vormals Hugo Heller & Cie., „Kunsthands-Aktiengesellschaft“, „Elbemühl“ Papierfabriken und Graphische Industrie A. G., „Rotenturmer“ Gräflich Erdödy'sche Industriewerke Aktiengesellschaft in Rotenturm (Burgenland), „Austro-Russische Industrie-Aktiengesellschaft“.

Österreichische Kontrollbank für Industrie und Handel

Wien, I., Gluckgasse 1

Die Österreichische Kontrollbank für Industrie und Handel in Wien wurde im Jahre 1914 von folgenden Instituten gegründet:

Anglo-Austrian Bank Limited, Wien; Allgemeine österreichische Boden-Credit-Anstalt, Wien; Österreichische Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe, Wien; Mercurbank, Wien; Niederösterreichische Escompte-Gesellschaft, Wien; S. M. von Rothschild, Wien; Unionbank, Wien; Böhmisches Union-Bank, Prag; Allgem. Verkehrsbank, Wien; Wiener Bank-Verein, Wien; Zentralbank der deutschen Sparcassen, Wien; Zentral-Europäische Länderbank, Wien.

Die Österreichische Kontrollbank für Industrie und Handel betreibt:

den kommissionsweisen Handel mit Industrieerzeugnissen aller Art für Rechnung von Produzenten und Händlern;

die Vermittlung von Handelsgeschäften zwischen Produzenten und Händlern;

die Übernahme der Funktion als Zahlstelle für die Fakturen aus den von ihr vermittelten, sowie aus den von den Produzenten oder Händlern selbst abgeschlossenen Handelsgeschäften;

alle anderen, dem eingangs erwähnten Zwecke dienenden oder mit den oben genannten Geschäftszweigen im Zusammenhange stehenden Geschäfte, jedoch beschränkt auf den Warenhandel. Kommissions- und Proprehandel mit Wertpapieren, Spekulationsgeschäfte und die Übernahme von Geldeinlagen gegen Einlagsbücher und Kassenscheine sind aus dem Wirkungskreise der Gesellschaft ausgeschlossen.

Neue Wiener Bankgesellschaft

Zentrale: Wien, I., Maria-Theresien-Straße 11

Diese zu den bedeutenderen Mittelbanken des neuen Österreich zählende Bank ist aus der Wiener Creditgesellschaft für Industrie und Handel hervorgegangen, die im Jahre 1892 von dem im In- und Auslande gleich bekannten Textilindustriellen Isidor Mautner gegründet wurde. An der Spitze der Neuen Wiener Bankgesellschaft steht seit einigen Jahren der Sohn des Genannten, Präsident Stephan Mautner. Die Verwaltung weist hervorragende Namen des In- und Auslandes, insbesondere der Textilbranche, auf. Generaldirektor ist Wilhelm König, der früher der Direktion der Anglo-Austrian Bank in Wien angehörte. Die Bank steht auch in intimer Fühlung mit dem Londoner Platze.

Die Neue Wiener Bankgesellschaft wurde im Jahre 1921, also zirka 30 Jahre nach ihrer Gründung, in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und bei diesem Anlasse mit einem mäßigen Kapital von 100 Millionen Kronen ausgestattet. Sowohl die Entwicklung des laufenden Bankgeschäftes wie auch die noch über zwei Jahre seit Gründung der Aktiengesellschaft anhaltende Kronen-Inflation gaben Anlaß zu wiederholten Vermehrungen des Aktienkapitales, das gegenwärtig 8000 Millionen Kronen beträgt. Die Dividende betrug für das Jahr 1921 8 Prozent und für die darauffolgenden zwei Jahre 16, beziehungsweise 24 Prozent, wobei die Bankleitung noch verhältnismäßig bedeutende Beträge für die offenen und stillen Reserven bereitstellen konnte. 1924 blieb die Bank infolge der allgemeinen Krise dividendenlos.

Die Bank besitzt zwei Häuser in der Maria-Theresien-Straße in Wien, sonach in unmittelbarer Nachbarschaft der Wiener Börse. Sie befaßt sich mit sämtlichen Zweigen des laufenden Bankgeschäftes und hat seit ihrer Gründung naturgemäß einen besonderen Rückhalt an der Textilindustrie, aus der sich eine größere Anzahl ihrer Kunden und Interessen rekrutiert. Die Bank ist aber auch mit einem Aktienpaket an der Gebrüder Brügger A. G. beteiligt, die eine Eisengießerei betreibt und in der Erzeugung von Gas- und elektrischen Apparaten für Beheizung und Beleuchtung eine führende Stelle in Österreich innehat, ferner an der Blech- und Metallwarenfabrik M. Herczka & Co. A. G., die Löffel und Eßbestecke aller Qualitäten auch für den Export erzeugt und an mehreren anderen Industrie- und Handelsunternehmen.

Bankhaus Scherbaum & Co.

Wien, I., Graben 12

Die Firma besteht seit 1921 und betreibt alle Zweige des Bankgeschäftes. Zu Beginn des Jahres 1924 ist die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank in München als Kommanditistin in die Firma eingetreten.

Dieses älteste und angesehenste Bankinstitut des bayerischen Nachbarlandes, das seit 1835 den wirtschaftlichen Aufstieg seiner engeren und weiteren Heimat im Rahmen seiner Aufgabe, insbesondere auch auf dem Gebiet des Hypothekarkredits, unterstützt hat, weist ein verantwortliches Eigenkapital von 36 Millionen Goldmark aus. Aus der Bilanz per 31. Dezember 1924 sind folgende Ziffern von Interesse (in Millionen Goldmark): Kassa, Nostroguthaben und Wechsel 26·2, Wertpapiere und Beteiligungen 24·1, Debitoren 53·3, Goldhypotheken 11·5, Aufwertungsquote 81·5, Immobilien 8·1, Kreditoren 71·0, Akzente 2·2, Goldpfandbriefe 11·5, Aufwertungsmasse für alte Pfandbriefe 82·1, Reingewinn 1924 2·0.

Mit der Gründung der Salzburger Kredit- und Wechsel-Bank in Salzburg im Jahre 1921 hat die Bank den Bereich selbständiger Geschäftstätigkeit auf Österreich ausgedehnt.

In Erweiterung dieser Interessen, die seitens der Münchner Großbank dauernd auf das sorgfältigste gepflegt werden, wurde Ende 1921 eine maßgebende kommanditarische Beteiligung bei dem nun Kärntner Kredit- und Wechsel-Bankgeschäft Ehrfeld & Co. firmierenden Bankhaus in Klagenfurt, Villach und Spittal a. D. eingegangen. Vor kurzem wurde dieses durch den Eintritt des Salzburger Institutes als persönlich haftender Gesellschafter verstärkt.

Mit dem dann 1924 erfolgten kommanditarischen Eintritt in die Firma Scherbaum & Co. in Wien hat sie ihre Beziehungen zum österreichischen Wirtschaftsleben auch in der Bundeshauptstadt verankert.



Die „Hohe Brücke“ in Alt-Wien

(Nach einem alten Kupferstich aus dem Besitze des Wiener Bankiers Josef Stein)

Die „Hohe Brücke“ im alten und neuen Wien

Wer von der Börse zum Stephansplatz geht, den führt sein Weg über die „Hohe Brücke“. Vor mehr als sechshundert Jahren wird die „Hohe Brücke“ bereits im Jahre 1303 von dem Chronisten erwähnt. Im XV. Jahrhundert finden wir sie in veränderter Gestalt: Sie überbrückt mit ihren auf mächtigen Mauern konstruierten Spitzbogen das Bett des Ottakringer Baches. Zu Beginn des XVIII. Jahrhunderts trägt sie zwei Heiligenstatuen, im Jahre 1725 eine zierliche Johanneskapelle und später das Kloster der Kajetaner, das 1782 von Josef II. aufgehoben wird.

Heute gehört die „Hohe Brücke“ zum Bilde des neuen Wien, ist ein Teil der innersten Stadt geworden, in der sich das pulsierende Leben einer modernen Großstadt mit historischen Reminiszenzen abspielt. Nicht minder charakteristisch wie das alte Kloster für die „Hohe Brücke“ von ehemals ist für die „Hohe Brücke“ von heute die dort befindliche „Glücksstelle“. Diese wohl bedeutendste und populärste Geschäftsstelle der österreichischen Klassenlotterie wird von dem im Jahre 1913 mit Bewilligung des Finanzministeriums gegründeten Bankhause Josef Stein betrieben.

Der Geist der ehrwürdigen historischen Stätte findet im neuen Wien in der ernstesten Art, mit der dieses angesehene Unternehmen seine Aufgaben erfüllt, seinen Ausdruck. Daß die Geschäftsführung dabei auch den neuzeitlichsten Ansprüchen genügt, beweist die ausgedehnte und sich seit den Tagen der Stabilisierung unserer Währung in geradezu uneuropäischem Tempo stets weiter ausbreitende Organisation des Unternehmens. Die „Hohe Brücke“, heute ein Wahrzeichen des neuen Wien, ist durch eine helle Lichtreklame der „Glücksstelle“ weithin erkennbar. In allen Schichten der Bevölkerung erfreut sich die „Glücksstelle“ schon darum der größten Volkstümlichkeit, weil es der Zufall gefügt hat, daß gerade in den letzten Jahren eine ganze Reihe von dort erstandenen Losen mit den höchsten Treffern gezogen wurden und ihren Be-

itzern zu Reichtum und Wohlstand verholfen haben. Ein entzückendes Bild des feinsinnigen Alt-Wiener Malers Waldmüller zeigt einen Bettelknaben an der „Hohen Brücke“. Fügung des Schicksals ist es, daß an der „Hohen Brücke“ heute keine Bettler mehr zu sehen sind, sondern daß uns dort ein geflügeltes Wort, das jeder Wiener längst kennt, leuchtend entgegenspringt: Ueber die „Hohe Brücke“ — führt der Weg zum Glücke.



Bettelknabe an der „Hohen Brücke“

(Nach einem Gemälde von Ferd. Georg Waldmüller im Wiener Kunsthistorischen Museum)



„Hohe Brücke“ 1926

(Nach einer Photographie aus dem Besitze des Wiener Bankiers Josef Stein)

Bankhaus Johann Liebieg & Comp.

Wien, I., Wipplingerstraße 6

Die Gründung der Firma Johann Liebieg & Comp. in Reichenberg fällt in das Jahr 1828. Fünfunddreißig Jahre später wurde in Wien das Großhandlungshaus Johann Liebieg & Comp. ins Leben gerufen, welchem das Recht eingeräumt wurde, selbständig Bankgeschäfte zu tätigen. Bei gleichzeitiger Abänderung des Firmenwortlautes in „Bankhaus Johann Liebieg & Comp. Wien“, trat demselben im Jahre 1922 als Kommanditisten eine Reihe international hervorragender Banken und Bankiers bei, und zwar:

J. Henry Schröder & Co., London,
Speyer & Co., New York,
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig,
Joh. Berenberg, Gøbler & Co., Hamburg,
Deichmann & Co., Köln,
Delbrück von der Heydt & Co., Köln,
Delbrück, Schickler & Co., Berlin,
Eichhorn & Co., Breslau,
Grunelius & Co., Frankfurt a. M.,
F. W. Krause & Co., Bankgeschäft, Kommandit.-Ges. auf Aktien, Berlin,
Metallbank und Metallurgische Gesellschaft, A. G., Frankfurt a. M.,
Münchmayer & Co., Hamburg,
Lazard Speyer-Ellissen, Frankfurt a. M.,
Friedr. Schmid & Co., Augsburg,
Schröder Gebrüder & Co., Hamburg.

Die erwähnten Beziehungen zum internationalen Finanzkapital ermöglichten es daher dem Hause, seiner Klientel stets bedeutende Auslandskredite zur Verfügung zu stellen.

Allgemeine Rentenanstalt

(Rentensparkasse)

Wien, I., Graben 20

Die Allgemeine Rentenanstalt ist aus der im Jahre 1824 gegründeten Allgemeinen Versorgungsanstalt hervorgegangen, in der sie bis zu ihrer im Jahre 1901 als selbständiges Unternehmen erfolgten Konstituierung als eigene Rentenversicherungs-Abteilung eingegliedert war.

Die Allgemeine Rentenanstalt bezweckt die Versicherung von Altersrenten, die aus den Zinsen geleisteter Einlagen angesammelt werden, während die Einlagen selbst jederzeit zur freien Verfügung des Einlegers bleiben. Die Rentensparkasse kombiniert die Rentenversicherung mit der gewöhnlichen Sparkasse, wodurch es jedermann möglich gemacht ist, Ersparnisse auf das Zweckmäßigste anzulegen und zu verwerten, was gegenwärtig durch die Rentenversicherung allein nicht erreicht werden kann. Die Rentensparkasse wirkt durch ihre Institutionen aneifernd auf den Sparsinn der Bevölkerung, indem sie zugleich insbesondere den selbständig erwerbstätigen Berufsständen und freien Berufen, die alle bisher einer Altersversorgung entbehrten, Gelegenheit bietet, auf dem Boden der Selbsthilfe Vorsorge gegen Wechselfälle des Lebens im späteren Alter zu treffen. Die Einlagen erfolgen auf Einlagebuch, sie sind zwanglos, stets frei verfügbar und können unbeschränkt in jeder Höhe geleistet werden. — Auskünfte und Prospekte kostenlos.

Die österreichischen Sparkassen

Im Jahre 1819 wurde in Österreich nach englischem Muster die Erste österreichische Spar-Casse gegründet. Infolge des erfreulichen Aufschwunges, den dieses Institut vom Anfang an genommen hat, entstanden in den folgenden Jahren eine Reihe von Sparkassen in der Form von Vereinen. Am 26. September 1844 erfolgte durch das Regulativ für die Bildung, Einrichtung und Überwachung von Sparkassen die erste gesetzliche Regelung des Sparkassenwesens. Im Jahre 1855 wurde ein Musterstatut vor allem für Gemeinde-Sparkassen publiziert, welches im Jahre 1872 eine Neuredaktion erfuhr. Dieses Musterstatut wurde naturgemäß entsprechend der allmählichen Erweiterung des Berechtigungsumfanges der Sparkassen durch einzelne Regierungserlässe ergänzt, besteht aber in seinen grundsätzlichen Bestimmungen noch heute zurecht. Das Regulativ bezeichnet die Sparkassen als gemeinnützige Institute mit der Bestimmung, den minderbemittelten Volksklassen Gelegenheit zur sicheren Aufbewahrung, Verzinsung und allmählichen Vermehrung kleiner Ersparnisse zu bieten, um so den Geist der Arbeitsamkeit und Sparsamkeit zu beleben. Die Sparkassen haben somit vor allem die Aufgabe, die Ersparnisse der kleineren und mittleren Berufsschichten an sich zu ziehen und mit den so gesammelten Geldern das lokale Kreditbedürfnis zu befriedigen. Durch den bereits erwähnten Erlaß vom 17. Juni 1872 wurden die Sparkassen der ausschließlichen Beschränkung ihres Wirkungskreises auf die minderbemittelten Volksklassen enthoben und ihre Benützung jedermann zugänglich gemacht. Die Sparkassen sind gemeinnützige Institute, deren Gebarungüberschüsse in erster Linie zur Stärkung des Reservefonds und sodann zur Ausschüttung von Spenden für wohltätige oder gemeinnützige Lokalzwecke zu verwenden sind.

Nach dem Regulativ kann die Gründung einer Sparkasse durch einen Verein von Menschenfreunden, welcher einen entsprechenden Garantiefonds erlegen muß, oder durch eine Gemeinde oder einen Bezirk erfolgen, in welchem Falle diese für alle Verbindlichkeiten der Sparkasse die Haftung zu übernehmen hat. In Österreich bestehen derzeit 199 Sparkassen, und zwar: 46 Vereins-, 131 Gemeinde-, 12 Bezirks- und 10 Kommune-Sparkassen.

Die hiemit auf dem Gebiete der Republik Österreich verbliebenen Sparkassen verwalteten Ende Dezember 1913 Spareinlagen von K 5.129.000.000. In welchem Ausmaße durch die fortschreitende Geldentwertung während und nach dem Kriege die Einlagen der Sparkassen in Goldkronen umgerechnet zurückgegangen sind, ergibt sich aus nachstehender Zusammenstellung:

Am 31. Dezember 1919 betrug der Einlagenstand K 5.154,000.000, in Goldkronen umgerechnet 175,187.000, d. i. rund 6 Prozent des Einlagenstandes vom 31. Dezember 1913. Ende 1920 wiesen die Sparkassen einen Einlagenstand von K 6.699,000.000, d. s. 67,257.000 Goldkronen, somit 2,27 Prozent des Einlagenstandes vom 31. Dezember 1913 aus. Ende 1921 betrug der Einlagenstand K 10.971,000.000, in Goldkronen umgerechnet 9,796.000, somit 0,33 Prozent gegenüber den Einlagen per Ende 1913. Schätzungsweise sind die Einlagenstände der Sparkassen im September 1922, dem Höhepunkte der Inflation, auf etwa 2 bis 2½ Millionen Goldkronen, somit auf 0,009 Prozent gegenüber dem Vorkriegsstande gesunken. Sofort nach der Stabilisierung der österreichischen Währung im Herbst 1922 sind jedoch die Einlagen bei den Sparkassen andauernd gestiegen und haben bereits Ende 1922 eine Höhe von K 131.763,000.000, d. s. 9,163.000 Goldkronen, somit 0,31 Prozent der Einlagen vom Jahre 1913 erreicht. Im weiteren Verlaufe stiegen die Spareinlagen bis 31. Dezember 1923 auf K 730.570,000.000, d. s. 54,207.000 Goldkronen oder 1,83 Prozent, bis 31. Dezember 1924 auf K 2,563,200,000.000, d. s. 177.000.000 Goldkronen oder 5,9 Prozent des Einlagenstandes 1913. Ende 1925 haben die Sparkassen bereits einen Einlagenstand von S 528,000.000, d. s. 374,468.000 Goldkronen, ausgewiesen und somit 13,7 Prozent des Einlagenstandes per Ende 1913 erreicht. Aus den vereinzelt Berichten der Sparkassen ist zu ersehen, daß die Einlagen der österreichischen Sparkassen weiter im Steigen begriffen sind.

Während die Einlagenstände sich in der Zeit der Geldentwertung in Goldkronen gerechnet sprunghaft verminderten, haben sich die Regieauslagen der Sparkassen, wie aus statistischen Daten festgestellt werden konnte, fast auf Friedenshöhe erhalten. Die Sparkassen mußten daher bestrebt sein, ihre Einnahmen wesentlich zu vermehren, sie mußten versuchen, sich durch die sogenannten „indifferenten“ Geschäfte neue Einnahmequellen zu verschaffen. Nach langen Bemühungen ist es den Sparkassen gelungen, am 22. Juli 1922 seitens der Aufsichtsbehörde den sogenannten erweiterten Geschäftskreis (u. a. den kommissionsweisen Handel mit Effekten, Devisen und Valuten) zugestanden zu erhalten. Die Sparkassen haben von dieser ihnen zugestandenen Berechtigung jedoch keinen übermäßigen, sondern lediglich einen im Rahmen ihres Geschäftskreises sich ergebenden Gebrauch gemacht.

Mit Rücksicht auf den fluktuierenden Charakter der Spareinlagen waren die Sparkassen in der Nachkriegszeit gezwungen, verhältnismäßig große Barbestände zu halten und auch ihre übrigen Mittel mobil zu veranlagen. Während im Jahre 1913 60 Prozent des Einlagenstandes in

Hypothekendarlehen, 7 Prozent in Gemeindedarlehen, 1·7 Prozent in Wechseldarlehen, 1·5 Prozent in Lombarddarlehen und nur 5 Prozent bei Bankinstituten veranlagt waren und der Kassastand 0·6 Prozent des Einlagenstandes betrug (24·2 Prozent des Einlagenstandes waren in verschiedenen Werten, vor allen in pupillarsicheren Wertpapieren, ferner Realitäten usw. veranlagt), ist aus den Rechnungsabschlüssen der Sparkassen per 31. Dezember 1924 zu ersehen, daß 22·8 Prozent des Einlagenstandes in Hypothekendarlehen, 38·6 Prozent in Kontokorrentkrediten, 4·9 Prozent in Wechselkrediten und 29 Prozent bei verschiedenen Banken veranlagt waren. Der Kassastand betrug 2·1 Prozent. Der Rest von 2·6 Prozent entfällt auf Wertpapiere und anderes. Das Bestreben der Sparkassen, wieder zu dem alten Sparkassengeschäft, den Immobiliarkredit, zurückzukehren ist aus den Daten der letzten Jahre deutlich sichtbar, da vor einigen Jahren die Sparkassen fast überhaupt keine langfristigen Hypothekendarlehen gewährt haben.

Die Sparkassen der einzelnen Bundesländer sind in Landesverbänden zusammengeschlossen, die wieder dem Reichsverbande deutscher Sparkassen in Österreich, welcher im Jahre 1905 gegründet wurde, angehören. Der Reichsverband deutscher Sparkassen hat die anwaltschaftlichen Geschäfte für die Sparkassen zu führen, so insbesondere deren Interessen gegenüber den Behörden und den gesetzgebenden Körperschaften wahrzunehmen. Im Jahre 1925 ist der Reichsverband deutscher Sparkassen in Österreich dem Deutschen Sparkassen- und Giroverbande in Berlin als außerordentliches Mitglied beigetreten.

Als Zentralstelle für die verschiedenen bankmäßigen Geschäfte der Sparkassen wurde im Jahre 1901 die Centralbank der deutschen Sparkassen gegründet, die den Zweck hat, die Geldausgleichsstelle der Sparkassen zu sein und die bankgeschäftlichen Transaktionen für die Sparkassen durchzuführen.

Rückblickend auf die Entwicklung der Sparkassen kann mit Stolz festgestellt werden, daß diese Institute es in den schweren Jahren verstanden haben, unverrückbar an dem Grundgedanken der Gemeinnützigkeit festzuhalten. Gerade in der Uneigennützigkeit der Sparkassen und den ihnen durch Regulativ und Musterstatut auferlegten Schranken war die Ursache gelegen, daß sie die schwere Krisenzeit ohne Gefährdung ihrer Existenz überstehen konnten. Diese Grundsätze der Sparkassen gewähren auch für die Zukunft die sichere Hoffnung, daß die Sparkassen sich zum Nutzen der Volkswirtschaft allmählich wieder zu der Bedeutung, die sie in der Vorkriegszeit eingenommen haben, emporarbeiten werden.

Erste Österreichische Spar-Casse

Zentrale: Wien, I., Graben 21

Dem in England und Deutschland gegebenen Beispiel folgend, haben bemittelte Männer Wiens, und zwar in erster Linie Gemeindemitglieder der Vorstadt Leopoldstadt, an deren Spitze der Pfarrer zu St. Leopold, Johann Baptist Weber, stand, im Jahre 1819 die erste Sparkasse in Österreich gegründet und zur Deckung der Vorauslagen die damals beträchtliche Summe von 10.000 fl. C. M. im Wege der Subskription aufgebracht. Der Zweck der Gründung wurde mit folgenden Worten umschrieben: „Dem Fabrikarbeiter, dem Tagelöhner, dem Handwerker, dem Diensthofen, dem Landmann oder sonst einer gewerblustigen und sparsamen minderjährigen oder großjährigen Person sollen die Mittel an die Hand gegeben werden, von ihrem mühsamen Erwerbe von Zeit zu Zeit ein kleines Kapital zurückzulegen, um solches in späteren Zeiten zur Begründung einer besseren Versorgung, zur Aussteuer, zur Aushilfe in Krankheit, im Alter oder zur Erreichung eines löblichen Zweckes zu verwenden.“ Der Rücksichtnahme auf die minderbemittelten Volksschichten wurde dadurch Rechnung getragen, daß die Minimalgrenze für eine Einlage mit 25 Kreuzer C. M., beziehungsweise 75 Kreuzer W. W. und die Maximalgrenze mit 100 fl. C. M., beziehungsweise 250 fl. W. W. festgesetzt wurde.

Am 4. Oktober 1819, dem Geburtstage des Kaisers Franz, eröffnete die erste österreichische Spar-Casse in einem kleinen Raume des Pfarrhauses zu St. Leopold ihre Tätigkeit durch Entgegennahme der ersten Spareinlagen, deren Stand sich bis Jahresschluß am 31. Dezember 1819 auf 19.816 fl. 32 Kreuzer C. M. stellte. Die kleinen Räume im Pfarrhause zu St. Leopold erwiesen sich bald als zu enge, weshalb die Spar-Casse im Jahre 1821 in das Deutsche Haus in der Singerstraße übersiedelte und als auch diese Räume zur Entfaltung ihrer Tätigkeit nicht mehr hinreichten, sich ihr eigenes Heim am Graben im Jahre 1825 schuf.

Anfangs wurden die Einlagen nur in bankmäßigen Wechseln, in Bankaktien und in Staats- oder öffentlichen Fondsobligationen veranlagt. Getragen von dem unbedingten Vertrauen der Bevölkerung nahm die Spar-Casse in verhältnismäßig kurzer Zeit einen so gewaltigen Aufschwung, daß im Jahre 1822 mit der Elozierung von Geldern im Wege der Gewährung von Hypothekendarlehen gegen pupillarmäßige Sicherstellung begonnen werden konnte, ein Geschäftszweig, der seither ununterbrochen von der Spar-Casse besonders gepflegt wurde und von großer wirtschaftlicher Bedeutung für Österreich und insbesondere für die Entwicklung der Stadt Wien geworden ist.

Die Spar-Casse hat im Laufe ihres mehr als hundertjährigen Bestandes viele schwierige Zeiten zu bestehen gehabt, sie hat die Krise der Jahre 1831, 1848, 1866, 1873 und die Kriegsjahre 1914 bis 1918 sowie die Nachkriegsjahre dank ihrer erprobten Einrichtungen und ihrer soliden Geschäftsführung glücklich überstanden.

In ruhiger stetiger Entwicklung erhöhte sich das Einlagskapital und hatte schon vor Beginn des Krieges, im Juli 1914, die Höhe von 540 Millionen Kronen überschritten, wovon 300 Millionen Kronen in Hypotheken angelegt waren.

Auch während des Krieges und in der Nachkriegszeit fand eine bedeutende Zunahme des Einlagenstandes statt, aber diese nominelle Erhöhung hielt nicht gleichen Schritt mit der Geldentwertung und bei der unverhältnismäßigen Erhöhung der Regieauslagen, deren Deckung aus den laufenden Erträgen der nach dem Sparkassenregulativ vom Jahre 1844 gestatteten Geschäften schwer möglich war, mußte eine Erweiterung des allzu engen Kreises der Geschäftsmöglichkeiten erwirkt werden. Nachdem schon im Jahre 1917 der Spar-Casse die Einführung des Scheckverkehrs gestattet worden ist, wurde ihr vom Bundesministerium für Inneres mit Erlaß vom 3. Oktober 1922 eine Statutenänderung bewilligt, wonach sie den kommissionsweisen An- und Verkauf von Valuten und Devisen sowie an der Wiener Börse notierten Wertpapieren, ferner die Gewährung von Darlehen in laufender Rechnung und eine Reihe anderer Geschäfte betreiben kann.

Wenn auch im Laufe der Zeit die Spar-Casse weit über den Rahmen ihrer ursprünglichen Bestimmung, als Sammelstelle kleiner Ersparnisse der arbeitenden Klassen zu gelten, hinausgewachsen ist und ihr viele hundert Millionen des Volksvermögens anvertraut wurden, an ihren Grundprinzipien, der Außerachtlassung jeder Gewinnabsicht und an dem Streben als rein humanitäres Volksinstitut zu wirken, hat sie stets festgehalten.

Der Einlagenstand der Spar-Casse beträgt derzeit zirka 60 Millionen Schilling, wovon zirka 20 Millionen Schilling in Hypothekendarlehen investiert sind.

Im Jahre 1923 wurde der Spar-Casse eine von ihr gemeinsam mit der Österreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe gegründete Aktiengesellschaft unter der Firma „Bankanstalt der Ersten österreichischen Spar-Casse“ zum Betriebe aller bankmäßigen Geschäfte angegliedert, die ihren Geschäftsbetrieb im Hause der Spar-Casse führt.

Spar- und Vorschußkonsortium „Währing“ des I. allgem. Beamtenvereines

Wien, XVIII., Weimarerstraße 26 – 28.

Das Spar- und Vorschußkonsortium „Währing“ wurde im Jahre 1871 unter der Ägide des allgemeinen Beamtenvereines der Österr.-Ung. Monarchie, behufs Förderung der wirtschaftlichen Interessen des Beamtenstandes nach dem Prinzip der Selbsthilfe gegründet. Das Konsortium, eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung, hat unter Ausschluß jeder Gewinnabsicht statutengemäß den Zweck, seinen Mitgliedern eine sichere Veranlagung ihrer Gelder zu günstigen Zinsen zu verbürgen und andererseits bedürftigen Mitgliedern zu billigen Zinsen Kredit zu gewähren. Das Konsortium hat bis zum Weltkrieg sich zum tonangebenden Institut dieser Art entwickelt; im Kriege stockte wegen Geldmangels der Geschäftsbetrieb. Während die übrigen vom Beamtenverein gegründeten Konsortien mit wenigen Ausnahmen ein Opfer der Inflation wurden, hat das Währinger Konsortium diesen Stürmen standgehalten. Mit dem Zeitpunkte der Stabilisierung der Krone nahm die Geschäftstätigkeit einen neuerlichen enormen Aufschwung und das Konsortium ist heute, wie seitens des staatlichen Revisionsorganes in der letzten Generalversammlung konstatiert wurde, das größte Institut seiner Art.

Das Konsortium gewährt grundsätzlich nur Kredite an öffentliche Festangestellte mit Pensionsberechtigung und an öffentliche Pensionisten gegen Vormerkung auf ihre Bezüge, Bürgschaft und Lebensversicherung. Börsen- und Valutenspekulation, bankmäßige Transaktionen sind gemäß einer 50jährigen Tradition absolut ausgeschlossen. Diese Art der Geldveranlagung verbürgt schon die größtmögliche Sicherheit der Spareinlagen, für die übrigens noch der Reservefonds (inkl. 2 Häuser) per zirka 3 Milliarden, ferner die Anteilseinlagen im doppelten haftungspflichtigen Ausmaße per rund 12,5 Milliarden haften. Das Verhältnis der eigenen Mittel zu den Einlagen beträgt 1 : 4, ein Verhältnis, das nach Ansicht des staatlichen Revisionsorganes für die Sicherheit der fremden Gelder vollkommen ausreichend ist.

Für die Mobilität des Institutes ist dadurch Sorge getragen, daß das Konsortium in der Hauptsache nur Spareinlagen mit einjähriger Kündigungsfrist (fast 85 Prozent aller Einlagen) entgegennimmt und Darlehen nur auf relativ kurze Zeit vergibt. Überdies stehen dem Konsortium derzeit allmonatlich mindestens 4 Milliarden an rückfließenden Raten zur Verfügung.

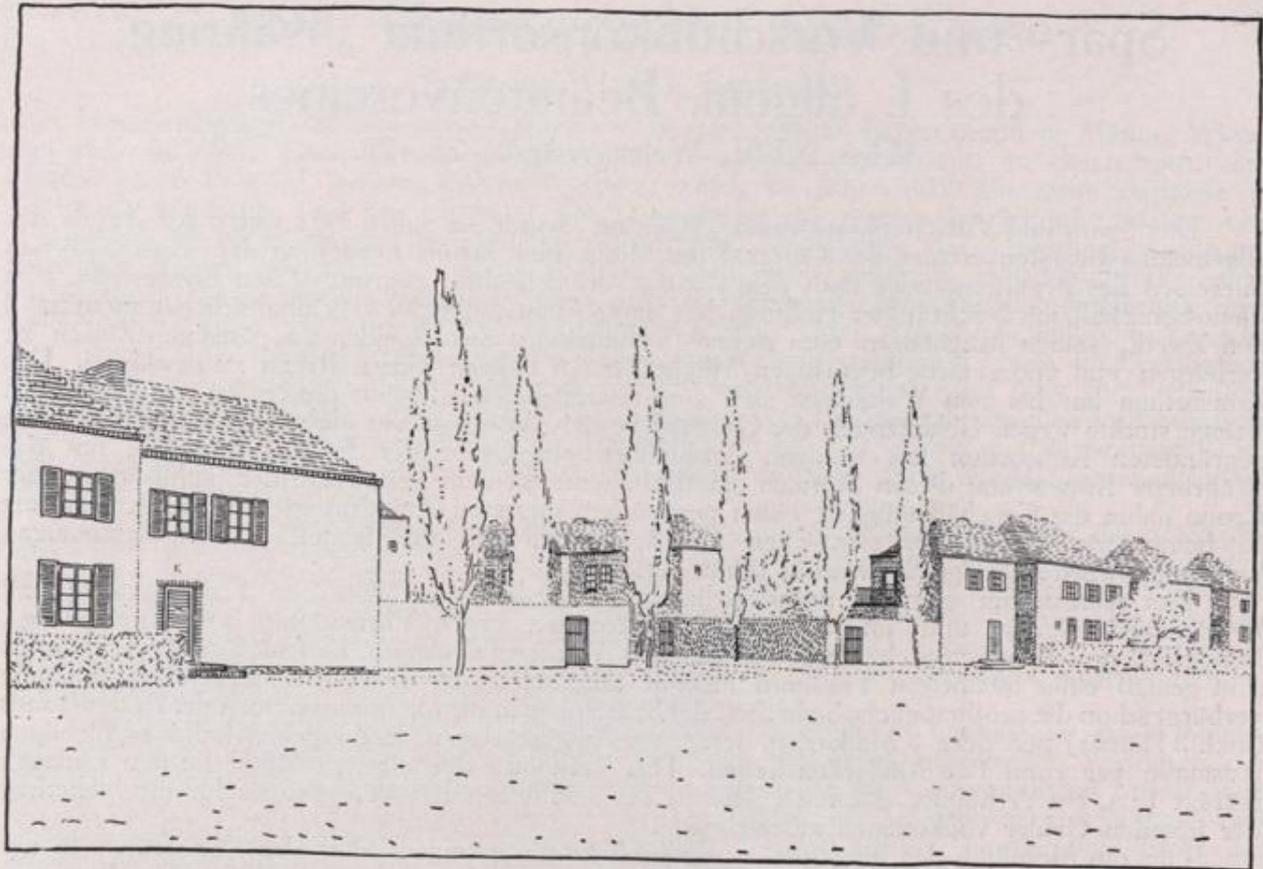
Die Organe des Konsortiums sind:

- a) Der Vorstand (Obmann Sekt.-Chef i. R. Dr. Josef Künstler, I. Obmannstellvertreter Hofrat Dr. Franz Heberdey, II. Obmannstellvertreter Hofrat Dr. Adolf Resch-Rehwald).
- b) Der Aufsichtsrat (Obmann Hofrat i. R. Julius Sturminger).
- c) Die Geschäftsleitung (Direktor Matthias Podleschak).

Eingedenk seiner sozialen Pflichten, hat das Konsortium die Ermäßigung des Einlagenzinsfußes stets auch den Darlehensnehmern zugute kommen lassen. Während noch anfangs 1924 der Darlehenszinsfuß 35 Prozent p. a. betrug, zahlt der Schuldner derzeit nur mehr 12 Prozent p. a. Zinsen, $\frac{1}{4}$ Prozent Regiebeitrag pro Monat und 1 Prozent p. a. Manipulationsgebühr. Überdies hat das Konsortium aus den Geschäftsüberschüssen des Jahres 1924 eine 10⁰/₁₀ige Zinsenrückvergütung im Gesamtbetrage von 350 Millionen Kronen und aus den Überschüssen des Jahres 1925 eine 8⁰/₁₀ige Zinsenrückvergütung im Gesamtbetrage von 650 Millionen Kronen den Schuldnern des Konsortiums gewährt.

	1914	1922	1923
Anteilseinlagen	4,614,000'–	9,235,000'–	307,000,000'–
Spareinlagen	169,000'–	675,000'–	2,027,000,000'–
Vorschüsse	9,805,000'–	25,632,000'–	2,950,000,000'–
Mitgliederzahl	3,525	3,017	3,846
Reingewinn	306,000'–	2,361,000'–	186,000,000'–
	1924	1925	
Anteilseinlagen	2,561,000,000'–	12,650,000,000'–	
Spareinlagen	15,290,000,000'–	44,370,000,000'–	
Vorschüsse	18,385,000,000'–	55,880,000,000'–	
Mitgliederzahl	10,403	17,612	
Reingewinn	674,000,000'–	1,834,000,000'–	

2 Filialen in Wien und Salzburg und 12 Vertretungen in den Bundesländern.



„Gesiba“-Siedlung am Wasserturm

Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffanstalt „Gesiba“

Zentrale: Wien, IX., Währingerstraße 25A

Aus dem Streben nach gleichzeitiger, organischer Lösung der beiden Grundprobleme des menschlichen Daseins, der Nahrungs- und Wohnungsfrage, entstand im Drange der Kriegs- und Nachkriegsnot eine mächtige Willensströmung des Volkes, die Siedlungsbewegung. Siedeln, ein vordem in Österreich kaum gehörtes und gebrauchtes Wort – inhaltslos in einem in althergebrachten dörflichen und städtischen Wohnsitzen erstarrten Lande –, wurde plötzlich ein Schlagwort, der laute Ruf von Tausenden, die stille Hoffnung von Hunderttausenden.

Die öffentlichen Vertretungskörper suchten der sich mit der Gewalt eines Naturtriebes äußernden Ideenrichtung nach Kräften gerecht zu werden. Bund, Länder und Gemeinden schufen gesetzliche Unterlagen und stellten Mittel bereit zur Förderung von Wohn- und Wirtschaftssiedlungen, welche mit Hilfe von Subventionen auf genossenschaftlicher Grundlage als planmäßige Anlagen

tausender von Kleinhäusern und Gärten innerhalb und auch außerhalb Wiens alsbald entstanden. Der Bund und die Gemeinde Wien, als dessen mächtigstes Glied, begnügten sich jedoch nicht damit, der Entwicklung den Weg zu ebnen. Sie errichteten gemeinsam mit den organisierten Siedlern eine Stelle, deren Aufgabe es sein sollte, selbsttätig und pfleglich auf dem Gebiete des Siedlungswesens zu arbeiten. Die Form dieser Gründung war durch die gesetzliche Einrichtung der gemein-



Kernhausbau der „Gesiba“ aus dem Jahre 1923

wirtschaftlichen Anstalt, in welcher die neuen Anschauungen über den ausgedehnteren Tätigkeitsbereich der öffentlichen Körperschaften ihren Niederschlag gefunden hatten, bereits gegeben.

Das junge Unternehmen, die Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffanstalt genannt, trat im August des Jahres 1921 ins Leben und hatte – in der Inflationsepoche – sofort den Beweis seiner Anpassungs- und damit seiner Lebensfähigkeit zu erbringen. Es gelang der Anstalt nicht nur eine Periode ärgster Kapitalszerstörung unversehrt zu überdauern, sondern sich auch gleichzeitig als kräftigste Stütze der Siedlungsbewegung zu bewähren, indem sie den Bau- und Siedlungsgenossenschaften immer wieder helfend beisprang, wenn die öffentlichen Darlehenszuflüsse aussetzten. Ebenso wohlthätig erwies sich die großzügige Art der Materialbeschaffung, durch welche es gelang, eine wesentliche Ermäßigung der Baukosten herbeizuführen. Der von der Gemeinde im Wege der Finan-

zierung der gemeinnützigen Bauvereinigungen in weitgehendstem Maße geförderte offene Flachbau, der das Antlitz Wiens vor unseren Augen entscheidend verändert, bot der Anstalt ein reiches Betätigungsfeld in kaufmännischer und organisatorischer Hinsicht und gab ihr Gelegenheit, an dem Wachstum des äußeren Weichbildes der Stadt rührig mitzuarbeiten.

An dem Werden des neuen Wien ist aber die „Gesiba“ – wie der den Wienern bald geläufig gewordene Rufname der Anstalt lautet – auch in unmittelbarer Weise beteiligt. Der Zug zur Garten-



Wohnküche in einem Siedlungsbau kleinster Type
(„Am Wasserturm“)

stadt, welcher alle Kulturländer in steigendem Maße erfaßt und auch die Entwicklungsbahn unserer Vaterstadt beeinflußt, hat unter dem Drucke der Wohnungsnot zu oft unregelmäßiger Besiedlung größerer Flächen der Umgebung geführt. Um einerseits auf diese Bautätigkeit ordnend einzuwirken, andererseits die Selbsthilfebestrebungen in der Befriedigung des Wohnbedürfnisses zu unterstützen, wurden von der Gemeinde Wien in den Jahren 1923 und 1924 größere Beträge zur Gewährung mehrjähriger Baukredite an die in Betracht kommenden Organisationen und Einzelsiedler gewidmet. Mit der Vergebung dieser Darlehen wurde die „Gesiba“ betraut, der ein von der Gemeinde Wien beschickter Beirat zur Seite stand. Die so geschaffene Einrichtung wurde unter dem Namen „Kernhaus-

aktion" bekannt, da ursprünglich nur der notwendigste, ausbaufähige Teil – der Kern – des Hauses im Kreditwege unterstützt werden sollte und führte zur Erstellung von fast 200 Siedlungshäusern verschiedener Größen und Beschaffenheit in allen Teilen des Wiener Vorlandes.

Mit der Entspannung des stärksten Druckes der Wohnungsnot im Zuge der Durchführung des Wohnbauprogrammes der Gemeinde Wien konnte nun die an sich erfolgreiche „Kernhausaktion“ bei Beibehaltung des ihr innewohnenden Grundzuges der Förderung der Selbsthilfe und des gartenstadtmäßigen Einfamilienhausbaues durch ein System ersetzt werden, welches die unwirtschaftliche Vielgestaltigkeit, Zerstreung und zeitliche Aufeinanderfolge dieser Bauten vermeidet. Diese neue Tat auf dem Gebiete des Siedlungswesens ist „Die Heimbauhilfe der Gemeinde Wien“, welche von der Gemeinwirtschaftlichen Siedlungs- und Baustoffanstalt durchgeführt wird. Geeignete größere Grundflächen werden zu diesem Zwecke parzelliert, mit Straßen, elektrischem Licht, Gas und Kanalisation versehen und nach einheitlicher Planung mit Einfamilienhäusern einzeln oder in Gruppen verbaut. Jedes Haus bildet mit dem dazugehörigen Garten eine Heimstätte, für deren Erwerb bedeutende Zahlungserleichterungen gewährt werden. Im allgemeinen können drei Viertel der Baukosten auf langfristige Abzahlung bei fünfprozentiger jährlicher Verzinsung gestundet werden, jedoch ist die Höchstgrenze der Kreditgewährung mit 13.000 Schilling festgesetzt. Ebenso sind die Baukosten in Ansehung des sozialen Zweckes der Aktion auf höchstens 20.000 Schilling beschränkt, um ungerechtfertigte Ansprüche an die Größe und Ausstattung der Objekte auf Kosten der Allgemeinheit zu verhindern. Der Käufer wird Eigentümer des Hauses, der Baugrund selbst und die Gartenfläche werden bis zum Jahre 2000 im vererblichen, übertragbaren und bei Einhaltung der Bestimmungen unkündbaren Baurecht gegen einen mäßigen Bauzins vergeben. Die Anstalt hat bereits mit der Durchführung der Aktion auf dem ersten von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Gebiete begonnen. Es wurde bisher eine Gruppe von zehn Häusern im X. Bezirk am Wienerberg nächst dem Wasserturm errichtet; weitere dreißig Objekte sind im Bau. Bei der Planung wurde jede schablonenhafte Einstellung vermieden und der zwanglosen künstlerischen Gestaltung voller Spielraum gelassen. Das Baugelände, im Süden Wiens, auf einer die Stadt etwas überhöhenden, nach der Sonnenseite mäßig geneigten Fläche gelegen, von wo aus man einen prächtigen Fernblick auf den Wiener Wald und die Voralpen genießt, ist vom Ring mit der Straßenbahn in dreißig Minuten zu erreichen und vereinigt den Vorteil der Stadtnähe mit Gesundheit und landschaftlichem Reiz. Im weiteren Ausbau dürfte diese Heimstättenanlage zu einem der anmutigsten Wohnviertel Wiens werden.

Die Gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Baustoffanstalt hat sich in ihrer Eigenart als treuhändiges Werkzeug des Aufbauwillens der öffentlichen Körperschaften gerade auf dem Gebiete der Wohnungs- und Siedlungspolitik als glückliche Schöpfung bewährt; neben ihrer ausgedehnten industriellen und Handelsinteressenssphäre ist sie daher auch berufen, an der städtebaulichen Neuentwicklung Wiens wesentlichen Anteil zu nehmen.

Die Versicherungsanstalt der österreichischen Bundesländer

Zentrale: Wien, I., Löwelstraße 14 – 16

Die Auflösung der Monarchie brachte nicht nur eine vollständige Neuordnung der politischen Verhältnisse in Mitteleuropa, sondern zwang auch den ganzen wirtschaftlichen Organismus der ehemals zusammengehörigen Länder zur Anpassung an die neuen, mitunter willkürlichen und in



vielen den ökonomischen Notwendigkeiten widersprechenden Tatsachen. Am wenigsten konnten von dieser Revision natürlich Wirtschaftskörper ausgenommen werden, die, im Interesse des allgemeinen Wohles geschaffen, im öffentlichen Leben ihre Wurzeln hatten und sich plötzlich durch die Veränderung des politischen Bildes ihrer Basis beraubt sahen.

Eines der Institute, die, im wirtschaftlichen Leben der alten Ordnung fußend, trotzdem den Weg zu neuer, der Allgemeinheit fruchtbringender Tätigkeit fanden, ist die „Versicherungsanstalt der österreichischen Bundesländer, Vers. A.-G.“. Aus der Idee geboren, daß es eine soziale

Aufgabe sei, den Versicherungsschutz zu popularisieren und ihn dafür auch bei freiwirtschaftlicher Gebarung unter öffentliche Aufsicht zu stellen, hatte die Vorgängerin der Anstalt, die „Niederösterreichischen Landes-Versicherungsanstalten“, schon eine zwei Jahrzehnte lange erfolgreiche Arbeitsperiode hinter sich, als sie die im Rahmen der Republik Österreich erfolgte Trennung Niederösterreichs in zwei Bundesländer zwang, durch Änderung ihrer Grundlagen dem Wechsel der Verhältnisse zu entsprechen.

Die „Niederösterreichischen Landes-Versicherungsanstalten“ waren seinerzeit vom niederösterreichischen Landtage aus der Erwägung heraus geschaffen worden, daß die wesentlich Gewinnzwecke zum Ziele habende Beherrschung des Versicherungsgeschäftes durch Privatanstalten, durch die Tätigkeit eines von der Unterstützung öffentlicher Verwaltungskörper und dem Vertrauen der durch sie repräsentierten Masse getragenen Instituts ergänzt werden müsse. Außer der Notwendigkeit, auf die Prämienbildung regulierend einzuwirken, war auch das Bestreben maßgebend, der Allgemeinheit die Überzeugung beizubringen, daß der gemeinnützige Charakter die objektive Beurteilung jedes Versicherungsfalles verbürge und die sich aus der Versicherungstätigkeit der Anstalt eventuell ergebenden Gewinne Zwecken der Gesamtwohlfahrt zugeführt würden.

Wenn es eines Nachweises für die Richtigkeit dieser Grundsätze bedurft hätte, so erbrachte ihn die Nachkriegszeit. Der Tatsache, daß die Unsicherheit der allgemeinen Verhältnisse einen erhöhten Versicherungsschutz forderte, stand eine weitestgehende Verarmung großer Volksteile, die diese zur Aufbringung der zur Entrierung von Versicherungen notwendigen Mittel unfähig machte, gegenüber. Es war ein Moment, in dem sich die Fähigkeit der Anstalt, der jeweiligen volkswirtschaftlichen Situation zu entsprechen, erweisen mußte. Gerade in diesem Augenblicke bedrohte aber die politische Veränderung des alten Kronlandes und die sich hieraus ergebende vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den nunmehr bestehenden beiden neuen Bundesländern den Bestand des Instituts.

In verständnisvollem Zusammenwirken aller beteiligten Faktoren gelang es aber, eine Form zu finden, die den Weiterbestand sicherte. Die Neugründung, die den Namen „Versicherungsanstalt der österreichischen Bundesländer, Vers. A. G.“ annahm, war eine Aktiengesellschaft, welche durch ihre Verbindung mit den Landesverwaltungen der einzelnen Bundesländer und durch den Umstand, daß sich die Mehrheit der Aktien im Besitze der Länder und der diversen Landesversicherungsanstalten befindet, in die Lage versetzt ist, der den ehemaligen n.-ö. Landesversicherungsanstalten zugrunde liegenden Idee, in erster Linie eine Einrichtung im Interesse der Öffentlichkeit zu sein, auch fernerhin zu dienen. So war der glückliche Ausweg gefunden, trotz Vornahme der notwendigen Umbildung nicht nur den gemeinnützigen Charakter des Instituts zu bewahren, sondern denselben vielmehr durch Anteilnahme sämtlicher Bundesländer zu noch stärkerer Ausprägung zu bringen. Das Bewußtsein dieser Autorisierung der Versicherungsgesellschaft durch die gesamten Landesverwaltungen hat daher auch dem Institut seinen Namen gegeben.

Nach Gewinnung einer neuen Bestandsgrundlage war die Leitung indes auch auf einen Ausbau des geschäftlichen Wirkungskreises der Anstalt bedacht. Durch die Aufnahme der Rückversicherung seitens der Gesellschaft wurde den in verschiedenen Bundesländern bestehenden Landesversicherungsanstalten die Möglichkeit geboten, ihre Rückdeckungen bei einem, ihnen im Aufbau und wirtschaftlicher Absicht gleichgearteten Institut vorzunehmen und durch den innerhalb einer Interessengruppe dadurch angebahnten wirtschaftlichen Ausgleich der Vorteile eines viel größeren Wirtschaftskörpers teilhaft zu werden. Es wurde ein Komplex von Versicherungsanstalten

geschaffen, dessen größere Leistungsfähigkeit für das Publikum von unschätzbarem Vorteil ist. Durch geschäftliche Verbindung mit einer großen Anzahl in- und ausländischer Versicherungsgesellschaften hat die Anstalt ihr internationales Ansehen außerordentlich gesteigert.

Die Bedeutung der Anstalt für die österreichische Wirtschaft geht auch aus ihrem Umsatz von zirka 100 Milliarden österreichischen Kronen jährlich hervor. Außer dem Aktienkapital, welches konform den alten Aktiengesellschaften bemessen ist, und den Reserven, in welche die gesamten Vermögensbestände der niederösterreichischen Landesanstalten übergegangen sind, stellen die durch die in ihren Händen befindlichen Aktien an der Anstalt interessierten Bundesländer, betreffs der Sicherheit des Instituts eine gewaltige Aktivpost vor und ist dieser Umstand eine der Hauptursachen des Vertrauens der Bevölkerung zur Bundesländerversicherungsanstalt.

Diesen Grundsätzen entsprechend, ist auch der Einfluß der Länder auf die Verwaltung des Instituts. Die Leitung der Anstalt ist zwischen dem Verwaltungsrat und einem durch die einzelnen Landesregierungen gewählten Länderkuratorium geteilt. Die Zusammensetzung dieser Körperschaften ist folgende:

Länder-Kuratorium:

Vorsitzender:

Landesrat Dr. Josef Schwinner, Linz

Vorsitzender-Stellvertreter:

Landes- und Bundesrat Dr. Rudolf Beirer, Wr.-Neustadt
und
Stadtrat Karl Richter, Wien

Mitglieder:

Landesrat Dr. Fritz Dörflinger, Klagenfurt
Bundesrat Stephan Falser, Innsbruck
Landesrat Georg Gaß, Graz
Landesrat Josef Kennerknecht, Bregenz
Landeshauptmann Dr. Franz Rehrl, Salzburg
Bundesrat Hans Rotter, Wien
Landesrat Michael Koch, Mattersburg

Verwaltungsrat:

Präsident:

Minister a. D. Erasmus Handel, Parsch bei Salzburg

Vizepräsidenten:

Gemeinderat Alfred Broczyner, Direktor, Wien
und
Dr. Alois Kastner, n.-ö. Landesamtsdirektor, Wien

Verwaltungsräte:

Julius Haas-Hassenvurth, Generaldirektor i. P., Wien
Dr. Guido Hößlinger, Generaldirektor, Wien
Wilhelm Kißkalt, Generaldirektor, München
Dr. Adolf Neuberger, Direktor, Wien
Rudolf Michael Probst, Oberdirektor i. P., Salzburg
Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Reither, Wien
Dr. Emerich Schreiner, Rechtsanwalt, Graz
Fritz Thieme, Direktor, München

Direktion:

Dr. Guido Hößlinger, Generaldirektor

Direktoren:

Anton Amon, Oskar E. Sattmann, Viktor Schromm
Dr. Carl Habich, Generalsekretär

Die Anstalt betreibt sämtliche Versicherungszweige, so daß jedem Bedürfnisse entsprochen werden kann. Von besonderer Bedeutung ist die Lebensversicherung, an deren sozialen Sparten schon zur Zeit der „Niederösterreichischen“ die Länder besonderes Interesse nahmen. Dies war der Hauptgrund, weshalb auf Grund von Verträgen mit allen Ländern in denselben unter amtlicher Ingerenz der Landesausschüsse, jetzt Landesregierungen, Landesamtsstellen gegründet wurden, welche die Stelle eigener Landesanstalten vertraten und jetzt, auf die meisten Branchen ausgedehnt, die Angelpunkte der gemeinsamen Unternehmung der Länder bilden.

Die Richtigkeit der Bestrebungen, das Unternehmen zum Wohle der Allgemeinheit zu erhalten, wird durch die überraschende Entwicklung der Anstalt in den letzten Jahren bestätigt. Um so mehr wird es die Pflicht der Öffentlichkeit sein, eine Institution auch weiterhin zu stützen und auszubilden, deren Früchte letzten Endes ihr ungeschmälert zugute kommen.

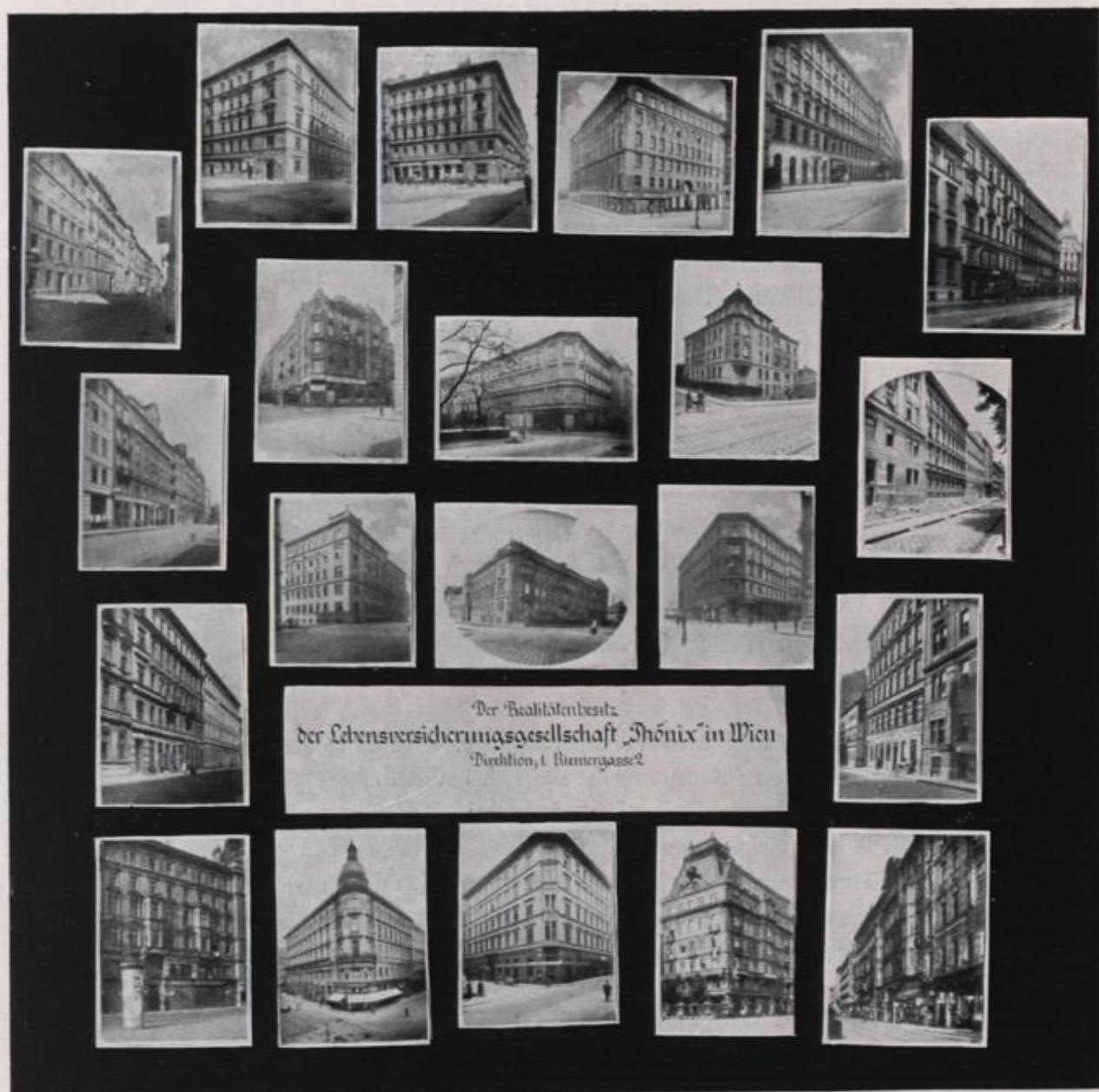
Versicherungsgesellschaften Phönix in Wien

Lebens-Versicherungs-Gesellschaft
Phönix in Wien.

Zentralbureau: I., Riemergasse 2

„Phönix und Wiener“ Vereinigte Versicherungs-
Aktiengesellschaft in Wien.

Zentralbureaux: IX., Kolingasse 6 und
I., Riemergasse 4



Die Lebensversicherungs-Gesellschaft Phönix wurde im Jahre 1882 durch Zusammenlegung der Lebensversicherungsbestände der k. k. priv. Versicherungsgesellschaft „Oesterreichischer Phönix“ und der „Azienda“, Oesterreichisch-Französische Lebens- und

Rentenversicherungs-Anstalt gegründet. Das derzeitige Geschäftsgebiet der Gesellschaft im direkten Geschäfte umfaßt: Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakische Republik, Polen, Jugoslawien, Süd-Deutschland, Frankreich, Holland, Belgien, Italien, Bulgarien, die Türkei, Griechenland, Aegypten und Palästina.

Die Gesellschaft besitzt auch ein außerordentlich großes und wertvolles Rückversicherungsgeschäft, das ihr auf Grundlage langjähriger Verträge von Tochteranstalten und befreundeten erstklassigen Lebensversicherungsanstalten in allen Teilen Europas zufließt. Sie hat im Jahre 1925 im Fusionswege den „Atlas“-Lebens-Militärdienst- u. Rentenversich. Akt. Ges. und die Wiener Lebens- u. Rentenversicherungs-Anstalt mit sich vereinigt und im Laufe der letzten Jahre die österreichischen Versicherungsbestände einer großen Zahl ausländischer Unternehmungen übernommen, so insbesondere der „Gothaer“, „Stuttgarter“, „Leipziger“, „Gresham“, „Guardian“ (New-Yorker Germania), „Niederländische“, „Germania“ zu Stettin, „Magdeburger“, „New-York“ und „Star“ und den Versicherungsbestand der „Ersten Militärdienst-Versicherungs-Anstalt“ in Wien.

In den letzten Jahren hat die Gesellschaft auch den direkten Betrieb der Unfall-, Haftpflicht- und Automobilversicherung erfolgreich aufgenommen.

Die „Phönix und Wiener“ Vereinigte Versicherungs-Aktiengesellschaft, welche diesen Namen nach der im Jahre 1925 erfolgten Fusion mit der Wiener Versicherungsgesellschaft (gegründet 1881) angenommen hat, wurde im Jahre 1860 als k. k. priv. Versicherungsgesellschaft Oesterreichischer Phönix (später Allgemeine Versicherungsgesellschaft Phönix) gegründet und hat schon im Jahre 1889 im Fusionswege die „Azienda“, Elementar- und Unfallversicherungsgesellschaft, die Nachfolgerin der ältesten Oesterreichischen Versicherungs-Aktiengesellschaft „Azienda-Assicuratrice“ (gegründet 1822), übernommen.

Die Gesellschaft betreibt als Hauptbranchen die Feuer-, Hagel-, Einbruch-, Diebstahl-, Transport-, überdies auch die Glasbruch- und Viehversicherung. Das derzeitige Arbeitsgebiet im direkten Geschäfte umfaßt Oesterreich, die Tschechoslowakische Republik, Ungarn, Neutalien und die Levante, während sie ein sehr bedeutendes Rückversicherungsgeschäft in den genannten Staaten, Polen, Jugoslawien, Rumänien und Türkei kontrolliert, wie auch durch Aufnahme neuer Beziehungen im Westen im Begriffe steht, ihre frühere bedeutsame Stellung auf dem internationalen Rückversicherungsmarkte wieder zu gewinnen.

Die beiden „Phönix“-Gesellschaften, die in engster organisatorischer Kooperation stehen, haben gleichzeitig mit Erstattung ihrer Rechenschaftsberichte über das Betriebsjahr 1924 als erste Versicherungs-Aktiengesellschaften Oesterreichs ihre Golderöffnungsbilanzen, erstellt auf den 1. Januar 1925, der Oeffentlichkeit übergeben.

Dem Berichte der Lebensversicherungs-Gesellschaft Phönix ist zu entnehmen, daß sich mit Ende 1925 der Versicherungsbestand (über 600 Millionen Schilling) dem letzten Friedensjahre gegenüber unter Zugrundelegung der Goldparität mehr als verdoppelt hat. Von diesem Versicherungsbestande entfallen ungefähr 44 Prozent auf den Bestand im Heimatlande. Die Prämieinnahmen haben bereits im Jahre 1924 S 27,542,000 betragen (gegenüber GK 9,733,000 im Jahre 1913).

Die Golderöffnungsbilanz weist ein voll eingezahltes Aktienkapital von S 4,000,000 (zerlegt in 100,000 Aktien à Nominale S 40) und eine Kapitalrücklage von S 1,557,185 aus. Die Bilanzsumme der Golderöffnungsbilanz schließt mit dem Betrage von S 56,435,865. Die Gewährleistungsfonds der Gesellschaft betragen laut Golderöffnungsbilanz S 53,051,954.77.

Der Realitätenbesitz umfaßt einundzwanzig Häuser in Wien, je zwei Häuser in Prag, Triest und München und je ein Haus in Budapest, Salzburg, Budweis, Bratislava, Laibach und Teschen.

Die „Phönix und Wiener“ Vereinigte Versicherungs-Aktiengesellschaft wird in den von ihr betriebenen Branchen im Jahre 1925 eine Prämieinnahme von rund S 32,000,000 erreichen. Die Golderöffnungsbilanz, schließend mit einer Bilanzsumme von S 18,988,639, weist ein voll eingezahltes Aktienkapital von S 6,000,000 (150,000 Aktien à S 40 Nominale) und eine Kapitalrücklage von S 1,800,000 aus.

An der Spitze der beiden Phönix-Gesellschaften steht als Präsident Oberbaurat Dr. Franz Quidenus, ehem. Präsident der Wiener Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie; als Vizepräsidenten der Lebensversicherungs-Gesellschaft Phönix figurieren Robert D. Hollub, Direktor der Anglo Austrian Bank Ltd., und Paul Lechner, Direktor der Oesterreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe; bei der „Phönix und Wiener“ Vereinigte Versicherungs-Aktiengesellschaft Generaldirektor Fritz Bauer und Markus Rotter, Vizepräsident der Zentraleuropäischen Länderbank in Wien.

Der Anker

Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft

Wien, I., Hoher Markt 10/11

Telephon Nr. 66-5-55 Serie



Die Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft „Der Anker“ wurde im Jahre 1858 als Lebensversicherungsgesellschaft gegründet und hat den Betrieb bald über die Grenzen der ehemaligen Österreichisch-Ungarischen Monarchie auf das Ausland ausgedehnt. Auf dem Balkan und in der Türkei war der Anker geradezu der Pionier des Lebensversicherungsgedankens. Mit der Zeit umfaßte das Arbeitsgebiet der Gesellschaft einen großen Teil von Europa, und wenn auch nach dem Weltkriege durch die Maßnahmen der ehemals feindlichen Staaten das Tätigkeitsgebiet etwas eingengt wurde, so umfaßt es derzeit noch immer Österreich, Ungarn, die tschechoslowakische Republik, Polen, Deutschland, die Schweiz, Serbien, Bulgarien, die Türkei und Ägypten. Der Anker betreibt demnach auch heute noch sein Geschäft auf internationaler Grundlage, die noch dadurch erweitert wird, daß er auf dem Wege der Rückversicherung seitens von ihm gegründeter Gesellschaften auch an dem Geschäfte aus denjenigen Ländern beteiligt ist, in denen der direkte Betrieb nicht eingerichtet wurde.

Durch Aufnahme der Sachversicherungszweige – Feuer-, Einbruchdiebstahl-, Glas-, Unfall-, Haftpflicht-, Auto-, Transport- und Reisegepäckversicherung – wurde vor einigen Jahren auch die technische Basis des Geschäftes und der Kundenkreis erweitert, so daß die Gesellschaft, gestützt auf das durch eine beinahe siebenjährige rühmliche Vergangenheit erworbene Vertrauen des Publikums, neuen Erfolgen entgegengeht.

Am Ende des Jahres 1924 wies der Anker in der Lebensversicherung einen Bestand von 107.609 Polizzen mit einem Versicherungskapital von S 154,656.800.– und eine Prämieinnahme von S 7,577.740.– aus. In den Sachschadenversicherungszweigen belief sich die Prämieinnahme auf S 2,695.191.–. Die Gewährleistungsfonds erreichten die Höhe von S 43,903.365.–.

Die ausländischen Interessen, die beim Anker nach Beendigung des Weltkrieges zur Geltung kamen, spiegeln sich in der Zusammensetzung des Verwaltungsrates wider, der derzeit aus folgenden Persönlichkeiten besteht:

Präsident: W. C. Escher, Präsident der Schweizerischen Kreditanstalt in Zürich,
I. Vizepräsident: Dr. August Engel, Finanzminister a. D. in Wien, II. Vizepräsident:
Dr. Hans Hall, Handelskammerrat in Wien, Emil Bebler, Direktor der Schweizerischen Rückversicherungsgesellschaft in Zürich, Hofrat Ernst Drumm, Präsident der Bayerischen Rückversicherungsbank A. G. in München, Dr. Wilhelm Dubsky in Wien, Dr. Hans Müller, Rechtsanwalt in Zürich, Dr. Rudolf Pontzen in Wien, Alexander Weiner, Bankier in Wien.

Anglo-Elementar Versicherungs-Aktiengesellschaft
Insurance Company Limited

Wien, III., Schwarzenbergplatz Nr. 4 (Industriehaus)

Telephon: 97-5-85 Serie

Eigene Garantiemittel 16 Millionen Schilling



Das Unternehmen wurde 1897 von den offiziellen Organisationen der Industriellen der früheren Österreichisch-Ungarischen Monarchie gegründet.

Im Jahre 1920 erfolgte der Anschluß an den Konzern der englischen Gesellschaften **Commercial Union Assurance Company Limited** und **The Excess Insurance Company Limited**

(Garantiefonds über 48 Millionen Pfund Sterling.)

Die Gesellschaft betreibt alle Arten der Elementarversicherung, wie:

- Feuerversicherung
- Einbruchdiebstahlversicherung
- Glasversicherung
- Transportversicherung
- Reisegepäckversicherung
- Unfallversicherung
- Haftpflichtversicherung
- Pferdeversicherung
- Viehversicherung
- Maschinenbruchversicherung
- Fahrzeugversicherung und
- Wettersversicherung

Filialen und Agenturen in allen größeren Orten Österreichs und der Sukzessionsstaaten.

Lebens- und Rentenversicherungs- Aktiengesellschaft „Fortuna“

Wien, III/3, Lisztstraße 4

Telephon Nr. 99-5-15 Serie



Das Unternehmen wurde 1919 unter der Führung der „Anglo-Elementar“ Versicherungs-Actien-Gesellschaft von den Industriellen der früheren Österreichisch-Ungarischen Monarchie unter Beteiligung der Österreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe gegründet.

Vor kurzem erfolgte der Anschluß an den Konzern der nordischen Gesellschaft: Storebrand Christiania Almindelige Forsikrings-Aktieselskap in Oslo. (Gegründet 1847.)

Die Gesellschaft übernimmt sämtliche Kombinationen von Ab- und Erlebensversicherungen, Kinder- und Aussteuer- sowie Pensions- und Rentenversicherungen unter Verwertung modernster versicherungstechnischer Grundlagen.

Niederlassungen der Gesellschaft in Österreich:

Zentrale: Wien, III/3, Lisztstraße 4; Filialen: I, Salzgries 10; I, Franz-Josefs-Kai 11; III, Reisnerstraße 36; VI, Mariahilferstraße 17; Dornbirn, Angelika Kauffmannstraße 7; Graz, Radetzkystraße 17; Innsbruck, Meranerstraße 3; Klagenfurt, Villacherstraße 1; Liesing, Traubengasse 6; Linz, Landstraße 57; Mödling, Maria Theresienstraße 28; Salzburg, Auerspergstraße 10; St. Pölten, Brunnengasse 19.

In Ungarn:

Filialdirektion: Budapest, IV., Vaczi utca 9.

In Italien:

Repräsentanz: Bozen, Königin Helenastraße 10.

Versicherungs-Büro Jacques Elias

Wien, III., Reisnerstraße 36

Fernruf 90-2-32 Drahtanschrift: „surely wien“

Dieses im Jahre 1899 gegründete Bureau beschäftigt sich mit allen einschlägigen Angelegenheiten des Versicherungsfaches. Es gehört zu den ältesten Unternehmungen des Versicherungswesens und hat sowohl im alten als auch im neuen Wien zu den maßgebendsten Kreisen rege Beziehungen unterhalten. In Fragen der industriellen Versicherung gilt das Unternehmen, welches im engsten Anschlusse an die großen führenden Versicherungsgesellschaften des In- und Auslandes arbeitet, als besonders erfahren.

In seinen einzelnen Abteilungen beschäftigt sich das Bureau mit:

1. Polizzenrevision,
2. Ständiger Evidenzhaltung von Versicherungen im Abonnement,
3. Interventionen in Schadensfällen,
4. Durchführungen von Versicherungen aller Art im In- und Auslande,
5. Ständiger Aufbewahrung von Polizzen.

Das Unternehmen unterhält ständige Vertretungen an allen europäischen Handelsplätzen.

Das Versicherungs-Büro Jacques Elias, dessen Inhaber seit Jahren die Mitgliedschaft des Niederösterreichischen Gewerbevereines und der Britischen Handelskammer besitzt, ist auch an der Börse für landwirtschaftliche Produkte vertreten und genießt infolge seiner ausgezeichneten Organisation und prompten, verlässlichen Geschäftsführung ungeteiltes Ansehen.

Maschinenfabriken und Apparatebau Schiff & Stern

Wien, II/1, Untere Donaustraße

Fabriken in Leipzig, Brünn und Wien / Niederlassungen in Paris, Budapest und Lodz

Auf dem Gebiete der Abwärmeverwertung durch unmittelbare, selbsttätige Rückführung der heißen Kondenswässer in die Dampfkessel nimmt die Firma Schiff & Stern eine führende Stellung auf dem Kontinent ein. Das Haus wurde im Jahre 1899 in Leipzig von den Herren Konsul Max Schiff und Maximilian Stern begründet, zu einer Zeit, wo die Rückleitung der Kondenswässer mit hoher Temperatur noch ein technisches Problem darstellte. Der Firma Schiff und Stern ist das Verdienst zuzuschreiben, nicht nur die neue Idee der automatischen Rückführung des Kondenswassers ohne Pumpen und Injektoren, durch einfachen Druckausgleich aufgegriffen, sondern auch durch eine Reihe von noch heute Richtung gebenden Erfindungen die bis dahin bestanden technischen Schwierigkeiten überwunden zu haben. Die Apparate wurden früher für verhältnismäßig kleine Leistungen hergestellt, so daß sich deren Arbeit nur auf die Verspeisung der Kondenswässer beschränken mußte. Seit eineinhalb Jahrzehnten jedoch werden die Apparate bis zu einer stündlichen Leistungsfähigkeit von 40.000 Liter gebaut, so daß man daran gehen konnte, mit diesen Apparaten nicht nur das Kondenswasser, sondern gleichzeitig auch das noch notwendige Zusatzwasser in die Kessel zu speisen. Diese Erhöhung der Leistungsfähigkeit wurde durch neue, grundlegende Erfindungen ermöglicht, welche das System auch nach der Richtung einer vollkommenen Abdampfverwertung und einer kompletten Wassermessung ausbauten. Eine der jüngsten Phasen in dieser Entwicklung stellt nun die Kondenswasser-Kesselspeisung von modernen Hochdruckkesseln mit Drücken über 30 Atmosphären dar, welche in der Praxis die Überlegenheit dieses Systems der Dampfkesselspeisung besonders eindringlich demonstriert.

Der stetig wachsende Umfang des Leipziger Stammhauses führte in der Folge zur Errichtung weiterer Fabriken der Firma sowohl in Wien als auch in Brünn.

Die Firma baut nach ihren eigenen Patenten außer den selbsttätigen Speiseeinrichtungen Wasserstandsregler für Dampfkessel, Abdampfentöler, Speisewasser-Vorwärmer, Kondenstöpfe und Spezial-Armaturen und hat auch auf dem Gebiete des Hochdruck-Rohrleitungsbaues und des Zentralheizungsbaues, wofür eigene Abteilungen geschaffen wurden, ihre volle Leistungsfähigkeit bewiesen, so daß heute die Ökonomisierung nicht zeitgemäßer Dampfbetriebe einen breiten Raum im Arbeitsgebiete der Firma einnimmt.

Die jetzigen Inhaber der drei Fabriken – Herr Konsul Schiff ist in jungen Jahren, im Jahre 1910 gestorben – sind die Herren Maximilian und Friedrich Leopold Stern. Die drei Fabriken lassen auch heute den größten Teil des Kontinentes teilweise durch Vertreterbüros, zum großen Teil aber durch ihre seit Jahren tätigen eigenen Reiseingenieure ständig bereisen.

In Wien selbst hat die Firma außer den großen Industrien auch für die größten öffentlichen sowohl staatlichen als auch städtischen Bauten ihre Einrichtungen geliefert, so zum Beispiel im Betriebe der Gemeindeverwaltung für das Rathaus, die städtischen Bäder im XII. und XVII. Bezirk, das Werk- und Asylhaus, die Städtischen Lagerhäuser, die Dampfwäscherei Schwenkgasse und eine Reihe der nun neu erbauten, zentralen Waschküchenanlagen in den Volkswohnhäusern Fuchsenfeldhof, Robert-Blum-Hof, Metzleinsthaler-Hof usw. Eben jetzt befindet sich eine große Speiseanlage für das städtische Amalienbad in Montage, welches bekanntlich eine Sehenswürdigkeit des Kontinentes bilden wird.